

- 3 · editorial
- 6 · leibesfrucht_brainchild
geburt natur kunst
- 10 · die kommende katastrophe
- 16 · das neue frankfurt im fallstrick der produktivkräfte
- 22 · digitales mittelalter
historische rekonstruktion als gesellschaftliches phänomen
- 28 · kampf um zeit in der agentur
von den hindernissen einer solidarischen assoziation
- 35 · cognitive enhancement
wettbewerb und selbstführung in der leistungsgesellschaft
- 39 · unwirkliche post-moderne
kapitalisierte zeit und die vernichtung der abweichung
- 45 · zum anti-geschichtlichen protest jean amérys
- 50 · garip dünya
- 59 · impressum

editorial


Die Begeisterung über das Heftthema war groß in der Redaktion, als der Vorschlag aufkam sich mit Zeit und Zeitökonomien zu beschäftigen. Nicht nur die offensichtliche Dringlichkeit, mit der dieses Thema unser aller Alltag beherrscht, sondern auch die Beobachtung, dass sich die Debatten und kollektiven Kämpfe in der (deutschen) Linken in den letzten Jahren lieber um den Raum (also meistens: die Stadt) als die Zeit kümmern, schienen eine Beschäftigung damit zu einer sinnvollen Sache werden zu lassen. Allerdings gab es relativ schnell eine doppelte Ernüchterung: denn einerseits ist die Zeit ein schwer eingrenzbares, schwer beherrschbares und nach allen Richtungen ausfransendes Phänomen und andererseits ist die Zeit auch nicht gerade die beste Freundin freiwillig und unentgeltlich arbeitender Redakteur_innen.

*»Time will tell nothing, but... I told you so!«
(The Streets)*

Die Zeit scheint es also gar nicht so gut mit uns zu meinen. Sich länger mit ihr zu beschäftigen setzt einiges von ihr voraus und meistens ist sie eher mangelhaft als reichlich vorhanden. Das machte die Arbeit an diesem Heft schwieriger und vor allem langwieriger als gedacht. Und – als hätten unsere Autor_innen ähnlich ernüchternde Erfahrungen mit der Zeit gemacht – kommt die Zeit in den folgenden Texten nicht allzu gut weg. Als ständiger Mangel, als Regierungsform und Selbstverhältnis, als Stillstand und als reaktionärer Rückgriff auf Geschichte zur Legitimation aktuellen Unsinnens gerät die Zeit in die Kritik. Die Zeit kommt also weniger in ihrer quasi ontologischen Dimension in den Blick, wo sie häufig als Komplizin im Kampf gegen die erstarrten gesellschaftlichen Verhältnisse auftritt. Vielmehr schreiben sich die Texte in eine Traditionslinie ein, die die spezifischen Nutzungsweisen der Zeit als Momente der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft kritisiert. Das ist zwar nicht unbedingt neu, aber notwendig. Denn die Zeiten sind heute nicht mehr die gleichen, wie die, die die Pariser Revolutionär_innen dazu brachten auf Uhren zu schießen. Selbst wenn sich die Zeit(en) nicht mehr ändern, sondern die Postmoderne vielmehr Stillstand und die Perpetuierung von erfahrungslosem Leiden bedeutet (»Unwirkliche Postmoderne«), so ändert sich doch unser Zugriff auf sie, also wie in der Gegenwart über vergangene Zeiten verfügt wird, um damit Verschwundenes lesbar zu machen oder Offensichtliches verschwinden zu lassen. (»Zum anti-geschichtlichen Protest Jean Améry's«, »Digitales Mittelalter«, »Das Neue Frankfurt im Fallstrick der Produktivkräfte«), bzw. wie die Zukunft im Jetzt präsent gemacht und durch sie Politik gemacht wird (»Die kommende Katastrophe«). Doch auch ihr Zugriff auf uns verändert sich, indem ihre weitere Verknappung dazu führt uns und andere noch

produktiver, ehrgeiziger und effizienter auszubeten (»Kampf um Zeit in der Agentur«, »Cognitive Enhancement«). Diese veränderten Verhältnisse werden in dem vorliegenden Heft aus verschiedenen Blickwinkeln analysiert und auf ihre Konsequenzen für diese Gesellschaft und unseren Alltag in ihr befragt.

Was dabei, in den Texten und unseren Diskussionen zu dem Heft, allerdings unklar oder nur ansatzweise zu fassen bleibt, ist die Frage wie um Zeit kollektiv zu kämpfen wäre, welche anderen Gebrauchsweisen der Zeit möglich und wie diese zu organisieren wären. Da sich inzwischen der Zugriff der Zeit und die Verfügung über sie so stark individualisiert hat und zu weiteren Individualisierungen führt, scheinen old-schoolige Mittel des Widerstandes (Streik, Bummelstudium oder so) schwieriger zu aktivieren. Das heißt nicht, dass es sinnlos wäre zu versuchen diese Mittel weiterhin anzuwenden – es bleibt vielmehr weiterhin geboten, so viel und so vehement zu streiken und zu bummeln wie möglich. Allerdings ist auch zu konstatieren, dass die Möglichkeiten und Erfolgsaussichten dafür immer weiter schwinden. Während der individualisierte Leistungs- und Konkurrenzdruck nicht mal mehr vor denen halt macht, die gar keine Arbeit haben und somit Solidarisierungen im Kampf gegen die zunehmenden Unverschämtheiten verstärkt erschwert (»Kampf um Zeit in der Agentur«), bekommen Studienanfänger_innen schon vom ersten Semester an erzählt, dass, wenn sie nicht rund um die Uhr ihr bestes geben, ohnehin kein Masterplatz und somit auch keine Zukunft für sie vorhanden sei. Notwendig wären daher, neben den alten, neue Gemeinsamkeiten und Organisationsformen, die Wege finden, sich in diesen Zeiten mehr heraus nehmen zu können. »Take your time« – sich die Zeit zu nehmen, die einer_einem zusteht, gehören sollte oder immer wieder wegrennt. Nicht nur allein im eigenen Alltag – auch das – sondern zusammen mit all den anderen, die auch ständig darüber klagen, dass zu wenig Zeit da wäre, der Stress zu viel würde und das nächste Kaffee-und-Kuchen-Date, wenn überhaupt, frühestens Ende des Monats möglich sei. Dieser positive Bezug auf Kämpfe um und mögliche andere Konzeptionen von Zeit kommt hier leider nur negativ vor. Das Fehlen von positiven Bezügen auf Zeit verweist dabei auf eine Reihe von Absagen, die uns im Laufe der Heftproduktion erreichten. Sich die Zeit zu nehmen, unentgeltlich für eine Student_innenzeitschrift zu schreiben, ist für eine wachsende Zahl potentieller Autor_innen immer schwieriger. Umso schöner, dass doch einige Zeit für einige Zeilen gefunden haben, um die Schwierigkeiten mit der Zeit wenigstens zu problematisieren. Denn jenseits der wenigen Ideen für neue Widerstandsformen, bleibt das Problem an alternativen Versionen von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, dass sie zu oft in Schlaraffenlandfantasien, dem Feiern von Vergangenem oder dem Herumwerkeln an einem etwas bessern Status Quo enden. Das ist alles nun auch



nicht ganz schlecht und schon gar nicht verkehrt, aber abseits vom Bilderverbot, wäre ein Ansatz für andere Zeiten zu denken.

»Kann denn nicht mal irgendwer an die Kinder denken?!« (Helen Lovejoy)

Einen Versuch, das gegenwärtige Zeitregime zu unterbrechen, unternimmt Lee Edelman in seinem Buch »No Future! – Queer Theory and the Death Drive«. Edelman zeigt, dass die bürgerliche Gesellschaft und vor allem der Raum des Politischen konstituiert und zusammengehalten werden von dem, was er »reproduktiven Futurismus« nennt. Also die Idee, dass die Zukunft wichtiger sei als die Gegenwart, da persönliches und politisches Handeln nur Sinn ergeben, wenn sie die Fortsetzung oder gar ›Verbesserung‹ der Gegenwart in die Zukunft beinhalten. Zentrale Figur des reproduktiven Futurismus ist daher Das KIND: es verspricht sowohl die Zukünftigkeit der Eltern und der Gesellschaft als auch, dass sich ihre Entsagungen in der Gegenwart lohnen werden, denn morgen wird es Das KIND ja besser haben und besser machen. Die Unerfüllbarkeit des Glücksversprechens in der Gegenwart wird also ständig aufgeschoben durch die Bedingung, an Das KIND und das Morgen zu denken – wobei eigentlich klar ist, dass Morgen immer mindestens einen Tag entfernt ist. Oder wie Annie im gleichnamigen Musical singt: »Tomorrow! You're always a day away«.

Diesem reproduktiven Futurismus der Entsagung in der Gegenwart zu Gunsten der Zukünftigkeit Des KINDES stellt Edelman die »Sinthomosexualität« entgegen. Da der gesellschaftliche Fokus auf die eigene Reproduktion heterosexistisch funktioniert, wird der nicht-reproduktive Sex auf queere Lebensweisen verschoben und diese dafür gebrandmarkt (»wenn das alle machen würden, dann wäre die Menschheit ja bald ausgestorben« – oder Joey in Friends: »If the homo sapiens really were homo, is that why they got extinct?«). In dieser Konstellation steht also der gute, reproduktive, heterosexuelle, auf die Zukunft bedachte Sex dem schlechten, unnützen, queeren, auf unmittelbares Vergnügen bedachten Sex gegenüber. Edelmanns Einsatz ist nun, genau diesen Vorwurf zu bejahren und so stark wie möglich zu machen. Anstatt, wie liberale Positionen es tun, auf die »Normalität« und »Nützlichkeit« queerer Lebensweisen zu verweisen und glückliche Paare mit Kind ins Feld zu führen, sei das Wunderbare an Queerness gerade das Exzessive, Dringliche und Nicht-Aufschiebbare, das sich weigert die Erfüllung des Glücksversprechens immer auf morgen zu verschieben und stattdessen alles und zwar genau: jetzt! fordert. Anstatt immer warten zu müssen, bis es endlich legendär wird und dann doch wieder getröstet zu werden, sei die Stärke von Queerness gerade, sich an dieser Reproduktion von Zukünftigkeit nicht zu beteiligen, sondern das glücklichere Leben jetzt wahr nehmen zu wollen –

oder wie Edelman schreibt: »What is queerest about us, queerest within us, and queerest despite us is this willingness to insist intransitively – to insist that the future stop here«. Genau diese Verbindung zwischen Queerness und exzessivem Vergnügen bezeichnet Edelman als »Sinthomosexualität«.

Daraus ergeben sich Möglichkeiten interessanter, wenn auch gewagter Zusammenhänge. Da aus dem oben Ausgeführten folgt, dass für Edelman Queerness nichts Intrinsisches oder Angeborenes sein kann, sondern verbunden ist mit einer bestimmten Lebensweise oder bestimmten Forderungen, kann sein Konzept der »Sinthomosexualität« eben auch bezogen werden auf andere Phänomene, die nicht viel zu tun haben mit Queerness im klassischen Sinn. Da hier eben nicht die Frage nach LGBT-Lebensweisen gestellt werden soll, sondern der Fokus auf den Zugriff auf Zeit liegt, kommen die Ideen der Unaufschiebbarkeit des Jetzt und der Ablehnung der Verschiebung des Glücksversprechens in die Zukunft zusammen mit zwei medial groß rezipierten Phänomenen, die eben einen anderen Zugang zu Zeit und einen anderen Umgang mit Zeitökonomien sichtbar werden lassen.

»Darf ich Ihnen was zum Thema Vorsorge mitgeben?« (ein SparkassenMitarbeiter)

Erstens manifestiert sich seit geraumer Zeit an den Spitzen der westlichen Musik-Charts (aber auch darüber hinaus) immer wieder der Aufruf, nichts auf morgen zu verschieben, sondern die Nacht, den Augenblick, Jetzt, genau diesen Tag, den besonderen Moment usw. zu zelebrieren. In der Verbindung von R'n'B und House haben die meisten Hits von David Guetta, den Black Eyed Peas, Pitbull, Jason Derülo, LMFAO usw. immer und immer wieder genau diesen Inhalt: den Moment zu feiern und bloß nicht an morgen zu denken. Ist diese Aufforderung auch nicht neu, so ist sie doch, wie Edelman zeigt, selten mehrheitsfähig und traditionell eher in anderen Subkulturen zu finden. In dem diese nun jedoch zu einer konsensfähigen Dauerbeschallung wird, ergibt es sich, dass der spezifische Zugriff auf Zeit, den Edelman mit Queerness verbindet, ankommt in einem Bereich, der damit erst mal wirklich gar nichts zu tun hat (sondern eher stark heterosexistisch funktioniert – siehe bspw. »Give Me Everything (Tonight)« von Pitbull und NeYo). In den Zeiten also, in denen die Zeit ständig knapper, enger und stressiger wird, kommt es dazu, dass genau dieser Verknappung so etwas wie ihr Gegenteil entgegen gesetzt wird. Neben die gesellschaftliche Aufforderung, immer schneller, effizienter und produktiver zu arbeiten, gesellt sich der kulturindustrielle Imperativ zum Feiern, als gebe es kein Morgen mehr. Das mögliche Glück soll nicht mehr auf morgen verschoben werden, sondern es sei jetzt wirklich zu machen (siehe die beiden größten Hits der Black Eyed Peas: »I Gotta Feeling« und »The

Time (Dirty Bit)«, die ergänzt werden von Titeln wie »Just Can't Get Enough« und »Don't Stop the Party« – interessanterweise meistens mit deutlichen Verweisen auf die 1980-er, die wohl bislang als ›schwulste‹ Jahrzehnt in die Pophistorie eingegangen sind). Politisch spannend ist dabei, dass einerseits Das KIND dann doch immer wieder auftaucht – selbst wenn es auf textlicher und musikalischer Ebene abwesend ist, so bleiben Kinder und Familie für die Künstler_innen höchstes Gut und Ziel (selbst bei den sehr promiskuitiven Feierprolls der MTV-Serie Jersey Shore). Andererseits wird trotzdem ein anderer Zugriff auf Zeit erkennbar, der nicht auf die irgendwie politische und persönlich bessere Zukunft vertröstet, sondern versucht, alles was möglich ist aus den gegebenen Verhältnissen heraus zu holen. Der Horizont wird also nicht mehr die Idee, dass man vielleicht in ein paar Jahren nicht mehr ganz so viel arbeiten muss, sondern die Idee, dass diese Party – erst mal der größtmögliche Spaß, den die Verhältnisse zulassen – nicht aufhört. Es geht also darum nach Mittel und Wegen zu suchen, sich die Zeit jetzt zu nehmen und sie mit ausschließlich Großartigem und nichts Nützlichem zu füllen und dann nicht mehr los zu lassen (oder eben die Kontrolle zu verlieren). Dies ist tendenziell eine Bewegung, die die gegenwärtige Gesellschaft vor ernsthafte Probleme stellt, denn die polemische Antwort Edelmans auf die Frage, wie es denn möglich sei seine Argumentation zu überleben, ist, dass der Witz darin läge, dass man es gerade nicht tut.

»C – wie Zukunft« (Wahlspruch der CDU Mecklenburg-Vorpommern)

Genau dies verbindet seine Idee der »Sinthomosexualität« mit einem anderen wichtigen Phänomen: den Riots in Großbritannien. Im Unterschied zu den Ereignissen des »arabischen Frühlings« oder den Sozialprotesten in anderen Teilen der Welt, (die hier politisch nicht bewertet, sondern nur unterschieden werden sollen) ging es dabei eben nicht um eine »bessere Zukunft«, eine andere politische Organisation oder die Wiederherstellung ehemaliger Sicherheiten. Es ging, wie einige Kommentator_innen bemerkten (bspw. Nina Power und die Bloggerin Penny Red), eher darum, die Machtfrage zu stellen, in dem kurzen Zeitfenster, in dem dies möglich wurde. Das Politische wäre aus dieser Perspektive gerade die Tatsache, dass es scheinbar nicht um eine nachhaltige Organisierung der Wut oder die Formulierung von politischen Forderungen ging, sondern um die exzessive Ausnutzung der Möglichkeiten, die sich im Moment auftaten. Genau dies war es ja auch, was die bürgerlichen Medien so ärgerte: das Maßlose, das Sinnlose, das Exzessive, das Chaotische. So war es eben nicht richtig möglich, den Randalierenden einen verkappten Zukunftswunsch zu unterstellen (Job, Familie und immer wieder »Sicherheit« oder auch »Hoffnung«),

da diese gleichzeitig sich damit begnügten, für den Moment, in dem dies möglich war, die Macht auf den Straßen an sich zu nehmen und damit zu machen, was immer sie auch wollten – einstecken, was ausliegt; anzünden, was rumliegt; sich nehmen, was zufliegt. Wo die kapitalistische Gesellschaft und Geschichte ohnehin keine Zukunft mehr für sie vorgesehen hat, sondern nur noch eine schlechte Unendlichkeit projiziert, war hier vielleicht die Lösung, diesen miesen Vertrag mit der Zukünftigkeit aufzukündigen und sich lieber jetzt zu nehmen, was da ist. Das, was sonst für ein besseres Morgen zurückgehalten oder versprochen wird, wurde sich in der Situation, einfach, weil es möglich war, genommen – vom fröhlichen Feiern über Sneaker bis zur Bestimmung der akuten Politik. Es wurde dabei nicht nach einer möglichen Zukunft oder Verbesserungen für Übermorgen gefragt, sondern es schien zu reichen, auszutesten, wie lange dieser exzessive Ausnahmezustand aufrecht zu erhalten sei.

»The future will be better tomorrow.«

(George W. Bush)

Mit dem Blick auf die Sinthomosexualität und dem, was uns derzeit aus den Charts entgegen geträllert wird, könnte also eine Ebene im Kampf gegen die schlechte und schlechter werdende Zeit sein, den Blick nicht mehr in die Zukunft zu richten, sondern mit der alten Forderung »Alles für alle und zwar sofort!« ernst zu machen. Sich im Rahmen der Möglichkeiten nicht mehr vertrösten zu lassen, sondern die Verwirklichung ihrer Potentiale jetzt zu realisieren. Dass dies weder einfach, noch immer lustig ist, davon erzählen sowohl Edelman als auch die Polizeiaktionen im Rahmen und nach den Riots. Allerdings ergibt sich darüber in Zeiten der ökonomischen und ökologischen Krise eine Perspektive, die nicht immer nur zurück stecken oder auf klamme Kassen reagieren muss, sondern auf diese Form der schlechten Unendlichkeit verzichtet, um unverantwortlich den Überfluss in der Gegenwart wahr zu machen. Ob das nun ›realistisch‹ oder ›machbar‹ ist, wäre dabei gar nicht der Punkt, sondern vielmehr wäre das Flimmern des fröhlichen Feierns auf Viva und den Berliner Straßen zu verbinden mit der Ablehnung des ständigen Appells, doch auch an Die KINDER oder Die Kommenden Generationen zu denken, um daraus Momente entwickeln zu können, die diese Zeit – unsere Gegenwart – in einem schöneren, strahlenderen Discolicht erscheinen lassen.

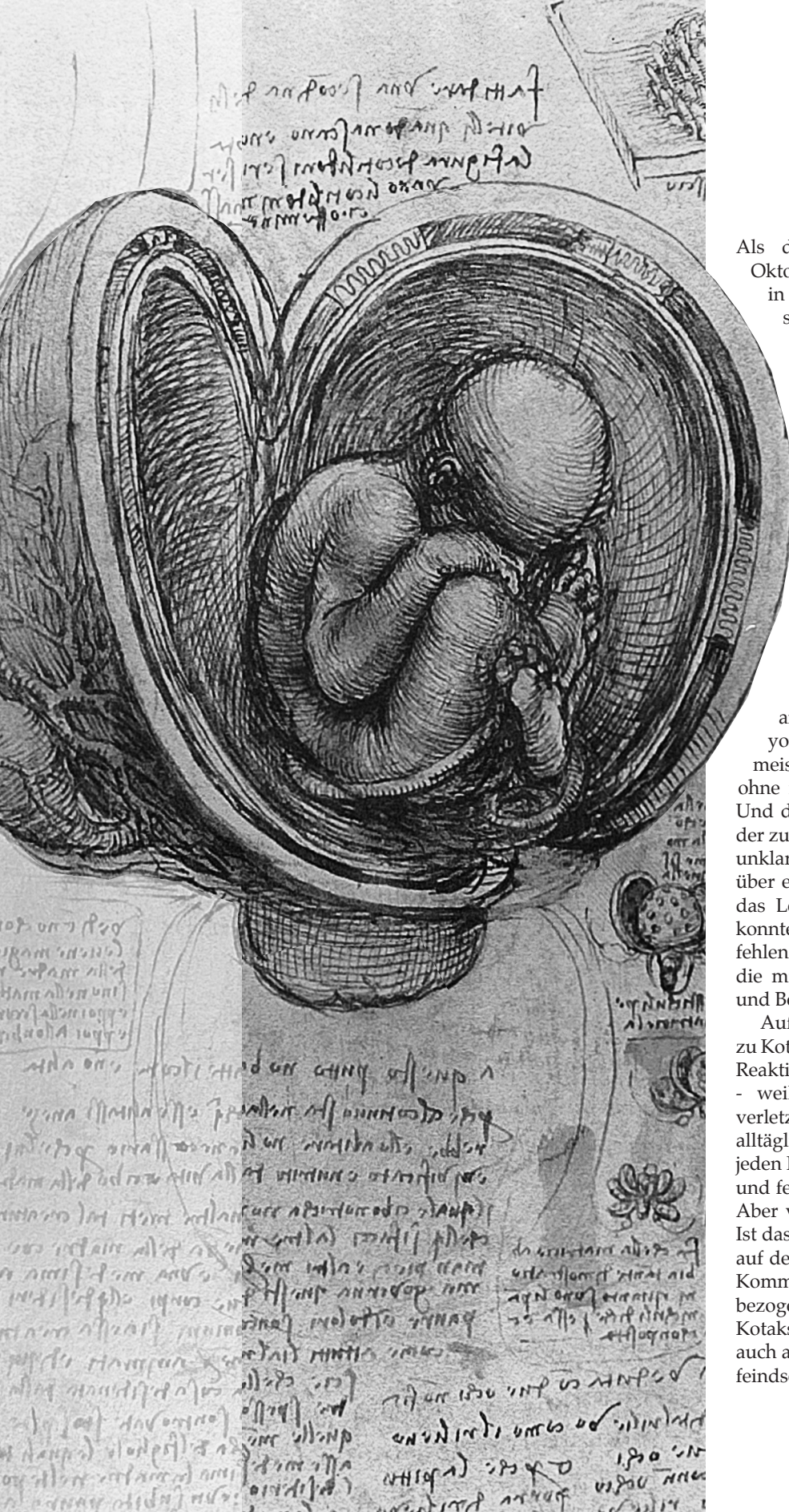
Hingeschrieben ist das leicht, aber im »Verschwende deine Jugend« die Jugend durchzustreichen und durch das ganze Leben zu ersetzen, ist genauso notwendig wie Unsinn. Denn auch wir werden, nachdem dieser Text fertig besprochen ist noch 2, oder 3 Bier trinken und dann nach Hause gehen, um morgen nicht allzu zerstört zu sein und noch etwas arbeiten zu können.

diskus_red



Leibesfrucht_Brainchild

Geburt Natur Kunst



Als die Performancekünstlerin Marni Kotak im Oktober 2011 ankündigte, ihr Kind in einer Galerie in Brooklyn vor Publikum gebären zu wollen, war sie keine besonders bekannte Persönlichkeit. Zuvor hatte sie schon zahlreiche Erlebnisse wie die Beerdigung ihres Großvaters und ihre eigene Entjungferung in Performances verarbeitet, ohne größeren Skandal. Ihr neues Projekt nannte sie *The Birth of Baby X*. Im Mittelpunkt stehen sollten weniger sie und das (Un-)Geborene als vielmehr der Akt des Gebärens als höchste Form von Kunst. Dass die Nachricht um die Welt ging und dann doch großes Interesse an ihr und ihrem Sohn Ajax als konkreten Personen bestand, schien sie so nicht erwartet zu haben. In den Tagen nach der Geburt begann eine Jagd auf die ersten Bilder ihres Kindes als sei sie eine berühmte Hollywood-Schauspielerin.

Kotak ist nicht die erste, die die Öffentlichkeit an der Geburt ihres Kindes teilhaben lässt. Auf youtube sind hunderte Videos verfügbar, mit denen meist sogenannte Alleingeburten, Hauseburten ohne medizinische Assistenz, dokumentiert werden. Und doch scheint sie einen Nerv getroffen zu haben, der zuvor noch verdeckt lag. Woran genau das liegt, ist unklar: ob es die Tatsache ist, dass man die Geburt statt über ein Medium gefiltert live sehen, also tatsächlich das Leben unmittelbar im Leben entstehend sehen konnte, ob es der spezielle Ort der Geburt ist, die fehlende medizinische Kontrolle durch einen Arzt oder die mit Kunstprojekten einhergehende Vermarktung und Bewerbung des Ereignisses.

Auf meiner Suche nach Artikeln und Diskussionen zu Kotaks Projekt stoße ich auf größtenteils sehr heftige Reaktionen. Kotak wird angefeindet und beschimpft - weil sie die Persönlichkeitsrechte ihres Kindes verletze, weil sie sich mit einem so natürlichen und alltäglichen Ereignis ins Rampenlicht dränge und um jeden Preis berühmt werden wolle, weil sie zu hässlich und fett sei, als dass irgendjemand »das« sehen wolle. Aber vor allem wird immer wieder in Frage gestellt: Ist das überhaupt Kunst? Und immer wieder stoße ich auf den lapidaren, zynisch mit Smileys geschmückten Kommentar: »Ist das Kunst, oder kann das weg?« bezogen auf das »Produkt« der Kunstperformance, Kotaks Kind. Ich war auf platten Sexismus gefasst, und auch auf ein reaktionäres Kunstverständnis, aber diese feindselige Entwertung von Menschenleben macht

mir schlichtweg Angst. Mir kommen die Begriffe Euthanasie und entartete Kunst in den Sinn.

Kotak selbst erklärt zu ihrem Projekt, dass ihrer Ansicht nach das menschliche Leben an sich die grundlegendste Form von Kunst ist. Gebären sei als höchste Ausdruck des Lebens die höchste Form von Kunst und ihr Kind deswegen das größte Kunstwerk, das sie und ihr Mann jemals erschaffen könnten. Kotaks Projekt öffnet ein Spannungsfeld der Konzepte von Natur/Natürlichkeit und Kunst/Künstlichkeit. Mit der zwangsläufigen Entscheidung, in ihrer Performance eine bestimmte Geburtspraktik als höchste Form von Kunst zu präsentieren, macht sie zudem eine normative Aussage über die ›richtige‹ Art, ein Kind zur Welt zu bringen.

Born this way

Kotak zeigt sich mit ihrer Performance als Befürworterin der natürlichen Geburt und teilt Ideen des biologistischen Gynozentrismus. Dazu gehört die Positivierung von essentiell weiblich geglaubten Fähigkeiten und Eigenschaften, die Ablehnung als männlich verstandener Technologien und oftmals eine weiblich orientierte Spiritualität.

Kotak brachte ihr Kind mit Hilfe einer Hebamme und einer Doula, die sie emotional und spirituell auf die Geburt vorbereitet hatte, zur Welt. Ein Arzt war nicht anwesend – ein bewusstes Statement Kotaks gegen die Hospitalisierung von Geburt. Wenn Frauen in ungastlichen Krankenhäusern (›inhospitable hospitals‹), an Infusionen und Monitore angeschlossen und im Bett festgezurret Kinder zur Welt bringen, könne sie das auch in einer Kunstgalerie. Mit dieser Einstellung vertritt sie eine Strömung, die versucht, den Einfluss der Schulmedizin während Schwangerschaft und Geburt zu minimieren. Die auf youtube dokumentierten Alleingeburten stehen sicherlich an einem der extremen Enden der Skala von Vorstellungen über die ›richtige‹ Geburt: Auf der einen Seite diejenigen, die das medizinische System als männlich-patriarchal ablehnen und sich mit Hausgeburt, Doula und Hypno-Birthing in den »intimsten Stunden ihres Frau-Seins« dem »zutiefst weiblichen Bedürfnis« nach Privatheit hingeben und das als »neue Weiblichkeit« feiern.¹ Auf der anderen Seite diejenigen, die die Vorsorgeuntersuchungen bei Gynäkolog_innen beanspruchen, das Ungeborene im Ultraschall beobachten und auf mögliche Fehlbildungen untersuchen lassen, das Geschlecht bestimmen lassen, eventuell noch eine Fruchtwasseruntersuchung machen, um einen genetischen Defekt auszuschließen und die Geburt im Krankenhaus, teils mit PDA oder Kaiserschnitt, erleben. Zwischenformen aller Art existieren; auch im Kreißsaal werden Bachblütentropfen und ätherische Öle gereicht, auch dort wird Gebären bisweilen als ur-biologischer, natürlichster aller Körperprozesse gesehen, als eine Situation, in der die Natur über die Frau Macht ergreift, ihre essentiell weiblichen Instinkte erwachen und sie körperlich ›weiß‹, was zu tun ist. Den Naturgeburter_innen kann man entgegensetzen, dass auch ihr System der alternativen Geburt pathologisiert:

Auch Doulas und Hebammen bedienen sich Technologien und vermitteln den Paaren, sie würden bestimmte Waren oder Dienstleistungen brauchen, um eine gute Geburt zu erleben. Dann sind es eben nicht das EKG und der Wehentropf, die zum Gelingen der Geburt unabdingbar sind, sondern ätherische Öle, Globuli und die richtige spirituelle Vorbereitung. Alternativmedizin ist ebensowenig unschuldig wie Schulmedizin.

Bedenklich ist weniger das Wie des Gebärens, sondern der moralisch-diskursive Kampf um die ›richtige‹ Geburt und den besten Lebensbeginn; die soziale Sanktionierung von Geburtsmodellen, die nicht der eigenen Ideologie entsprechen und die Brandmarkung von Schwangeren als unverantwortlich, die sich für oder gegen verschiedene Maßnahmen entscheiden. Das bessere Leben, das man für das eigene Kind heraufbeschwört, beginnt schon vor der Geburt - und immer in Konkurrenz zu anderen.

We are all born superstars

Kaum wahrgenommen und diskutiert wurde, dass Kotaks Geburtsperformance in einer symbolgeladenen Rauminstallation stattfand, als Inszenierung von Natürlichkeit in einem künstlichen Setting. Neben dem Bett ihrer verstorbenen Großmutter und dem Schaukelstuhl, in dem ihre Mutter sie als Baby wiegte, ordnete Kotak eine Reihe von Gegenständen an, die man wohl am ehesten als Artefakte oder Fetische bezeichnen könnte. Zwei riesige Trophäen, mindestens 2 Meter hoch, stehen neben dem Nachttisch; eine für Marni, fürs Gebären, die andere für Baby X, fürs geboren Werden. In einem Tiefkühlgerät wird eine Plazenta aufbewahrt, an der Wand hängen eine Vitrine mit dem positiven Schwangerschaftstest sowie ein Schrein mit Kerzen und Rosenkette, in dem ein vergrößertes Ultraschallbild die Maria mit Kind ersetzt. Auf dem Bett liegt eine Stoffpuppe, auf deren Kopf ein Babygesicht gedruckt ist, eine Collage beschäftigt sich mit dem möglichen Aussehen des Kindes.

Auf den ersten Blick gruselt mich das Arrangement etwas. Schlussendlich ist diese Art der Auseinandersetzung mit dem Ungeborenen und der Geburt aber nicht weit von der Alltagspraxis entfernt. Es gibt viele verschiedene Arten, künstlerisch-kreativ mit Schwangerschaft und Geburt umzugehen. Am populärsten ist es, den Bauch zu bemalen und zu fotografieren, oder ihn in einem Gipsabdruck zu verewigen. Relativ neu sind dagegen Angebote, ein Ultraschallbild auf Leinwand vergrößern zu lassen oder als Skulptur oder 3D-Glasgravur umzusetzen.² In der Hausgeburtsszene wird im engeren Sinne künstlerisch mit der Geburt umgegangen. So stellen manche nach der Geburt aus der Fruchtblase eine Trommel her; die Plazenta wird gewaschen und mit Farbe getränkt, um wie mit einem Stempel einen Abdruck auf Stoff oder Leinwand machen zu können. Diese Art von Kunst verbleibt jedoch in der Regel im Privaten. Selbst Schwangerschafts- und Mütterblogs, in denen oftmals die Ergebnisse der kreativen Projekte stolz präsentiert werden, scheinen trotz der Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit noch als privat

betrachtet zu werden. Auch die Veröffentlichung von Geburtsvideos auf youtube ist nicht mit großen Kontroversen verbunden, obwohl die Videos durchaus von Vielen angeschaut werden (das beliebteste Video wurde mehr als 5 Millionen Mal aufgerufen). Warum nun ruft also die Idee, eine Geburt als Kunstperformance zu präsentieren, so heftige Reaktionen hervor?

Kotaks Projekt hat vor allen Dingen verdeutlicht, dass Schwangerschaft und Geburt mächtige diskursive Schnittstellen sind, auf die die Gesellschaft den Anspruch der Einmischung erhebt - und sei es die öffentliche Forderung, eine Geburt habe ein privates, vor der Öffentlichkeit verborgenes Ereignis zu sein. Kotak überschreitet offenbar gleich zwei Grenzen: Sie präsentiert ihre Geburt live und nicht als dem eigentlichen Ereignis nachgereichtes Artefakt. Und sie deklariert einen Prozess als Kunst, der allgemein als natürlich-biologisch verstanden wird. Hinter der Ablehnung ihrer Performance steht die Vorstellung, dass Kunst über das Normale und Alltägliche

abzuerkennen, bewirken die Kritiker nämlich genau das Gegenteil: Kotaks Werk wird als Kunst rezensiert.

Rather a Cyborg than a Goddess

Eine vollkommen andere Perspektive als Kotak macht die japanische Pop-SciFi-Künstlerin Sputniko! auf. Sie entwirft Prothesen und Maschinen, die es ermöglichen sollen, Erfahrungen zu haben, die einem bestimmten Geschlecht zugeschrieben werden. Die Menstruationsmaschine zum Beispiel erlaubt jeder und jedem, einen kontinuierlich tröpfelnden Blutfluss zwischen den Beinen zu erleben. Ihre Idee der Child Producing Machine deutet den Begriff der Gebärmachine um. Er steht nicht länger für die technische Aneignung des Reproduktionsvorgangs durch das Patriarchat, sondern dient als emanzipative Technologie, die Gebären für alle erfahrbar machen soll. Sie stellt ihre Erfindungen teils in Videoclips vor. In ihren Songtexten bezieht sie sich oft auf Donna Haraways Werk: Wir alle sind Cyborgs, ein Rückgriff



hinausgehen muss und nicht das Leben selbst sein darf; dass sie grundsätzlich von Natur verschieden ist, weil sie eben künstlich ist. Ich vermute, dass es darüber hinaus vor allem als anmaßend empfunden wird, dass ein als essentiell weiblich deklariertes Ereignis zur Kunst erhoben wird. Die unselige Natur-Kultur-Dichotomie, die Männer der Technik und Frauen der Natur zuweist, kann nur platten Sexismus erzeugen, auch wenn er als positiv-biologistische ›neue Weiblichkeit‹ verkleidet ist.

Ohne definieren zu wollen, was genau Kunst (nicht) ist, ist Kotaks Performance im Rahmen der Installation deutlich als Kunst zu erkennen. Zur Rezeption dieses größeren Zusammenhangs ist es leider garnicht erst gekommen. Und selbst, wenn Kotak ihr Kind in einem leeren Raum, im Krankenhaus oder auf der grünen Wiese zur Welt gebracht hätte: Alles wäre Kunst gewesen, sobald sie es als Performance ankündigt. Durch die heftigen Reaktionen und den Versuch, der Performance den Status des Kunstwerks

auf die reine Natur und einen natürlichen Körper ist nicht möglich. Sputnikos! *Child Producing Machine* produziert leider kein echtes Kind, bringt aber immerhin den Gedanken des *queering birth* hervor.

Die Themen Schwangerschaft und Geburt sind die größten Stolpersteine der *queer theory*. Es ist schwierig, Naturalisierungstendenzen und das Bestehen auf einer (bedeutungsvollen) Geschlechterdifferenz zu entkräften, wenn als letztes Argument die Fähigkeit der Frau, schwanger zu werden, lauert – zumindest wird diese Fähigkeit jeder (›richtigen‹) Frau unterstellt. Einen entsprechend großen Aufschrei gab es, als 2008 verkündet wurde, ein Mann erwarte ein Kind. Die Sensation wurde jedoch schnell wieder abgewertet, weil Thomas Beatie zwar legal ein Mann ist, aber als Frau geboren wurde. Er wurde dennoch 2010 als *First Married Man to Give Birth* ins Guinness Buch der Rekorde eingetragen. Das Bild eines phänotypisch männlichen Körpers, nur eben mit einem großen Schwangerschaftsbauch, wurde schnell wieder in

das vertraute Zwei-Geschlechter-System und die Gegensätze von Natur und Künstlichkeit eingeordnet. Der kurze Moment, in dem jemand sich fragt: »Ist das echt?« und es zwar für unwahrscheinlich, aber immerhin für möglich hält, ist jedoch viel wert.

Sputniko's *Child Producing Machine*, auch wenn sie im eigentlichen Sinne nicht funktioniert, produziert immerhin einen *shift*: Sie verschiebt die Perspektive auf Reproduktion und verweist auf nicht-heteronormative Geburtssettings. Sie stellt die Natürlichkeit von Schwangerschaft in Frage und nutzt Technologien, um Geschlechtergrenzen zu verschieben und zu entmachten. Dem steht immer noch die Ideologie gegenüber, dass das technisch Hergestellte unnatürlich und somit nicht »echt« sei. Der natürliche Körper und die natürliche Geburt sind aber zwangsläufig diskursiv hergestellt und ein kulturelles Konstrukt. Jede Geburt ist eine Performance und nimmt teil an einem fortlaufenden Normativierungsprozess. Meistens ist es den (zukünftigen) Gebärenden und ihren Partner_innen auch mehr oder weniger bewusst,

dass »das Natürliche« immer künstlich hergestellt und performt ist. Kotak betitelt ihre Homepage mit dem Spruch: »For truth is always strange; stranger than fiction.« - Die Realität ist verrückt genug, sie läuft jeder Parodie den Rang ab. Man braucht nur jemanden, der darauf aufmerksam macht.

Janne Krumbügel



dass sie Teil eines solchen Prozesses sind, da sie diesen oft nach außen hin präsentieren, das Wie und Wo der Geburt begründen und gegen andere Ansätze verteidigen. Entsprechend ist die Intention von Kotak und denjenigen, die ihre Geburtserlebnisse auf youtube veröffentlichen, nicht ausschlaggebend. Ihre Werke und deren Rezeption können so oder so queer gelesen werden.

Am Ende bleibt es unklar, wie sehr Kotak tatsächlich performt, ob sie die Rolle der Schwangeren, die von der natürlichen Geburt überzeugt ist und das Ungeborene antizipiert und fetischisiert, bewusst darstellt, oder ob ihre Installation ein Eigenleben hat und über sie hinausgewachsen ist. Kotak grenzt sich von der künstlichen Geburt ab, wendet sich der natürlichen Geburt zu, macht sie zu Kunst und dadurch wieder künstlich. Unabhängig davon, ob Kotak eine Kritik an der Ideologie der Geburtspraktiken beabsichtigte, hat die in ihrem Projekt gezeigte Fetischisierung des Natürlichen in einem künstlichen Raum verdeutlicht,

Noten

#1# Zitate aus dem Klappentext des Buches *Luxus Privatgeburt: Stolz Mütter über die Kunst des Gebärens in den eigenen vier Wänden.* (Eirich/ Oblasser 2009)

#2# Zum Beispiel auf ultraschall-leinwand.de: »Wir gestalten aus Ihrem Ultraschallbild moderne Kunst mit einer ganz individuellen Note. Zeigen Sie allen, dass Ihr Kind bereits im Mutterleib das Schönste von allen war!«

Text

Donna J. Haraway (1991): *Die Neuerfindung der Natur: Primaten, Cyborgs und Frauen.* Frankfurt am Main: Campus Verlag.

sputniko.com

fuckermothers.wordpress.com



Die kommende Katastrophe

Die Zukunft des Vergangenen

Nachdem am 11. März 2011 in Japan zunächst ein Erdbeben und dann ein Tsunami das Land erschütterten und wenig später bekannt wurde, dass auch in einem Atomkraftwerk ein GAU eintreten könnte, dauerte es nicht einmal Stunden, bis in Deutschland besorgt gefragt wurde: Kann das oder etwas Ähnliches oder sogar noch Schlimmeres auch hier passieren? Die Antwort kam auf dem Fuß: »Was in Japan geschehen ist, könnte ähnlich auch in Deutschland passieren, wenn es zu einer der unzähligen möglichen Verkettungen unglücklicher Umstände käme. Das ist die Unvermeidbarkeit des Unwahrscheinlichen.« (Schnellhuber, in: *Spiegel*, 21.03.2011, S. 28). Auch, wenn es keine Erdbeben und Tsunamis gibt, dann könnten doch immer noch Flugzeugabstürze auf Atomkraftwerke, Stromausfälle, Terror und Cyberattacken...

Der eigentliche Grund für die Übertragbarkeit und das Ansteckende der Katastrophe liegt nicht darin, dass wir uns – wie immer wieder bemerkt wurde – in »Echtzeit« über Vorfälle informieren können, die tausende Kilometer entfernt passiert sind, sondern in der unechtzeitlichen Entgrenzung solcher Ereignisse, die gerade deshalb Ereignisse sind, weil sie nicht an einem Punkt in der Zeit verortet werden können – etwa am 11. März 2011 um 14:46:23 Uhr Ortszeit – sondern in alle zeitlichen und Himmelsrichtungen ausfransen. So werden die Angehörigen der vielen Opfer in Japan wohl noch lange von den Gespenstern der Vergangenheit heimgesucht werden. Durch keine Trauerarbeit zu bewältigen sind aber die Gespenster der kommenden Katastrophe, diese eigenartigen Widergänger_innen aus der Zukunft, die auch den Beobachter_innen in anderen Teilen der Welt Schrecken einjagen. Was Jaques Derrida in Bezug auf die Terroranschläge vom 11. September bemerkt hat, lässt sich scheinbar bruchlos auf die Katastrophe von Japan übertragen: »Der Beweis des Ereignisses hat als tragisches Korrelat nicht etwa das, was derzeit passiert oder was in der Vergangenheit passiert ist, sondern das vorlaufende Zeichen dessen, was zu passieren droht. Die Zukunft macht die Nichtaneignenbarkeit des Ereignisses aus, weder die Gegenwart noch die Vergangenheit. (...) Es handelt sich um ein Trauma und also um ein Ereignis, dessen Temporalität weder vom gegenwärtigen Jetzt noch von der gegenwärtigen Vergangenheit ausgeht, sondern von einem Un-Darstellbaren, das noch kommen wird.« (Derrida 2004,

S. 130) Der Unfall ist immer schon geschehen und droht sich in Zukunft erneut zu ereignen und ist folglich durch eine bedrohliche Wiederholbarkeit gekennzeichnet, die gerade deshalb so bedrohlich ist, weil sich der Unfall als Ereignis nicht mechanisch reproduziert, so dass sich dessen Gesetzmäßigkeit erkennen ließe (wie etwa, dass die Sonne jeden Tag ›aufgeht‹). Ebenso wenig handelt es sich um ein statistisch normales bzw. regelmäßiges Phänomen (wie etwa Autounfälle). Als Gesetz oder Normalität wäre die Katastrophe nämlich determinierbar oder zumindest prognostizierbar, was es erlauben würde, unterschiedliche Techniken der Vorsorge – von der Prävention bis zur Versicherung – in Anschlag zu bringen und dadurch die bedrohliche Zukunft zu zähmen. Umgekehrt wäre die Katastrophe als rein singuläres Geschehen nicht weiter bedrohlich, weil deren erneutes Eintreten nicht befürchtet werden müsste. Durch ihre spezifische Ereignishaftigkeit, d.h. durch die Drohung ihrer Wiederkehr, erlangt die Katastrophe aber einen paradigmatischen Wert und verweist auf eine ganze Serie anderer oder zukünftig möglicher Ereignisse.¹ Jede einzelne Katastrophe ist Ausdruck, Beweis, und Drohung einer generischen Gefährdung, die dennoch nie die Regelmäßigkeit eines Gesetzes, noch die Regelmäßigkeit einer statistischen Normalität erlangt: die Katastrophe ist vielmehr par-normal.

Tatsächlich erleben wir die Emergenz eines paranormalistischen Dispositivs, das ein Netz nicht nur zwischen vergangenen und zukünftig-möglichen Ereignissen, sowie zwischen unterschiedlichen Teilen des Globus spannt, sondern vor allem auch in sachlicher Hinsicht Bereiche verknüpft, die wir gewohnt sind, fein säuberlich voneinander zu unterscheiden: Natur und Gesellschaft, Krieg und Wetter, Technik und Umwelt, Bioterrorismus und Pandemie, Finanzmarkt und Atomkraft... Seit dem 11. September hat sich in Institutionen wie dem US-amerikanischen *Department of Homeland Security* oder dem deutschen Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) der sog. »All-Hazards-Approach« als sicherheitspolitische Leitlinie etabliert, der zufolge ganz unterschiedliche Gefährdungstypen mit ähnlichen Methoden erkannt und entschärft werden sollen. Wenn wir in Zeitungen derzeit von Finanzbeben, der Ansteckungsgefahr der Schuldenkrise Griechenlands oder von ökonomischen Tsunamis lesen, so handelt es sich dabei nicht einfach um einen metaphorischen Transfer, der zur Naturalisierung der eigentlich sozialen Sphäre der Ökonomie beitragen soll. Vielmehr handelt es sich dabei um die Artikulation des Imaginären der para-normalen Gefährdung.

Die Wahrheitspolitik des Ereignisses oder: Eventmanagement als Beruf

»An encounter, a discovery, a vast wave of strikes, an earthquake; every event produces truth by changing our way of being in the world.« (*Invisible Committee*, S. 97)

Das Imaginäre des Para-Normalismus ist nun keineswegs ›nur‹ als Ideologie zu verstehen oder als Erkenntnisraster. Vielmehr handelt es sich um

ein bestimmtes wahrheitspolitisches Programm, das auf diese Weise ontologischen Charakter gewinnt.² Niemand hat das besser zum Ausdruck gebracht als Angela Merkel, die als Physikerin mit der prekären Grenze zwischen Epistemischen und Ontologischen in Angelegenheiten der Ungewissheit vertraut ist. So klärte sie in ihrer Bundestagsrede zu der Katastrophe in Japan zunächst als sichtlich überraschte Wissenschaftlerin über die epistemischen Folgen der jüngsten Ereignisse auf: »Die unfassbaren Ereignisse in Japan lehren uns, dass etwas, was nach allen wissenschaftlichen Maßstäben für unmöglich gehalten wurde, doch möglich werden konnte« (Bundestagsrede vom 17.03.2011), um sodann als Bundeskanzlerin fortzufahren »Wenn das so ist, wenn also in einem so hoch entwickelten Land wie Japan das scheinbar Unmögliche möglich, das absolut Unwahrscheinliche Realität wurde, dann verändert das die Lage. Dann haben wir eine neue Lage, dann muss gehandelt werden: Und wir haben gehandelt.« (ebd.) Merkel ist viel dafür kritisiert worden, eine gar nicht allzu neue Erkenntnis zu einer tatsächlichen Neuheit zu erklären. Diese Kritik ist nicht falsch, berücksichtigt aber einseitig den propositionalen Gehalt und nicht den performativen Effekt von Merkels Aussage. Indem sie nämlich Handeln anmahnt und sogar erklärt bereits gehandelt zu haben, verändert sie ganz offensichtlich die Lage. »Die Lage« – das ist schließlich nicht einfach der geduldige Boden des Faktischen, auf Grundlage dessen Entscheidungen getroffen werden, sondern genauso das, was erwartet, erhofft oder gefürchtet und durch unsere Handlungen und Entscheidungen erst geschaffen wird. »Die Lage«, das ist unser »In-der-Welt-Sein« und die Wahrheit der Lage, besteht in der Treue zum Ereignis. Nimmt man eine solche Sichtweise ernst, die sich als Merkelsche Wahrheitspolitik bezeichnen ließe, dann verändert das auch die Art und Weise, wie für gewöhnlich Zeitlichkeit und Kausalität, Erfahrung und Erwartung betrachtet werden. Verabschieden muss man sich von einer erfahrungswissenschaftlichen Sichtweise, die fein säuberlich zwischen Lage und Verständnis der Lage unterscheidet, wie sie vom fallibilistischen Umweltminister, dem Umfallibilisten Norbert Röttgen vertreten wird: »Es ist [...] die Erfahrung, dass ein Hochtechnologieland eine Gefahr kannte, sie gesehen hat – Japan ist Erdbebengebiet –, seine Kernkraftwerke nach strengen Anforderungen darauf ausgelegt hat – 8,2, enorm starke Erdbebenannahme! – und trotzdem von der Natur widerlegt wurde. [...] Darum hat sich nach unserem bisherigen Verständnis von Sicherheit nicht die Sicherheitslage unserer Kernkraftwerke verändert, sondern unser Sicherheitsverständnis.« (Bundestagsrede vom 18.03.2011)

Nach Merkels Wahrheitspolitik ist es nicht so sehr die Vergangenheit, die als Kette der Kausalität die Gegenwart bewirkt, sondern die Zukunft wird zur Ursache der Gegenwart, der Lage. Wenn also das Ereignis – wie die Ereignisse in Japan – den Vorlauf in die Zukunft katalysieren, dann schließt sich der Kreis, wenn die Zukunft durch Katastrophenszenarien, Ängste und Handlungen (»Und wir haben gehandelt« (Merkel - Unschärfekanzlerin)) vergegenwärtigt wird. Im zitternden Leib, der die nächste Katastrophe

fürchtet, in den hemdsärmeligen Handlungen der Politiker und auf den Bilanzbögen von Versicherungen und Investmentbanken präsentiert sich die vergangene Zukünftigkeit der kommenden Katastrophe, sie wird präsent – gegenwärtig.

Die Vergangenheit der Zukunft

Nun ist es erst einmal gar nichts Neues, dass die Erwartung eines zukünftigen Ereignisses Einfluss auf die Gegenwart nimmt. Für den Historiker Reinhardt Koselleck war es gar das Signum der Moderne, sich am Erwartungshorizont (Zukunft, Innovation) und nicht am Erfahrungsraum (Vergangenheit, Tradition) zu orientieren, womit stets die Hoffnung auf das Neue und Andere verbunden war: Die Befreiung des Denkens und Handelns von den Dogmen und Gewissheiten der Vorfahren. Freilich wurde dieser offene Erwartungshorizont von teleologischen, deterministischen oder evolutionistischen Geschichtsphilosophien, vor allem aber auch von ganz profanen Prognostiken geradezu systematisch verstopft. Besonders Vorhersagen, die auf Grundlage vergangener Daten auf die Wahrscheinlichkeit zukünftiger Ereignisse schließen, sind spätestens mit der Ausbreitung der Versicherungstechnologie zu einem festen Bestandteil moderner Zukunftserwartung geworden; einer Zukunftserwartung jedoch, in der prinzipiell davon ausgegangen wird, dass sich die Zukunft so verhalten wird, wie die Vergangenheit – sonst wäre ein entsprechender statistischer Induktionsschluss nämlich gar nicht möglich. Auch in Abwesenheit eines qua Brauchtums vermittelten Erfahrungswissens wurde durch wissenschaftliche Techniken Erfahrungsraum und Erwartungshorizont so vernäht, dass letztlich nur eine permanente Wiederholung des immer schon Gegebenen möglich schien. Deshalb war immer besondere Emphase gefragt, wenn es darum ging, die moderne »Regel, daß alle bisherige Erfahrung kein Einwand gegen die Andersartigkeit der Zukunft sein darf« (Koselleck 1989, S. 364) zur Geltung zu bringen. Marx bringt diese Emphase beispielsweise im 18. Brumaire auf, wenn er von der proletarischen Revolution fordert, ihre »Poesie aus der Zukunft« zu schöpfen, um »bisher nie Dagewesenes zu schaffen«. Für Marx ist der Kommunismus eine projektierte Zukunft, die zur Poesie, also zur Triebkraft der revolutionären Praxis werden soll. Welten, genauer zwei Weltkriege und der Schrecken, den diese mit sich gebracht haben, trennen uns von Marx Erwartungshorizont. Nicht nur haben Weltkriege und Auschwitz den Fortschrittsoptimismus des 19. Jahrhunderts einkassiert, der für den größten Teil der Menschheit ohnehin stets ein Hohn war. Vor allem hat sich im Ausgang des Zweiten Weltkrieges eine Art und Weise des emphatischen Zukunftsdenkens entwickelt, das im Angesicht des thermonuklearen Krieges nicht mehr revolutionären Zielen diene, sondern versuchte, die Zukunft selbst zu kontrollieren und als Kontrollinstanz ins Spiel zu bringen.

»Gegen ihre Kaltblütigkeit das »Udenkbare zu denken«, wäre kaum etwas einzuwenden, wenn man nur sicher sein könnte, daß sie überhaupt denken.« (Hannah Arendt)

Die Atombombe brachte eine neue Art von Unvorhersehbarkeit in die Kriegsführung ein, die spätestens seit der Erlangung der Bombe durch die Sowjets auch die us-amerikanischen *think tanks* verunsicherte. Alte und erprobte Prognosen und Kontrolltechniken versagten im Angesicht der Bombe. Schließlich fehlten schlicht statistische Daten, die die Wahrscheinlichkeit eines Atombombenabwurfs in den Bereich der Kalkulierbarkeit hätten rücken können, ganz abgesehen davon, dass eine solche Prognose auf Grund der ungeheuren Zerstörungskraft der Bombe



ohnehin nur von sehr begrenztem Nutzen gewesen wäre. Jede Form des Gedächtnisses, also selbst der statistisch erzeugte Erfahrungsraum, schien im Angesicht der Bombe zu versagen. Hermann Kahn, einer der amerikanischen *civil defence intellectuals*, die im Kalten Krieg dazu beitrugen, Wissenschaft und Kriegsführung zu revolutionieren, brachte diese Hilflosigkeit der Erfahrung im Angesicht eines möglichen Atomkriegs einmal auf den Punkt, als ein gestandener Militärveteran seine Eignung als Kriegsstrategie in Frage stellte. Kahn antwortete »how many thermonuclear wars have you fought? Our research shows that you need to fight a dozen or so to begin to get a feel for it.« (Pias 2009, S. 172). Aus diesen Zirkeln erfahrungsarmer, aber einfallreicher

Intellektueller (fast ausnahmslos Physiker_innen oder Mathematiker_innen) stammt die spieltheoretische Überlegung der *mutually assured destruction* (MAD), auch als Gleichgewicht des Schreckens bekannt. So konnte die bedrohliche Zukunft zwar nicht mehr auf statistischem, aber immerhin auf mathematischem Wege gezähmt werden, und zwar gerade, wenn man bereit war, das »Undenkbare zu denken« wie Hermann Kahns Buch über den thermonuklearen Krieg heißt. Kahn, der exemplarisch für einen ganzen Forschungskontext des militärischen *think tanks* RAND steht, ist damit eine sehr ambivalente Figur, die mit der Betonung, man müsse stets das Undenkbare denken im zwanzigsten Jahrhundert die »Regel, daß alle bisherige Erfahrung kein Einwand gegen die Andersartigkeit



der Zukunft sein darf« (Koselleck 1989, S. 364) zur Geltung brachte und damit das Szenario, das letztlich lediglich auf Intuition und Einfallskraft beruht, in den Bereich der politischen Antizipationstechniken eingeführt hat. Gleichzeitig hat er aber – zumindest vorgeblich – Wege gefunden, die Zukunft doch wieder unter Kontrolle zu bringen. Ja, gerade in der Vergegenwärtigung der radikalen Kontingenz der Zukunft, in der die Auslöschung der ganzen Menschheit möglich ist, im Denken des Undenkbaren also, erblickte er die Möglichkeit für die Kontrolle der Gegenwart: das Gleichgewicht des Schreckens.

Die gegenwärtige Zukunft

Mit dem Ende des Kalten Krieges und endgültig manifestiert durch 9/11 verschwanden die Gewissheiten des Schreckensgleichgewichts. Die asymmetrische Bedrohung fernab des Gleichgewichts erschien auf der politischen Bühne. Dabei scheint es immer weniger von Bedeutung zu sein, ob es sich nun um Terror oder Tsunamis handelt. So bemerkte der britische Vulkanologe Bill McGuire nach den Ereignissen in Japan: »Ultimately we are constantly engaged in asymmetric conflict with nature, and we will often be on the losing side.« (Bill McGuire in: *The Guardian Weekly* 18.03.11) Tatsächlich scheint es manchmal so, als habe die generische Gefährdung bzw. der paranormale Unfall den Platz im Erfahrungshorizont eingenommen, den im 19. Jahrhundert die Revolution und im 20. Jahrhundert der Krieg inne hatte. »Das Gefühl der Unsicherheit [...] scheint das Symptom eines neuen Erwartungshorizonts zu sein, des dritten seiner Art nach der ›Revolution‹ und dem ›Krieg‹ [...]; ich spreche von der Erwartung des vollständigen Unfalls.« (Virilio 2009, S. 53)

Sicher sind derartige Veränderungen nie total. Es gibt immer noch die Hoffnung bzw. Befürchtung der Revolution und des Krieges. Die klassische Form der Kontrolle, also die Vorhersage zukünftiger Ereignisse bzw. zukünftigen Verhaltens auf Grundlage von in der Vergangenheit gesammelten Daten ist noch nie so intensiv gewesen wie in der Gegenwart. Jede_r Käufer_in bei Amazon weiß, wie das funktioniert. Aber die Erwartung von Unfällen, Krisen und Katastrophen hat in jüngerer Zeit sicherlich an Bedeutung gewonnen und damit auch die politische »Lage« bzw. unser »In-der-Welt-Sein« verändert. Es reicht die jüngere Vergangenheit in Deutschland durchzugehen, um prominente Beispiele für die Erwartung von Katastrophen zu finden: Stresstests für Banken in regelmäßigen Abständen, das vom damaligen Innenminister de Maizière beschworene »Mumbai-Szenario«, der Stresstest für die sehr schwäbische Katastrophe Stuttgart 21, etc. Immer neue und gleichzeitig unheimlich vertraute Kassandrarufer füllen nicht nur Zeitungen und Nachrichtensendungen, sondern bestimmen maßgeblich politische und ökonomische Entscheidungen. Zur normativen Kraft des Faktischen tritt immer mehr die normative Kraft des Möglichen. So war ausgerechnet das extrem unwahrscheinliche Szenario eines Blackouts im Falle eines baldigen Atomausstiegs, und nicht etwa die extreme Unwahrscheinlichkeit eines GAUs, eines der wenigen Argumente von Atomkraftbefürworter_innen, das nach Fukushima noch ernsthaft gehört wurde.³

Am folgenreichsten ist diese Politik des Möglichen ausgerechnet in der Ökonomie, die doch so lange von Marxist_innen wie Liberalen gleichermaßen als Sphäre der Determination und Berechenbarkeit betrachtet wurde. Seit der Finanzkrise ab 2007 scheint die Krise überhaupt nicht mehr aufgehört zu haben. Immer neue Krisenpotentiale werden ausgelotet und führen gemäß der Logik der *self-fulfilling prophecy* selbst genau zu den Ereignissen, die als möglich befürchtet wurden. Die Eurokrise, deren Ausgang zu dem Zeitpunkt, da dieser

Text geschrieben wird, überhaupt noch nicht absehbar ist, wird ständig befeuert durch immer neue Szenarien, in denen bestimmte hochverschuldete Länder ihre Schulden möglicherweise nicht zurückbezahlen werden. Dagegen wird ein Rettungsschirm nach dem anderen gespannt, der möglicherweise in der Zukunft notwendig werden wird, aber eigentlich genau das verhindern soll, wofür er im Zweifelsfall einzusetzen ist. Auf den ersten Blick scheint diese Logik zwar mit Keynes Maxime, die Gegenwart vor der Zukunft der Katastrophe zu schützen, übereinzustimmen. De facto hat dies aber nichts mit



Keynesianischer Planungsmentalität zu tun, sondern ist eher Ausdruck eines seltsam kopflosen, zombihaften Neoliberalismus. Niemand singt mehr das Loblied auf die Märkte und deren Fähigkeit zur Selbstregulation, niemand scheint noch ernsthaft daran zu glauben, dass die Finanzmärkte auf die Zukunft bezogene Unsicherheiten bzw. Risiken effektiv beherrschbar machen. Marx kann durchaus Recht gegeben werden, dass Märkte kein Gleichgewicht herstellen, sondern periodische Krisen hervorrufen. Das heißt aber nur, dass wir uns heute schon auf die Katastrophe vorbereiten müssen, nicht, dass wir sie verhindern könnten. Krisenmanagement und die Politik des Rettungsschirms ist in der Tat zur vorherrschenden Regierungsform im Neoliberalismus geworden und die Unordnung und das Chaos, das die Märkte hervorrufen, schwächt den Kapitalismus keineswegs. Vielmehr scheint es immer leichter zu werden,

historisch erkämpfte soziale Rechte mit Verweis auf Sparnotwendigkeiten vom Tisch zu fegen. Eine Abkehr von strikter Austeritätspolitik kann nur noch durch exzeptionelle Ereignisse gerechtfertigt werden. Da ist es nur konsequent, dass die 2009 beschlossene deutsche Schuldenbremse Ausnahmen im Fall von Naturkatastrophen und Finanzkrisen gestattet.

Die Politik der kommenden Katastrophe gesellt sich immer mehr zu klassischen Formen der Zukunftskontrolle durch Prognostik. Zusammen bilden sie so etwas wie den *double bind* der Kontrollgesellschaft. Brian Massumi hat schon Anfang der 1990er Jahre in Ergänzung zu Deleuzes Ausführungen zur »probabilistischen Kontrolle« (Massumi 1993, S. 86) bemerkt: »In einer Welt, in der Gleichgewichtsvorstellungen ad acta gelegt sind und Abschreckung der Horizont und Unfälle die ›Substanz‹ der Erfahrung sind, ist Unordnung ein Motor für Kontrolle. In letzter Instanz bedeutet Schicksal nichts anderes als die Notwendigkeit einer realen Möglichkeit: die Unvermeidlichkeit des Ereignisses« (ebd.). Das ist die Logik der para-normalen Gefahr, die stets möglich und allgegenwärtig auf uns lauert und dadurch zu einer paradoxen Form des Schicksals geworden ist: zur »Unvermeidbarkeit des Unwahrscheinlichen.« (Schnellhuber, in *Spiegel*, 21.03.2011, S. 28).

Die Zukunft der Zukunft

Es ist nicht leicht zu einer angemessenen Haltung der Kritik oder gar zu effektiven Widerstandsmöglichkeiten gegen diesen *double bind* der Kontrollgesellschaft zu kommen. Schließlich hat gerade die jahrzehntelange Kritik an der Kontrollgesellschaft und den Mächten der Normalisierung die Kontingenz, Unberechenbarkeit und Offenheit der Zukunft zu einem geradezu selbstverständlichen Verbündeten des Widerstands werden lassen. In jüngster Zeit hat sich vor allem das Comité Invisible als unerbittliche Kritiker_in der Kontrolle hervorgetan und schreckt dabei nicht davor zurück das Katastrophische als Komplizen in ihren Dienst zu nehmen. In ihrem Manifest, »The Coming Insurrection« erklären sie: »The normal functioning of the world serves to hide our state of truly catastrophic dispossession. What is called ›catastrophe‹ is no more than the forced suspension of this state, one of those rare moments when we regain some sort of presence in the world. [...] let us suffer some great social disruption and some great ›return to savagery of the population‹, a »planetary threat« the »end of civilization«. Any loss of control would be preferable to all the crisis management scenarios they envision.« (The Invisible Committee 2009, S. 81). Diese Rhetorik des Comitées ist bereits häufig dafür kritisiert worden, dass hier das Leiden der Menschen (z.B. die Opfer des Hurricane Katrina – vom Comité geradezu als vorrevolutionäres Ereignis gefeiert) ausgeblendet wird und nur noch deren revolutionäres Potential – das auch gar nicht so groß ist, wie es das Comité gerne hätte – von Interesse ist. Jenseits dessen wird aber auch übersehen, dass die Beschwörung der kommenden Katastrophe und die Unordnung selber zu einer Form der Kontrolle geworden sind. Übersehen wird

der »neoliberale Katastrophismus« (Cooper 2008, S. 11), in dem »schöpferische Zerstörung« (Schumpeter) nicht nur zur wichtigen Quelle von Profit, sondern auch zum Kontroll- bzw. Machtmechanismus geworden ist. Stattdessen ist die Widerstandsvision des *Comités* eine seltsame Mimikry des Imaginären der generischen Gefährdung, wenn Erdbeben und Entunterwerfung, wenn Stürme und Streiks in eins gesetzt werden, insofern sie »dem System« und der systemischen Kontrolle ein Schnippchen schlagen können und gleichzeitig zur Vorbereitung auf den Tag X der katastrophischen Überwindung des Kapitalismus aufgerufen wird: »We must start today, in preparation for the day when we'll need more than just a symbolic portion of our nourishment and care.« (The Invisible Committee 2009, S. 107)

Frederic Jameson bemerkte einmal, es sei offenbar leichter, sich das Ende der Welt vorzustellen, als das Ende des Kapitalismus.⁴ Offenbar scheint diese Tendenz mittlerweile so weit fortgeschritten, dass auch in der Linken das Ende des Kapitalismus nur noch als Ende der Welt vorgestellt werden kann. Jeder linke Widerstand braucht das Imaginäre einer Zukunft, die auch vollkommen anders sein kann. Aber müssen deshalb gleich die apokalyptischen Reiter zur Vorhut der Revolution gemacht werden?

Andreas Folkers

Literatur:

- Agamben, Giorgio (2009): *Signatura rerum*. Zur Methode Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Cooper, Melinda (2008): *Life as Surplus. Biotechnology and Capitalism in the Neoliberal Era*. University of Washington Press: Seattle.
- Derrida, Jacques, Habermas, Jürgen (2004): *Philosophie in Zeiten des Terrors*. Zwei Gespräche, geführt, eingeleitet und kommentiert von Giovanna Borradori. Berlin: Philo.
- Jameson, Frederic (2003): *Future City*, in: *New Left Review* 21., S. 65-79.
- Koselleck, Reinhart (1989): *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Massumi, Brian (1993): *Everywhere you want to be*. Einführung in die Angst. in: Härle, Clemens-Carl (Hg.) *Karten zu "Tausend Plateaus"*. Berlin: Merve. S. 66-103.
- Pias, Claus (2009): *Abschreckung Denken*. Herman Kahns Szenarien. in: Pias, Claus (Hg.) *Abwehr. Modelle - Strategien - Medien*. Bielefeld: transcript. S. 169-187.
- The Invisible Committee (2009): *The Coming Insurrection*. Los Angeles: semiotext(e).
- Virilio, Paul (2009): *Der eigentliche Unfall*. Wien: Passagen Verlag.

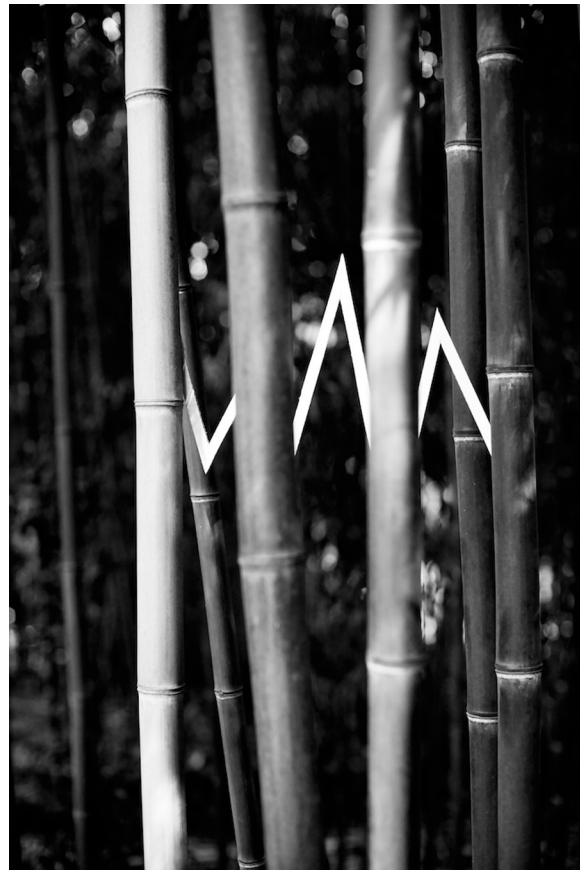
Noten

#1# Das Paradigma soll hier Giorgio Agamben folgend verstanden werden als »eine Erkenntnisform, die weder induktiv, noch deduktiv, sondern analogisch ist, somit von einem Besonderen zu einem anderen Besonderen fortschreitet. Das Paradigma neutralisiert die Dichotomie zwischen dem Generellen und dem Partikularen [...]. Die Historizität des Paradigmas liegt weder in der Diachronie noch in der Synchronie, sondern dort, wo sie sich überschneiden.« (Agamben 2009, S. 37)

#2# »Die Intelligibilität, um die es im Paradigma geht, hat ontologischen Charakter.« (Agamben 2009, 38).

#3# Es ist vielleicht mehr als nur Zufall, dass das Szenario als Weihnachtsgeschichte daherkommt. Es mag sich aber zu einer Zeit begeben, dass an einem sonnenlosen und windstillen (kein Strom von erneuerbaren Energien) Weihnachtstag, an dem die Deutschen in ihren gemütlich beheizten Stuben sitzen, den Braten im Ofen (hoher Stromverbrauch) in Süddeutschland mehrere Kohle- bzw. Gaskraftwerke gleichzeitig ausfallen und durch eine Reihe von ungünstig verlaufenden Folgeereignissen plötzlich alles dunkel wird (bis auf die wenigen nostalgisch mit »echten« Kerzen versehenen Weihnachtsbäume und brennenden Häuser versteht sich).

#4# »Someone once said that it is easier to imagine the end of the world than to imagine the end of capitalism.« (Jameson 2003, S. 12)





Das Neue Frankfurt im Fallstrick der Produktivkräfte¹

Anfang des 20. Jahrhunderts formierten sich in den europäischen Metropolen die Avantgarden der Moderne und traten auf verschiedenen Gebieten der Kunst – Literatur, Musik, Malerei usw. – den alten Machteliten entgegen. Im Zentrum der Kritik stand der bürgerliche Anspruch auf die Autonomie der Kunst und Werte wie Genialität, Originalität und Authentizität. Dem Wahren, Schönen, Guten wurde eine Absage erteilt, Kunst sollte zum Gegenstand alltäglicher Praxis werden. Es ging um die Aufhebung der Trennung von Kunst und Gesellschaft, um ihre Politisierung und Vergesellschaftung.

Das *negative Moment* in dieser Bewegung war stark, weil das Feindbild offen lag: ordenbehangene alte Männer, die im Erbe der Aristokratie standen und mit dem sinnlosen Morden des Ersten Weltkriegs unmissverständlich deutlich gemacht hatten, welchen Inhalt ihre Kultur trägt. Die restaurative Ordnung der Gründerzeitbourgeoisie, die in Europa seit dem Fall der Pariser Commune 1871 nahezu ungebrochen regierte, bildete damit die Tradition, die es zu beenden galt. Die unbedingte Ablehnung des Überlieferten war wesentlicher Teil des Programms der Moderne, rücksichtslos alles sollte »neu« werden.

Deshalb war auch das *utopische Moment* stark, aber naturgemäß viel unbestimmter. Die Russische Oktoberrevolution – das andere große Ereignis jener Jahre – hatte gezeigt, dass die alte Ordnung nicht auf Ewigkeit gebaut war und gab entscheidende Impulse, blieb aber die einzige erfolgreiche europäische Revolution. In Westeuropa lagen die Hoffnungen bei weiten Teilen der Arbeiter_innenklasse auf der Sozialdemokratie und einem »friedlichen Weg« zum Sozialismus. Die Avantgarden nahmen in dieser Kontroverse um Reform oder Revolution nur selten explizit Stellung, im Mittelpunkt ihres Denkens stand ein emphatischer Begriff der Produktivkräfte, mit deren Entwicklung und Ausdehnung auf die Reproduktionssphäre die Idee der Erzeugung eines »Neuen Menschen« verbunden wurde. Die politische Frage, wie die dazu notwendige Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu bewältigen sei, blieb größtenteils ausgespart.

Das Neue Frankfurt, der Name entstammt der gleichnamigen Zeitschrift, war Teil dieser Avantgarden. Als städtisches Wohnungsbauprojekt war es mit umfassenden städtebaulichen Kompetenzen und finanziellen Mitteln ausgestattet und verfügte über einen außergewöhnlichen

Gestaltungsspielraum. Damit wurde es vorübergehend zu einem Kristallisationspunkt, an dem viele der über Deutschland und Europa verstreuten Intellektuellen zusammenkamen. In der Zeitschrift und auf Kongressen wurden Ideen, Entwicklungen und Ergebnisse diskutiert, die über Städtebau und Architektur weit hinausreichten.

Der folgende Beitrag versucht zunächst, die sozialpolitischen Entwürfe der Avantgarden nachzuvollziehen, wobei offensichtlich wird, wie stark sie im Kontext ihrer Zeit gefangen waren. Im Anschluss wird das Scheitern des Neuen Frankfurt daran festgemacht, dass die eigene Stellung in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zu wenig reflektiert wurde und mit dem utopischen Anspruch kollidierte.

Tradition und Moderne

1925 führte der Frankfurter Oberbürgermeister Ludwig Landmann ein neues Dezernat ein, das unter der Leitung von Ernst May in einem Wohnungsbauprogramm bis 1930 ca. 15.000 Wohnungen realisierte. May verstand es, für das Siedlungsprogramm des Neuen Frankfurt Architekt_innen und Künstler_innen zu gewinnen, die sich der Moderne verpflichtet fühlten. Die Ideen dazu hatten in Deutschland ihren Ausgangspunkt im Bauhaus, wo sie allerdings eher experimentellen Charakter behielten, während sie in Frankfurt erstmals im größeren Rahmen verwirklicht werden konnten: »Sie wurden praktisch. Gleichzeitig war jeder Keim für den sonst in Deutschland üblichen kommunalen Provinzialismus erstickt, dafür sorgte die kosmopolitische Crew der Mitarbeiter, die die Antennen für die bestimmenden geistigen Strömungen der Moderne besaß und auch nicht vergaß, entsprechende Beziehungen zu festigen« (Rodriguez-Lores/Uhlig 1977, XVI). Moderne: Das hieß in der Architektur die entschiedene Ablehnung der wilhelminisch-bürgerlichen Tradition mit ihren ornamentverzierten Fassaden und repräsentativen Gesten. Dieser »Vergeudung von Arbeitskraft« (Adolf Loos) wurde nüchterner Zweck und Sachlichkeit entgegengestellt: Flachdächer, glatte weiße Wände und Zeilenbauweise. Auf Seiten der restaurativen Kräfte stieß das auf heftige Anfeindungen, das neue Bauen wurde als »undeutsch« empfunden, als »Vernichtungskampf internationaler Mächte gegen die deutsche Seele« (zit. nach Schwab 1930, 76) und die bürgerliche Kulturkritik sah den Untergang des Abendlands nahen. Die Provokation war durchaus beabsichtigt. So entwarf bspw. Hans Leistikow ein neues Stadtwappen, in dem er den Frankfurter Stadtdadler auf bloße Form reduzierte. In der Presse wurde er als »Missgebilde« und »Abnormität« bezeichnet, das Stadtparlament lehnte die Entwürfe ab. Dennoch fand das Wappen auf offiziellen Briefbogen, Urkunden und Formularen der Stadt Verwendung und wurde in solchen Mengen gedruckt, dass sich noch die Nationalsozialist_innen nach 1933 darüber beklagten.

Inhaltlich bildete die Abschaffung der Wohnungsnot ein entscheidendes Motiv hinter dem Neuen Frankfurt. Die Massenverelendung in den Städten

wurde bereits mit der einsetzenden Industrialisierung Ende des 19. Jahrhunderts zu einem Problem, das zu Lösen der private Wohnungsmarkt nicht im Stande war. Bezahlbarer Wohnraum für die proletarische Bevölkerung war derart knapp, dass einzelne Zimmer von mehreren Personen geteilt und Betten im Schichtbetrieb benutzt werden mussten. Mangelhafte sanitäre Anlagen und fehlende Kanalisation sorgten für unzumutbare hygienische Bedingungen, Tuberkulose war in den Armutsquartieren verbreitet. Das war auch nach dem Ersten Weltkrieg noch Stand der Dinge, und entsprechend wurde in Frankfurt versucht, mit dem Siedlungsbau Wohnraum vor allem für schlecht bezahlte Lohnarbeiter_innen zu schaffen. Der Bezug auf das Proletariat war programmatisch, auch wenn er in der Praxis scheiterte²: Die Verbindung der sozialen Frage mit einer neuen Ästhetik war wesentlicher Anspruch des Neuen Frankfurt.

Produktivkräfte: Standardisierung

Der Prototyp des »Neuen Menschen« wurde in der modernen Fabrikarbeit dargestellt, das »Neue« kam aus den USA, von den Fließbändern der ford'schen Fabriken. Henry Ford wendete neben modernsten Produktionstechnologien die von Taylor entwickelte »wissenschaftliche Betriebsführung« an, die bis ins Kommunistische Lager hinein Begeisterung weckte.³ Zusammen mit der Kombination von fünf Dollar und acht Stunden Arbeit pro Tag wirkten Fords Produktionserfolge wie eine »kapitalistische Utopie«, die Veröffentlichung seiner Autobiographie 1923 in Deutschland »wurde Bestseller und kanonisches Werk der Stabilisierungsphase« (Lethen 1970, 20).⁴ Diese Utopie gilt es ernst zu nehmen, auch wenn sie heute obsolet geworden ist.

Ausgangspunkt war ein Sprung in der Entwicklung der Produktivkräfte: Elektrifizierung, neue Kommunikationsmedien, neue Mobilitätsformen, Massenproduktion von Massenkonsumgütern. Erstmals wurde vorstellbar, dass die Arbeiter_innenklasse an diesem gesellschaftlichen Reichtum partizipieren könne. Die weitergehende Hoffnung richtete sich jedoch darauf, dass diese Produktion die Ankündigung einer ganz anderen Gesellschaft enthielte, gemäß dem viel zitierten Satz von Marx: »Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind« (MEW 13, 9). In diesem Sinne bestand der Weg des Neuen Frankfurt darin, die materiellen Existenzbedingungen weiter auszubrüten, indem Technologien aus der Produktion in die Reproduktionssphäre überführt wurden. Kunst und Architektur sollten mit außerästhetischen Erfahrungen konfrontiert werden und umgekehrt. Dabei lassen sich drei Ebenen unterscheiden, die eng miteinander verschränkt waren:

Erstens sollte die Produktion der Wohnungen selbst auf den Stand der Produktivkräfte gebracht werden, denn »das Bauen als Zweig der gesellschaftlichen

Produktion ist wohl am längsten unberührt geblieben von der modernen, wissenschaftlich organisierten, großindustriellen Produktionsweise« (Schwab 1930, 43). Unter dem Stichwort »Mechanisierung des Wohnungsbaus« wurde die Produktion von Wohnungen dahingehend entwickelt, dass möglichst viele Bauelemente industriell vorgefertigt wurden, was eine zügige und witterungsunabhängige Produktion sowie den Einsatz von ungelerten Arbeitskräften ermöglichte. Verbunden war damit der Gedanke der »Wirtschaftlichkeit« durch Rationalisierung: »Wirtschaftlichkeit ist im technisch-produktiven Sinne zu verstehen und bedeutet den möglichst rationellen Arbeitsaufwand und nicht den möglichst großen Ertrag im geschäftlich-spekulativen Sinne« (CIAM 1928, 84). Im Sinne dieser Ökonomie der Vernunft und Sparsamkeit galt die Massenproduktion auch als Bruch mit dem bürgerlichen Privileg an bestimmten Konsumgütern.

Zweitens sollte den Gebrauchsobjekten durch die Standardisierung der Produkte – unabhängig davon, ob es sich um Wohnungen oder Tische handelte – ihr individueller Charakter genommen werden. »Als Standard trägt das Produkt zur Nivellierung der Klassenunterschiede bei, indem Arm und Reich dieselben Gegenstände benutzen, die geschichtslos, antinaturalistisch und der privaten Verfügung entzogen sind«, so Rodriguez-Lores/Uhlig zur Position des Bauhaus (1977, XVIIIff.). Dem Anspruch nach sollten klassenlose Gebrauchswerte geschaffen werden. In Frankfurt wurde dafür eigens eine »Abteilung T«⁵ eingerichtet, die nicht nur typisierte Grundrisse für Wohnungen entwickelte, sondern auch Inneneinrichtungsgegenstände wie Fenster und Türgriffe, Stühle und Lampen, Betten und Badewannen. Deren täglicher Gebrauch sollte eine Subjektivität ausbilden, die den Individualismus überwindet und solidarisches Handeln verinnerlicht. Dahinter stand die grundlegende Kritik am Ästhetizismus: Die Negation des Bestehenden sollte über die ästhetische Ebene hinaus gehen und gestaltend in die Lebenspraxis intervenieren. Den ornamentalen Schnörkeln der bürgerlichen Wohnstuben, die eine subjektive *Versöhnung* mit den gesellschaftlichen Widersprüchen versprachen, sollte die allgemeine *Verwirklichung* von Gleichheit im Hier und Jetzt entgegengestellt werden.

Drittens sollte die tayloristische Arbeitsorganisation auf die Reproduktion des täglichen Lebens ausgeweitet werden. »Die Gesamtanordnung der Räume zueinander ist so gestaltet, daß der hauswirtschaftliche Prozeß mit einem Mindestaufwand an Kraft entwickelt werden kann, daß also unnötige Wege vermieden und die wichtigsten Teile der Wohnung möglichst vollkommen ausgestattet werden« (May, zit. nach Mohr/Müller 1984, 101). Wie Mohr/Müller treffend feststellen, wurde dabei die Küche »zur Matrix der Ökonomie der insgesamt durchrationalisierten neuen Wohnungen« (ebd., 122), die Kernfamilie zur kleinsten Einheit der Siedlungsorganisation. Der Architektur wurde eine erzieherische Funktion zugeschrieben: »Die angestrebte Solidarität innerhalb der Siedlungsgemeinschaften sollten die Bauten und Wohnungen nicht bloß widerspiegeln, sondern erzeugen und mittragen helfen. Der Architektur traute

man zu, die Menschen zu gemeinschaftlichem Handeln anleiten zu können« (ebd., 41), durch die »vielfache Reihung gleicher Elemente« sollte bei den Nutzer_innen ein kollektives Bewusstsein erzeugt werden. Der Wohnungsbau wurde dabei in den Zusammenhang anderer gesellschaftlicher Entwicklungen gestellt: »In Arbeit, Sport und Spiel, vor allem in der Politik tritt der Kollektivismus klar zutage. (...) Die Wohnsiedlung unserer Tage wird, ähnlich den Bienenwaben, die Summe gleicher Wohnungselemente ausmachen« (1929, zit. nach ebd., 87).

Insgesamt ging es damit um eine Angleichung der Reproduktionssphäre an die industrielle Produktion, womit eine Anrufung des Staats verbunden war. Voraussetzung dafür war die reformorientierte sozialdemokratische Politik.



Sozialdemokratie

Die SPD hatte mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914, spätestens aber mit ihrer Mahnung zu »Ruhe und Ordnung« während der Novemberrevolution 1919 die Abkehr von den revolutionären Teilen der Arbeiter_innenbewegung vollzogen. Die ersten Jahre der Weimarer Republik unter Führung der SPD waren geprägt durch ständige politische Erschütterungen: »Die Novemberrevolution, die Räte­demokratie, die Ruhrkämpfe, militärischer Ausnahmezustand, das Ermächtigungsgesetz vom Dezember 1923, die Inflation in diesem Jahre und die damals akute Gefahr einer Diktatur der Machteliten« (ebd., 48). Erst 1924 trat eine Stabilisierungsphase ein, in der es für die SPD galt, die Wirksamkeit ihrer Sozialpolitik unter Beweis zu stellen. Die Lehre, mit der sie sich in den Jahren zuvor vom Rätegedanken und einer revolutionären Politik verabschiedet hatte, ging von der These aus, dass die Zentralisierung des Kapitals zur Herausbildung eines »organisierten Kapitalismus« (Rudolf Hilferding) führe, der in einem

evolutionären Prozess die Chance zu einem friedlichen Weg in den Sozialismus böte. Voraussetzung dafür sei eine institutionalisierte Organisation der Arbeiter_innenklasse, die auf zwei Ebenen zu intervenieren habe: »In der Produktion, unter Einsatz aller verfügbaren Ressourcen von Disziplin, Arbeitsamkeit, Zielstrebigkeit und Askese, ›weil die Beseitigung der sozialen Klassen eine besondere Steigerung der Produktion voraussetzt: [Kampffmeyer]. In der zweiten, der staatlichen Ebene, komme es darauf an, daß die fortschreitenden Organisationstendenzen des Kapitals durch eine von den Arbeitern simultan zu erkämpfende demokratische Kontrolle in Schach gehalten werden« (Rodriguez-Lores/Uhlig 1977, XXIII). Politisch bedeutete das die Institutionalisierung des Klassenkompromisses zwischen Arbeit und Kapital, der in früheren Überlegungen nur als



strategisches, nicht auf Dauer gestelltes Mittel angelegt war. »Diese Politik der Klassenversöhnung erforderte die Entschärfung sozialer Konfliktbereiche. Wohnungsnot und die entwickelten Lösungsstrategien erhielten deshalb in der Weimarer Republik einen symbolhaften Charakter« (Kuhn 1986, 21).

Die dominierende Stellung der SPD nach dem Ersten Weltkrieg sowie die Stabilisierung nach 1924 bildeten die Voraussetzung, unter der das Neue Frankfurt möglich wurde. Obwohl sich die Wenigsten daran Beteiligten parteipolitisch positionierten – Rodriguez-Lores/Uhlig sprechen geradezu von einer »Ostentation des Unpolitischen« (1977, XVII) –, gab es inhaltlich bedeutende Übereinstimmungen mit sozialdemokratischen Positionen. Die Begeisterung für neue Technologien und Produktionsmethoden sowie die damit verbundenen Hoffnungen auf eine andere Gesellschaft korrespondierten mit der These von der Entwicklung zum Sozialismus als evolutionärem Prozess, während die Abschaffung der Wohnungsnot ein gemeinsames Interesse als konkreten Ausgangspunkt bildete. Eine weitere

Übereinstimmung ergibt sich aus dem Verhältnis zur Arbeiter_innenklasse.

Objekt Arbeitskraft

Bei den Konzepten des Neuen Frankfurt handelte es sich um ein klares Verhältnis von Planenden, die die Neuen Menschen mehr oder weniger fertig im Kopf hatten, und Nutzer_innen, die durch bestimmte Technologien dazu angeleitet werden sollten, solche zu werden. »Wir müssen uns dieselbe Frage vorlegen, die sich der Direktor des Zoologischen Gartens vorlegt, wenn er irgendwelche seltenen Tiere unterbringen muß und auf ihre Erhaltung bedacht ist. Er erforscht ihre heimatlichen Lebensbedingungen und sucht ihnen diese möglichst naturgetreu wiederzugeben« (May 1928, 86f.). Das Problem solcher Überlegungen besteht nicht nur in dem paternalistischen Gestus, in dem May die Subjekte seiner Utopie betrachtete und ihre Bedürfnisse bestimmte, sondern darin, die »heimatlichen Lebensbedingungen« als gegeben anerkannt und deren Veränderung nicht als eigentliches Ziel der Reform begriffen zu haben. Ein anderes Beispiel dafür geben Grete Schütte-Lihotzkys Ausführungen zu ihrem Entwurf der »Frankfurter Küche«: »Schon vor mehr als 10 Jahren haben führende Frauen die Wichtigkeit der Entlastung der Hausfrau vom unnötigen Ballast ihrer Arbeit erkannt und sich für zentrale Bewirtschaftung von Häusern (...) eingesetzt. Sie sagten: (...) Warum sollen 20 Frauen für 20 Familien kochen, wenn doch bei richtiger Einteilung 4-5 Personen dieselbe Arbeit für 20 Familien besorgen können? Diese jedem vernünftigen Menschen einleuchtenden Erwägungen haben bestochen. Man baute Einküchenhäuser. Bald aber zeigte sich, daß man 20 Familien nicht so ohne weiteres in einen Haushalt vereinigen kann. Abgesehen von persönlichem Gezänk und Streit, sind starke Schwankungen in der materiellen Lage der verschiedenen Bewohner unvermeidlich, weshalb der Zusammenschluß mehrerer Familien notwendig zu Konflikten führen muß« (1927, 127). Dieser Schluss ist problematisch, weil damit die Erfahrung aus einigen zaghafte Versuchen als endgültig betrachtet wird. Einerseits bleibt fraglich, ob materielle Ungleichheiten »notwendig« zu Konflikten führen; andererseits wird das Scheitern einer kollektiven Organisation des Alltags mit gesellschaftlichen Verhältnissen begründet, deren Reform eigentlich auf dem Programm des Neuen Frankfurt stand. Ergebnis war die flächendeckende Einführung von Einfamilienhaushalten mit Einzelküchen, womit auch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung festgeschrieben wurde.⁶

Der Taylorisierung der Einzelhaushalte entsprach die Organisation der Siedlungen als Ganze. Die kollektiven Orte, die realisiert wurden, sind fast ausnahmslos einer Funktion in der kapitalistischen Arbeitsteilung zuzuordnen: Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, Altersheime, Friedhöfe.⁷ Ernst May: »Was soll die Stadt? Sie soll die Berufserfüllung jedes einzelnen Bürgers so erleichtern, daß er mit einem Mindestaufwand an Kraft ein Höchstmaß an Leistung erzielt« (zit. nach Diehl 1976, 75). Der Siedlungsbau

erscheint so als »institutionalisierte Verhinderung realer Aneignung sich kollektiv organisierender Bewohner durch einen autoritativ bürokratischen Wohnungsbau« (Rodriguez-Lores/Uhlig 1977, XXV). Erfahrungen, die über das Bestehende hinausweisen, waren in solchen Planungen kaum zu machen.

Darin liegt eine weitere Gemeinsamkeit mit dem sozialdemokratischen Projekt, in dessen einseitiger Fixierung auf staatliche Institutionalisierung das Proletariat – ehemals als Subjekt des historischen Prozesses gedacht – als passive, gefügte Arbeitskraft zum Objekt degradiert wurde. Die Mobilisierung der Arbeiter_innen zu Fleiß, Disziplin und Askese machte dem Umschlag in Herrschaftstechnologie leichtes Spiel. »In dem Maße wie sich die gesellschaftsreformerischen Hoffnungen nicht verwirklichten, indem sie an der äußeren Gewalt und den inneren Widersprüchen erstickten, indem die erstrebte Humanisierung nicht erreicht wurde, weil die Fortdauer der repressiven, technifizierten Arbeitsteilung keine neuen Aneignungsformen zwischenmenschlicher Beziehungen zuließ, in dem Maße wurde die Architektur der Siedlungen zum edukativen Herrschaftsinstrument« (ebd., XXV).

bildeten die Erfindung einer »Ästhetik des Gebrauchs« und der Versuch einer Anbindung »sozialer Probleme und Verhältnisse an ästhetische« (Müller 1984, 88) wichtige Entwürfe einer Verbindung von Form und Inhalt. Diese schlugen sich auch in der konkreten Arbeitspraxis des Neuen Frankfurt nieder, die angelegt war als ein kollektiver, interdisziplinärer Prozess, der durch Diskussionen in Zeitschriften und auf Kongressen in einem internationalen Austausch stand. Wie tief die Idee von der Vergesellschaftung der Kunst dabei in den Köpfen saß, zeigt der Umstand, dass sich die Kreativen im Zuge der Taylorisierung selbst zu Rädchen im Getriebe gemacht haben – in den Siedlungen wurden kaum repräsentative Einzelbauten produziert, die Namen der Architekt_innen verschwanden hinter dem Projekt Neues Frankfurt.

Anders als in Malerei, Literatur oder Musik wurde mit der Architektur der Siedlungen eine konkrete Wirklichkeit geschaffen, in die sich Menschen einfügen sollten, die mit den Kämpfen der Avantgarde nichts zu tun hatten oder sie auf ganz anderen Ebenen führten. Das Proletariat spielte in den Entwürfen zwar eine bestimmende Rolle, aber nicht als handelndes, sich bildendes Subjekt, sondern als stummes Vollzugsorgan der Produktivkräfte, reduziert auf seine reibungslose Funktion als Arbeitskraft. In dieser Hinsicht



Avantgarde

Ihr emanzipatives Potential entfaltete die Avantgarde der Moderne und mit ihr das Neue Frankfurt da, wo sie sich an Tradition und bürgerlicher Gesellschaft rieben, in der Negation des Bestehenden und der damit verbundenen Provokation. In diesem Sinne galt, was Adolf Behne 1931 schrieb: »Es spielt sich in der Kunst ein Klassenkampf ab (...), und ein Schlachtfeld dieses Klassenkampfes ist jedes einzelne Bauwerk«. In dieser Auseinandersetzung wurden zugleich Momente entwickelt, die über das Bestehende hinauswiesen und bis heute nichts an Aktualität verloren haben. So

kollidierte der Anspruch des Neuen Frankfurt nach einer Vergesellschaftung der Kunst mit der eigenen Stellung als Kopfarbeiter_innen. Wenn das Ziel gesellschaftlicher Emanzipation darin besteht, dass die Menschen ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen, wäre dagegen die Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit, Planung und Nutzung als wesentliches Ziel in den Mittelpunkt zu stellen.

Andererseits wird es zur praktischen Entwicklung von Utopien immer entschlossene Avantgarden brauchen, die sich mit ihren Konzepten gegen den Alltagsverstand durchsetzen. Deren Verwirklichung bleibt aber letztlich eine Frage der konkreten Aneignungspraxis, in der sich der Bleimantel der

Tradition immer wieder durchsetzen wird. Und solange die Gartenhecken derart in den Köpfen eingefressen sind, dass sie nicht selbsttätig demontiert werden, wird jeder Entwurf zu einer emanzipativen Praxis ohnehin nur eine leere Idee bleiben.

Charly Ausserhalb

Noten

#1# Dieser Beitrag ist Ergebnis von Diskussionen, die wir in einem Arbeitskreis zum Neuen Frankfurt geführt haben. Mein besonderer Dank gilt Steffen Bennewitz, Vanessa Faix und Gabi Perabo, die Verantwortung für den Artikel liegt allein bei mir.

#2# Trotz Billigbauweise waren die Wohnungen immer noch zu teuer für Arbeiter_innen. Als Reaktion darauf wurden ab 1929 »Wohnungen für das Existenzminimum« geplant und gebaut.

#3# So stellte z.B. Lenin heraus, dass »die Ausschaltung von überflüssigen und ungeschickten Bewegungen, die Ausarbeitung der richtigen Arbeitsmethoden, die Einführung der besten Systeme der Rechnungsführung und Kontrolle« eine »großartige wissenschaftliche Errungenschaft« sei (Lenin 1918, 249); KPD-Mitbegründer Jacob Walcher gab seinem Buch den bezeichnenden Titel »Ford oder Marx. Die praktische Lösung der sozialen Frage«.

#4# Weil es viel zu wenig bekannt ist, hier der Hinweis, dass Ford überzeugter Antisemit war und u.a. mit der Herausgabe der Zeitung »Dearborn Independent« offen antisemitische Hetze verbreitete. Der positive Bezug der Avantgarden auf Fords Produktionsmethoden war

ein wichtiger konzeptioneller Bestandteil angelegt, aber nur eines wurde tatsächlich gebaut.

Quellen

CIAM (1928): Offizielle Erklärung [Internationaler Kongress für neues Bauen, La Sarraz], in: Hirdina 1984, S. 84-87

Diehl, Ruth (1976): Die Tätigkeit Ernst Mays in Frankfurt am Main in den Jahren 1925-30 unter besonderer Berücksichtigung des Siedlungsbaus, Frankfurt

Hirdina, Heinz (1984): Neues Bauen – Neues Gestalten. Das Neue Frankfurt/ die neue Stadt. Eine Zeitschrift zwischen 1926 und 1933, Berlin

Kuhn, Gerd (1986): Landmann, Asch, May, in: Klotz, Heinrich (Hg.) (1986): Ernst May und das Neue Frankfurt 1925-1930, Ausstellungskatalog, Berlin, S. 20-24

Lenin (1918): Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, in: Lenin Werke, Bd. 27

Lethen, Helmut (1970): Neue Sachlichkeit 1924-1932. Studien zur Literatur des ‚weißen Sozialismus‘, Stuttgart 1975

May, Ernst (1928): Das soziale Moment in der neuen Baukunst, in: Rodriguez-Lores/Uhlig 1977, S. 81-87

Mohr, Christoph/ Müller, Michael (1984): Funktionalität und Moderne. Das Neue Frankfurt und seine Bauten 1925-1933, Köln



jedoch nicht durch dessen antisemitische Haltung motiviert.

#5# »T« steht für Typisierung. Die Bezeichnung dürfte als humoristische Reminiszenz an Fords »Model T« zu lesen sein, mit dem dieser seine Fließbandproduktion gestartet hatte.

#6# Tatsächlich hatte die die Entwicklung der Frankfurter Küche auch ein emanzipatives Moment, denn entgegen den verspielt ornamentierten Küchen der Gründerzeit wurde die Arbeit der Hausfrau als Arbeit anerkannt und ernst genommen, wie die des Fabrikarbeiters auch. Im Prinzip handelte es sich aber nur um eine zeitgemäße Abgleichung überkommener Herrschaftsverhältnisse, was auch den Erfolg dieser Küche begründete.

#7# Hinzuzufügen wären noch Schwimmbäder, Sportplätze und Kirchen, allesamt Anstalten zur Reproduktion und Disziplinierung von Arbeitskraft. Gemeinschaftshäuser waren in den Planungen zwar als

Müller, Michael (1984): Architektur und Avantgarde. Ein vergessenes Projekt der Moderne?, Frankfurt a.M.

Rodriguez-Lores Juan/ Uhlig, Günter (Hg.) (1977): reprint aus: Das Neue Frankfurt/ Die Neue Stadt, Aachen

Schütte-Lihotzky, Grete (1927): Rationalisierung im Haushalt, in: Mohr/Müller 1984, S.127-130

Schwab, Alexander (1930): „Das Buch vom Bauen«. Wohnungsnot, Neue Technik, Neue Baukunst, Städtebau aus sozialistischer Sicht, Düsseldorf 1973

Digitales Mittelalter

Historische Rekonstruktion als gesellschaftliches Phänomen

Seit den frühen 1990er Jahren kann man in Europa von einer regelrechten Rekonstruktionswelle sprechen. So versuchen die Regierungen der postsozialistischen Länder mit aufwendigen Architekturprojekten das Rad der Geschichte zurückzudrehen und an die Zeit vor dem »Kommunismus« anzuknüpfen: Dieser Erinnerungskultur dient etwa die Rekonstruktion der Christus-Erlöser-Kathedrale in Moskau oder die Wiedererrichtung des Goldkuppel-Klosters im ukrainischen Kiew (beide Gebäudekomplexe waren in den 1930er Jahren auf Geheiß der KP-Führung gesprengt worden). Aus ähnlichen Motiven speisen sich in Deutschland prominente Vorhaben wie die Wiederherstellung der Dresdner Frauenkirche oder der geplante Nachbau des Berliner Schlosses. Doch bei vielen Rekonstruktionsvorhaben geht es auch um eine nostalgische Sehnsucht nach dem verlorenen Glanz aristokratischer Monumentalbauten, um den lokalen »Genius loci« und nicht zuletzt um Standort-»Branding« und Investoren-Marketing. Dafür stehen etwa das »Altstadt-Projekt« in Frankfurt, der Nachbau des Braunschweiger Schlosses als Einkaufszentrum oder die geforderte Wiedererrichtung des 1871 abgebrannten Tuilerien-Palast in Paris. Zwar stellen Rekonstruktionen nur einen geringen Anteil am städtischen Baugeschehen dar, doch häufig handelt es sich dabei um repräsentative Objekte, die ein großes mediales und öffentliches Interesse auf sich ziehen.

Von der Restauration zur Rekonstruktion

Die Frage ist, ob Kopien längst verloren gegangener Bauwerke überhaupt zulässig sind? Handelt es sich bei der »Altgier« (Friedrich Nietzsche) nach dem Vergangenen um ein legitimes gesellschaftliches Bedürfnis oder hat die »Authentizität« der Bausubstanz absoluten Vorrang?

Die Architekturtheorie unterscheidet klar zwischen Wiederaufbau und Rekonstruktion. Unter Wiederaufbau versteht man die sofortige Wiederherstellung eines Gebäudes oder eines Stadtensembles, das durch eine Naturkatastrophe oder durch kriegerische Ereignisse zerstört wurde. Bei Rekonstruktionen handelt es sich um die Neuherstellung nicht mehr existierender architektonischer



Objekte anhand von Bildern, schriftlichen Beschreibungen oder anderen Informationsquellen. Dieses Verfahren wird vornehmlich dann praktiziert, wenn der Verlust des Bauwerks mit einer größeren zeitlichen Distanz verbunden ist. Historisch betrachtet, durchziehen Rekonstruktionen die gesamte Architekturgeschichte.

Als Vorläufer der Rekonstruktion kann man die Restaurierungsprogramme des Historismus ansehen. Ausgelöst durch sentimentale und romantische Strömungen, erfährt im 19. Jahrhundert das Mittelalter – von der Aufklärung noch als barbarisch und »finster« eingestuft – eine neue Wertschätzung. In Ländern wie Frankreich, England oder Deutschland setzen sich adelige und bürgerliche Kreise für die Restaurierung von Burgen und Kathedralen als Zeugnisse mittelalterlicher Größe ein. Überall beginnen Wissenschaftler_innen und Bildungsbürger_innen historische Baudenkmäler aufzuspüren, denen eine identitätsstiftende Rolle für die jeweilige Nationsbildung zugeschrieben wird. Je weiter im 19. Jahrhundert die kunsthistorischen Bestandsaufnahmen der Architektursprachen und Baustile fortschreiten, desto deutlicher hebt man die nationalen Differenzen hervor: So gibt es eine »französische Renaissance«, einen »englischen Tudorstil« und eine »deutsche Backsteingotik«.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts gerät die Praxis der Restauration in die Kritik: Sie stelle eine Verfälschung des vorgefundenen Zustandes dar und das historische Monument verliere durch die bauliche Interpretation seinen unwiederbringlichen Wert. Vor allem der Kunsthistoriker Georg Dehio (1850-1932), der den modernen Denkmalbegriff im deutschsprachigen Raum entscheidend geprägt hat, polemisiert gegen die gebauten Geschichtspantasien des Historismus: »Konservieren, nicht restaurieren« lautet sein Grundsatz.

Bis heute sehen sich die Kunstwissenschaft und die Denkmalpflege (wenn auch zunehmend defensiv) dieser »Authentizitäts-Ethik« verpflichtet: Die neu errichteten Gebäude gäben nur vor, historische Bauwerke zu sein. Damit ist insbesondere die »Kulissenarchitektur« gemeint, die bei Rekonstruktionen häufig zum Einsatz kommt. In solchen Fällen beschränkt man sich auf eine historisierende Fassade, während das Innere des Gebäudes modernen Funktionserfordernissen entspricht.

Die Instrumentalisierung von Geschichte als Verfügungsmasse für Architekturinszenierungen wird oft mit einer »Disneyfizierung« der »europäischen Stadt« gleichgesetzt. Doch diese Kulturkritik unterschlägt die historischen Wurzeln der Disney-Ästhetik. Die bildnerischen Einflüsse der restaurativen Architektur und romantischer Maler wie Ludwig Richter oder Caspar David Friedrich auf das Werk Walt Disneys (1901-1966) sind hinreichend dokumentiert. Seine Animationen popularisieren lediglich deren sentimentale Formensprache, indem er sie in das Phantastische überführt und damit genau den Geschmack eines konsum- und unterhaltungsorientierten Publikums (auch in Europa) trifft.

»Altstadt«-Konstruktionen

Bei den Rekonstruktionsbestrebungen spielt die »Altstadt« eine besondere Rolle. Seit dem 19. Jahrhundert lassen sich mehrere ideologisch-konzeptive Konjunkturen ausmachen.

Die erste Konjunktur fällt in die Zeit der Industrialisierung, wo das Wachstum der Städte eine enorme Beschleunigung erfährt. Da die mittelalterlichen Stadtmauern und barocken Wallanlagen der ausgreifenden Urbanisierung im Wege stehen, werden sie vielerorts abgetragen. Gegen die Schleifung dieser Baudenkmäler sprechen sich Bürger_innenvereine aus und geraten in Konflikt mit den Vertreter_innen der Kommunalverwaltung. Angesichts der zerstörerischen Dynamik des liberalen Kapitalismus entwickelt sich gerade im Bildungsbürger_innentum eine Sensibilität dafür, welche kulturellen und baulichen Verluste der städtische Modernisierungsprozess mit sich bringt. Auf Betreiben von Traditions- und Heimatvereinen wird der Denkmalbegriff um die Kategorie des »Stadtbildes« erweitert: Aus deren Perspektive geht es nicht um die kunstgeschichtliche Bedeutung historischer Bauwerke, sondern um einen subjektiven, sich bildlich erschließbaren »Alterswert«. Dieses Gefallen am Vergangenen erhält durch das neue Medium der Photographie, verkoppelt mit technischen Innovationen im Buchdruckbereich, einen zusätzlichen Auftrieb. In Publikationen mit Titeln wie »Alt-Heidelberg« oder »Alt-Frankfurt« herrscht eine nostalgische Sichtweise vor, die der »guten alten Zeit« nachtrauert.

Um 1900 setzt die zweite Konjunktur ein: Die »Altstadt« wird von der Stadtplanung einerseits als historischer Stadtkern funktional definiert und zioniert, andererseits gilt sie als Problemraum, der sich durch übermäßige Verdichtung, Enge und soziale Missstände auszeichnet. Der Ruf nach einer »Gesundung« der »Elendsviertel« trifft in (West-)Europa auf eine wachsende Zustimmung. Im Deutschen Kaiserreich steht dafür exemplarisch die Niederlegung des Hamburger Gängeviertels, wo – ausgelöst durch eine Choleraepidemie – drei Viertel der alten Gebäudesubstanz abgerissen wird.

Nach dem Ersten Weltkrieg gewinnt das Neue Bauen an Einfluss. Die Utopien der städtebaulichen Moderne versuchen radikal mit dem »Alten« zu brechen und zeichnen sich durch eine programmatische Rücksichtslosigkeit gegenüber historischen Strukturen aus. Ein berühmt-berüchtigtes Beispiel ist die Sanierungsplanung Le Corbusiers für Paris. Er wollte das »hoffnungslose Durcheinander« der Altstadt bis auf wenige markante Bauwerke und Denkmäler (Notre-Dame, Louvre etc.) beseitigen und durch eine Hochhaus-Architektur ersetzen. Le Corbusier wandte sich explizit gegen eine historisch-atmosphärische Einbettung ikonischer Gebäude und setzte ganz auf die appellierende Wirkung von merkmalsstarken »Superzeichen« in einer »gereinigten« Umgebung.

Das Konzept eines auf Isolierung und Enttextualisierung beruhenden Denkmalbegriffs schlägt sich auch in der »Charta von Athen« (1933) nieder, die als Gründungsmanifest des modernen Städtebaus gilt. Demnach ist das »historische Erbgut der Städte« zu bewahren, »wenn sie Ausdruck früherer

Kultur sind und wenn sie einem allgemeinem Interesse entsprechen«. Das Gebot gilt allerdings nur, »wenn ihre Erhaltung nicht nur auf Kosten der dadurch weiterhin in ungesunden Bedingungen lebenden Bevölkerung möglich ist«. Die Elendsquartiere »rings um historische Denkmäler von historischen Wert« sollen beseitigt und durch Grünflächen ersetzt werden. Vervollständigt wird diese Strategie noch durch die Vorgabe, auf keinen Fall »neue Bauten in alten Vierteln unter dem Vorwand der Ästhetik in Stilarten der Vergangenheit aufzuführen«. Allerdings gibt es innerhalb des Neuen Bauens bezüglich des Umgangs mit Altstadtstrukturen eine erhebliche Spannweite zwischen »radikal-progressiven« und »evolutionär-moderaten« Positionen.

In den 1930er Jahren verstärken sich die Bemühungen der Kommunen, die maroden Altstadtkerne grundlegend zu sanieren. Neben Abriss und Neubau gemäß den modernen »sozial-hygienischen« und baupolizeilichen Standards (»Entkernung«, Reduzierung der Nutzungsdichte etc.), geht es auch um die Erhaltung des Altbaubestandes. Doch nicht im Sinne eines denkmalpflegerischen Schutzprogramms, sondern als ästhetisches Architekturprojekt. Die Herstellung einer mittelalterlichen Idealstadt erfordert die Beseitigung der »Kulturschicht« des 19. Jahrhunderts: Also Abstockung, Entdekorierung der Fassaden, Rückbau der Reklameflächen und Freilegung des Fachwerkgebälks. Gerade das »Fachwerk«

und Verwaltungszentren um- und ausgebaut. Überlegungen zu einer »Altstadt-Bewahrung« geraten aus dem Fokus der Planungsdiskussionen. Doch in der städtischen Bevölkerung wächst das Unbehagen über die zerstörerischen Auswirkungen des modernen Städtebaus: Historische Baubestände und vormals stigmatisierte Altbauquartiere erfahren eine neue gesellschaftliche Wertschätzung. Mit großer Verspätung reagiert darauf die Europäische Kampagne für Denkmalschutz im Jahre 1975, die sich für eine Erhaltung und Wiederbelebung alter Stadtgebiete einsetzt. Den verödeten Stadtzentren der Moderne wird suggestiv die formenreiche Vielfalt historischer Stadtbilder gegenübergestellt. Damit setzt die dritte »Altstadt«-Konjunktur ein. Die vormals mitschwingenden Assoziationen wie »Elendsviertel« oder »Altstadtslum« sind verschwunden. Nun geht es um den Konsum historischer Zeichen und Bilder.

Lernen von Frankfurt

Als bekanntestes Beispiel gelten dafür die 1984 wiedererrichteten Fachwerkriegelbauten auf dem Frankfurter Römerberg. Dieses umstrittene Ensemble steht am Anfang der heutigen Rekonstruktionswelle.

Nach 1945 war in der Wiederaufbaudebatte um das Goethehaus, die Paulskirche und die Altstadt exemplarisch um den Charakter des gesellschaftlichen



signalisiert »Authentizität« und »Ursprünglichkeit«. Im Umgang mit der Altstadt setzt die Stadtplanung auf die Politik der Isolierung und Separierung. Parallel zur Modernisierung des Stadtraums werden überschaubare Altstadtkerne als »Traditionsinseln« ausgewiesen. Dieses Leitbild dominiert auch nach 1945 beim Wiederaufbau der kriegszerstörten Städte. Es gibt zwar heftige Kontroversen zwischen »Bewahrer_innen« und »Modernist_innen«, aber bezüglich des »Traditions-Archipels« besteht weitgehender Konsens.

Mit dem Vormarsch des »Bauwirtschaftsfunktionalismus«, der ganz auf die »Entflechtung« und »Entmischung« städtischer Strukturen setzt, werden in den 1950er Jahren die Innenstädte zu Einkaufs-

Neubeginns in Deutschland gerungen worden. Während sich Teile der Bürger_innenschaft für eine Rettung des alten »Frankfurt-Bildes« aussprachen, plädierten Intellektuelle und städtische Expert_innen für eine moderne städtebauliche Lösung. Die Frage des Wiederaufbaus besaß auch eine ethische Dimension: Verdrängung der Schuldfrage (Faschismus und Krieg) oder bewusstes Bekenntnis dazu? Der Architekt Otto Bartning brachte es in der ersten Ausgabe der *Frankfurter Hefte* (April 1946) auf den Punkt: »Rekonstruktionen – je echter, desto schlimmer.« Die produktiven Aspekte dieser Diskussion, nämlich die Frage einer Gesellschaftsordnung nichtkapitalistischen Typs, gerieten jedoch durch die Polarisierung in

»Modernisierer_innen« und »Traditionalist_innen« an den Rand des Diskurses. Abgesehen von wenigen Ausnahmen, setzten sich schließlich die Modernist_innen durch. Das kritiklose Anknüpfen an das Neue Frankfurt¹ der 1920er Jahre führte zur Übernahme des US-amerikanischen Stadtentwicklungsmodells: Konsequente Umsetzung eines autogerechten Verkehrssystems und Ausweitung der Büroökonomie in citynahen Stadtteilen.

Mit dem »Wirtschaftswunder« stieg zwar Frankfurt zum Finanzzentrum der Bundesrepublik auf, doch die Metropole symbolisierte zugleich die wachsende »Unwirtlichkeit unserer Städte« (Alexander Mitscherlich). Das rigorose Modernisierungsprogramm verschaffte der Stadt das Image eines »Mainhattan von Deutschland«. Erst in den späten 1960er Jahre regte sich sozialer Widerstand (Bürger_inneninitiativen und Hausbesetzungen) gegen die zerstörerischen Folgen dieser Wachstumspolitik. Der sozialdemokratisch geführte Stadtmagistrat geriet in eine politische Legitimationskrise. Doch letztlich profitierten davon die Christdemokrat_innen, die 1977 die Kommunalwahl für sich entscheiden konnten.

»Weltstädtische Urbanität« lautete der neue Ansatzpunkt der CDU, welche die historische Spaltung der Nachkriegszeit in Modernisierer_innen und Traditionalist_innen zu versöhnen suchte. Der neue Oberbürgermeister Walter Wallmann entschied sich deshalb bei der geplanten Neu-Bebauung des Dom-

geplanten (und inzwischen vollzogenen) Abriss des in den frühen 1970er Jahren errichteten Technischen Rathauses² und der Neubebauung des Areals versprach sich die Stadt eine ökonomische Aufwertung des Dom-Römer-Bereichs. Der Siegerentwurf des städtebaulichen Wettbewerbs sah eine kleinteilig parzellierte, aber ansonsten modern anmutende Gebäudestruktur vor. In der städtischen Öffentlichkeit regte sich gegen dieses Planungskonzept zunehmende Kritik. Dann erfuhr die Debatte eine unerwartete Wendung: Ein Student stellte farbenprächtige 3D-Simulationen ins Netz, die eine historische Altstadt mit ungefähr 50 Fachwerkhäusern anschaulich darstellten. Diese virtuellen Projektionen beeinflussten die öffentliche Meinung erheblich und trugen zu einer wachsenden Rekonstruktions-Akzeptanz bei. Tatsächlich hat sich der Computer mit seinen suggestiven Visualisierungsmöglichkeiten zu einem wirkungsmächtigen Entwurfsinstrument entwickelt. Konnten früher Architekt_innen ihre Vorstellungen anhand von Plänen und Modellen dem Publikum nur relativ abstrakt vermitteln, so stellt heute das digitale, dreidimensionale Bild eine leicht lesbare Brücke zum Rezipient_innen dar.

In Frankfurt entwickelte der Diskussionsprozess um die Altstadt eine Eigendynamik, die die politischen Parteien zunehmend unter Druck setzte. So gab die SPD, offensichtlich noch immer von den Erfahrungen der Wallmann-Ära traumatisiert, die Parole aus: »Die Bürger haben ein Anrecht auf Fachwerk«. Im Herbst



Römer-Bereichs für einen Kompromiss: Einerseits kam an der Ostseite des Römerbergs die »gute alte Zeit« in Gestalt von putzigen Mittelalterkopien zum Zuge, andererseits entstand mit der Kulturhalle Schirn und den von prominenten Architekt_innen entworfenen Einzelhäusern an der Saalgasse das erste Ensemble postmodernen Städtebaus in der Bundesrepublik. Während die Fachwelt und überregionale Zeitungen das Fachwerkzeile als Disney-Kulissenlandschaft kritisierten, stieß die Rekonstruktion als neuer Identifikationspunkt innerhalb der lokalen Bevölkerung auf breite Zustimmung.

Im Herbst 2005 wurde eine neue Runde im Frankfurter »Altstadt«-Diskurs eingeleitet. Mit dem

2007 entschied sich die Stadtverordnetenversammlung für einen Kompromiss: Demnach wird die Stadt im Dom-Römer-Bereich mehrere repräsentative und stadtgeschichtlich bedeutende Altstadt Häuser aus verschiedenen Epochen in Eigenregie errichten lassen, zu der gegebenenfalls auch weitere Rekonstruktionen von privaten Investor_innen hinzukommen können. Als Vorlage für die Neubebauung dienen zum Teil nur alte Photographien. Der Planungsamtsleiter rechtfertigte dieses Verfahren damit, dass es vor allem um die »Profilierung des Stadtbildes« gehe. In ähnlichem Sinne äußerte sich auch der Pressesprecher des Altstadt Forums (ein loses Bündnis des Frankfurter Einzelhandelsverbandes und der Freunde Frankfurts

e. V.): »Unter dem Gesichtspunkt des Stadtmarketings wird das ein Riesenrenner. Es wird das größte Rekonstruktionsprojekt Deutschlands. Frankfurt wird für Furore sorgen.« Die *Immobilien Zeitung* sah es ähnlich: »In dieser Situation erfüllt das Fachwerk das Bedürfnis nach Sensation (...): Frankfurt, die erste Stadt in Deutschland, die ins Mittelalter zurückkehrt!« Auch der Frankfurter CDU-Fraktionsvorsitzende zeigte sich begeistert: »Wenn wir 2013 durch das Viertel laufen, werden wir das Gefühl haben, in einer authentischen Altstadt zu sein.« Nach den Vorstellungen der Stadtregierung soll das neue Quartier in seiner Kleinteiligkeit der mittelalterlichen europäischen Stadt entsprechen und mit Hilfe eines einheitlichen Flächenmanagements wie ein Einkaufszentrum verwaltet werden. »Wir wollen das Beste aus beiden Welten«, so der planungspolitische Sprecher der Grünen.

Bild-Raum-Politik

Die Existenz der »Altstadt« in der modernen Stadt verdankt sich nicht einem denkmalpflegerischen Erhaltungsprogramm, sondern planerischen Vorgaben, denen es um die Konstruktion einer historischen »Sonderzone« geht. Deren Aufgabe besteht darin, als pittoresker Illusions- und Kompensationsraum für die lebensweltlichen Zumutungen der Moderne zu funktionieren, die unter dem Druck kapitalistischer

Sinne argumentiert etwa der französische Philosoph Henri Lefèbvre: »Die Werke, die Stile sind dem verzehrendem Konsum ausgeliefert. Die Stadt verzehrt sich mit besonderer Freude, was ein Bedürfnis und ein Unbefriedigtsein von besonderer Heftigkeit anzuzeigen scheint: Provinzler, Fremde, Vorortbewohner, Touristen stürzen sich in das Herz der Städte (...) mit einem besonderen Appetit. Jede Objekt und jedes Werk gewinnen so ihr Doppelleben: sensibel und imaginär. Alle Konsumobjekte werden Konsumzeichen. Der Verbraucher ernährt sich mit Zeichen.« (Das Alltagsleben in der modernen Welt, Frankfurt 1972: S. 152).

Die Altstadt-Konstruktion basiert auf einer gezielten Bilderpolitik. Sie fungiert als materieller Träger von *images*, die auf visuelle Effekte des Wiedererkennens und des Erstaunens setzen. Spielten früher bei der »Altstadt-Wahrnehmung« Stiche, Gemälde und Fotos eine wichtige Rolle, so dominieren heute digitale Retro-Versionen. Das Eintauchen in einen imaginären Bildraum hängt wesentlich davon ab, wie versiert die Betrachter_innen mit der Ästhetik von Computeranimationen umzugehen vermag. Für die Wahrnehmung von Räumen hat dies Konsequenzen: eine Phantasie, die die gestalterischen Techniken digitaler Bildverfahren internalisiert hat, kann sich in eine besonders umfassende imaginäre Resonanz zu einem Simulationsangebot begeben.

Doch worauf beziehen sich diese Bilder? Bereits in den 1960er Jahren hat der Situationist Guy Debord vor



Umwälzungen immer auch gravierende Verluste und Zerstörungen hervorgebracht hat. Diese Art der Verräumlichung kollektiver Träume und Wünsche lässt sich mit Michel Foucault als »Heterotopie« umschreiben: Als »Gegenplatzierung« soll die Altstadt die Wirksamkeit des realen Alltagsraums zeitweilig neutralisieren oder gar umkehren.

Standen früher bei den Restaurationen und Rekonstruktionen Heimat, Erbe und Tradition im Vordergrund, so geht es heute um Entertainment und Stadtmarketing. Die Produktion des Erlebnisraums »Altstadt« dient vornehmlich dem »touristischen Blick« und dem Konsum von Zeichen. In diesem

der uneingeschränkten Macht von Bildern gewarnt, die die Realität zu vereinnahmen drohen: »Da, wo sich die wirkliche Welt in bloße Bilder verwandelt, werden diese bloßen Bilder zu wirklichen Wesen und zu den wirkenden Motivierungen eines hypnotischen Verhaltens.« (Die Gesellschaft des Spektakels, Hamburg 1978, S. 10). Man kann diese »Entfremdungskritik«, die auf die gesellschaftlich produzierte Trennung von Leben und Bild abhebt, auch als Aufforderung verstehen, sich Fiktionalisierungsbestrebungen zu widersetzen, die aus der »realen« Stadt einen virtuellen Themenpark machen wollen.

Überarbeiteter Vortrag für die Geographische Gesellschaft Frankfurt

Klaus Ronneberger

Noten

#1# Damals war Frankfurt der Schauplatz avantgardistischer Architektur- und Reformprojekte. Das Neue Frankfurt steht paradigmatisch für eine städtebauliche Programmierung sozialer Beziehungen im Sinne der »fordistischen« Regulierung industrieller Verhältnisse, die sich erst nach 1945 als allgemeines Vergesellschaftungsmodell durchsetzen sollte.

#2# Den Entwurf für das Technische Rathaus fand die damalige Wettbewerbsjury von so herausragender Qualität, dass sie keinen zweiten Preis vergab. Gegen den großvolumigen Neubau im »brutalistischen« Architekturstil erhoben sich allerdings heftige Bürger_innenproteste. Als Zugeständnis ließ die Stadtverwaltung daraufhin das Gebäude deutlich niedriger projektieren.



graswurzel revolution

Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

„Unter den Kleinen eine der Größten.“
(Neues Deutschland über die Graswurzelrevolution)

„Die 'Graswurzelrevolution' lässt sich vom Siegeszug des Kapitalismus nicht beirren.“ (Frankfurter Rundschau)

Graswurzelrevolution Nr. 367, März: Schwerpunkt: Ein Jahr Fukushima – wo geht's zum Atomausstieg? ; Der Iran und die Gefahr eines neuen Krieges. Interview mit Mohssen Massarrat ; Neu im Handel: Euthanasie! ; Spitzeinsatz gegen die linke Szene in Heidelberg; Ein Anti-Knast-Bericht von Franziska Wittig; Antifa ; Anarchie; Antimilitarismus, u.v.m.

GWR-Abo: 30 Euro (10 Ex.). Probeheft kostenlos. Probeabo: 5 Euro (3 Ex.; verlängert sich ohne Kündigung zum Abo, Kündigung jederzeit möglich) bei: **GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, 53947 Nettersheim, abo@graswurzel.net, Tel.: 02440/959-250; Fax: -351**



www.graswurzel.net



Kampf um Zeit in der Agentur

Von den Hindernissen einer solidarischen Assoziation

Mir zappeln noch immer meine nervösen Kaffeefinger, wenn ich daran denke wie ich über meinen Xing-Account die konspirative Rundmail an zehn Kolleg_innen versende. Dass all die aufgebrauchte Anstrengung und der geflossene Angstschweiß bemerkenswert wirkungslos geblieben sind, ist mir inzwischen egal.

Ich hatte nach einem Jahr als studentische Hilfskraft in der Online-Marketing-Agentur genug erlebt. Die nötige Anerkennung und Verantwortung zum Wohlbefinden hatte ich bereits erlangt, zudem ein Job-Angebot für die Zeit nach meinem Studium. Alle Mitarbeiter_innen waren nett und der Umgang in der Agentur war auch okay. Wenn meine Kolleg_innen, die dort fest arbeiteten, eine 40 Stunden Woche gehabt hätten, gäbe es weit weniger Gründe einen Karriere-Job auszuschlagen. Lange hatte ich über die Form der Organisation der Arbeit nachgedacht und Gespräche geführt, bis ich letztlich zu dem Entschluss kam, einen Aufstand zu proben. Es wurde mir nach einem Jahr immer deutlicher, dass die Art und Weise der Produktion in einer solchen Online-Agentur einen auf subtile Weise Dinge tun lässt, die völlig absurd sind. Die Spitze des Eisbergs war da tatsächlich der eine Donnerstag-Morgen, an dem ich um 7:45 Uhr nach 23 Stunden ununterbrochener Arbeit mit einigen Kollegen heimging. Ich war dort freiwillig so lange geblieben, niemand hatte eine Forderung an mich gestellt. Mein Abteilungsleiter, gerade einmal 30 Jahre alt, frischer Diplomand, unheimlich energetisch und aufgeweckt, hatte zu diesem Zeitpunkt bereits 14 Tage am Stück hingelegt, selbst am heiligen Sonntag war er im 2. Stock die Laptoptasten hauen.

Plant mensch eine Betriebsratsgründung, so mein Gedanke, berät dich die Gewerkschaft sicher gerne. Leider hatte ich zunächst das Gefühl, dass Verdi die Online-Medien Branche aufgegeben hat. Die letzten Info-Flyer, die einen bescheidenen Überblick über die Branche geben, sind bereits über acht Jahre alt. Sie geben auch nicht wirklich das wieder, was ich in der Agentur erlebt hatte. Die Berichte von der recht gut informierten Verdi-Mitarbeiterin, mit der ich zuvor einen Termin vereinbart hatte, deckten sich mit den Erfahrungen die ich gemacht hatte. Sie erzählte, dass häufig Leute aus der Online-Werbe-Branche und aus PR-Agenturen bei ihr seien, sie aber fast immer Angst hätten, die ersten Schritte einer Betriebsratsgründung zu übernehmen. Derweil haben sich aber die Arbeitsumstände nach den Berichten der zu ihrer Beratung kommenden Angestellten sehr

verschlechtert. Früher, so klagte wohl einer, seien auch Überstunden gekloppt worden, danach gab es aber mal ein von der Firma bezahltes Ski-Wochenende als Ausgleich. Diese Motivationshilfen seien aber komplett verschwunden. Immer häufiger kämen die Leute aus dieser Branche, berichteten von dramatischen Arbeitszeiten, trotzdem hätte sie nach drei Jahren das Gefühl, dass sie lediglich kämen um sich auszukotzen. Danach hörte sie in allen Fällen nichts mehr von den frustrierten Beschäftigten, es kam dann auch nicht mehr zur Betriebsratsgründung. Ich fragte mich nach dem Treffen mit der Verdi-Beauftragten, warum es sich in der Branche als so kompliziert erweist, einen Betriebsrat aufzubauen.

Ich hatte, als ich zu Verdi ging, bereits ein diffuses Gefühl davon, dass sich die Agenturarbeit von den klassischen Produktionsweisen unterschied. Vor allem aber versuchte ich ihr glaubhaft zu machen, dass ich das Gefühl nicht loswerde, dass die identitären Haltungen der Leute, die in so einer Agentur arbeiten, sich stark von denen unterscheiden, die ich bislang in einer Versicherung, Rundfunkanstalt oder im Krankenhaus kennengelernt hatte. Einmal hatte ich, kurz nachdem ich dort angefangen hatte zu arbeiten, in die Runde Rauchender gefragt, wer denn eigentlich den Betriebsrat bildet und daraufhin betretenes Schweigen und ein jähes Ende aller Unterhaltungen geerntet. Ich hatte immerhin eine kleine Note erhalten wie das Verhältnis einiger Kolleg_innen zum Thema Betriebsrat war. In den ehemaligen Beschäftigungsverhältnissen war das Sprechen über den Betriebsrat unter Kolleg_innen kein Grund zu betretenem Schweigen gewesen, im ehesten Fall deshalb nicht, weil es bereits einen Betriebsrat gab.

Ich dachte, dass eine vergleichsweise neue Branche mit neuer Produktionsweise und anderer Altersstruktur, auch eher auf neue Formen der Mitarbeiter_innen-Organisation anspringt und entschied mich daher dafür, gegen den Rat der Verdi-Beauftragten, die entsprechenden Kolleginnen und Kollegen über ein soziales Netzwerk anzusprechen. Während der Arbeit stehen nämlich dem Panoptikum gleich, alle Bürotüren offen und eine jede Unterhaltung kann alsbald unerwartet gestört werden. Außerdem werden ja in der Soziologie so gerne die unvorhersehbaren Dynamiken innerhalb sozialer Netzwerke beschwört.

Also verfasste ich einen Brief, den ich an 10 Mitarbeiter_innen verschiedener Abteilungen über das »Karriere-Netzwerk« Xing versendete, dessen Nutzen mir bis dahin unklar gewesen ist. In diesem Schreiben kritisierte ich ineffiziente Abläufe und argumentierte, dass sich Veränderungen zu effizienteren Arbeitsabläufen und damit zusammenhängend die Möglichkeit auf weniger Überstunden, nur durch Eigeninitiative der Belegschaft angestoßen werden könnten. Weil in dem Unternehmen jeder Arbeitsschritt unter dem Parameter der Effizienz bewertet wurde, hoffte ich den Gedanken an ein gemeinsames Treffen einigen Kolleg_innen schmackhafter zu machen. Ich wollte nicht gleich mit dem Wort Betriebsrat alle erschrecken, sondern zunächst so etwas wie einen Raum schaffen, in dem sich Teile der Belegschaft, abseits der Büros, untereinander über Probleme austauschen konnten. Darüber erhoffte

ich mir eine Sensibilisierung gegenüber der eigenen Handlungsmacht herstellen zu können, um an der gegenwärtigen Arbeitssituation etwas verbessern zu können. Ich dachte, mit der Argumentation über ineffiziente Arbeitsabläufe diejenigen anzusprechen, die zwar auch unter den Bedingungen leiden, aber über ihre politische Sozialisation Begriffe wie Arbeitskampf als wirres Zeug definieren.

Das war für mich keine leichte Sache. Wenn mensch ein ganzes Jahr eine integrierte, in der Arbeit voll aufgehende Identität performt, die Kolleg_innen lieb gewinnt und dann eine derart konspirative Mail schreibt, bringt das währenddessen klapprige Knie und nervöses Zucken mit sich. So eine Missstände-Email ist nicht kompatibel mit der dort herrschenden grinse-gute-Laune-ich-hab-bock-Atmosphäre. Nachdem ich die Emails abgeschickt hatte, war ich ziemlich verunsichert. Was denken die Leute jetzt von mir? Liege ich jetzt blamabel daneben mit meiner Einschätzung? Lediglich einen Mitarbeiter hatte ich vorab von meinem Vorhaben in Kenntnis gesetzt, der wollte aber nichts davon wissen, weil er sich ohnehin bald bei der Konkurrenz in besserer Stellung hoffte.

Leider musste ich nun feststellen, dass das oben genannte Karriere-Netzwerk auch zur Betriebsratsgründung ungeeignet war. Nachdem ich das Schreiben abgeschickt hatte, musste ich noch über einen Monat dort arbeiten: Eine Hölle! Eine Mitarbeiterin grüßte mich fortan, beträchtlich geschult, nur noch wenn sie dabei die Wand oder den Boden anschaute. Andere machten ähnlich nervöse Gesichter wenn sie mich sahen, wie ich mir meines kurz vor abschicken der Mail vorstellte. Drei sagten unter Vorbehalten zu. Ein Anderer, dem ich die Mail nicht geschickt hatte, grinste mich freudestrahlend auf dem Flur an, hob beide Daumen und verschwand wieder ohne auch nur Piep zu sagen. Mein eingerichteter Doodle-Link blieb aber fast leer und eigentlich war niemand bereit Initiative zu zeigen oder Verantwortung mitzutragen.

Als ich mit meinem Abteilungsleiter darüber sprach dass ich kündigen werde, weil ich keinen Bock mehr hätte diesen Arbeitsirrsinn mitzumachen, verstand er das sofort. Als Einschub: er wurde als Berufseinsteiger mit akademischem Abschluss, bei einer tatsächlichen 55-60 Stundenwoche mit ca. 1600 € abgespeist. Damit lag mein Stundenlohn als studentische Aushilfskraft, mit 12 € die Stunde, beinahe doppelt so hoch wie seiner, weil ich meine Überstunden verrechnen konnte. Er wusste, dass die Geschäftsleitung ihn mit der miesen Bezahlung veralbert, verwies aber darauf, dass er das jetzt 3 Jahre mitmachen würde um dann aufzusteigen und richtiges Geld zu verdienen, er sprach von 100.000 € pro Jahr

Diese Perspektive war nicht vollkommen unbegründet. Der Markt wächst ja schneller als andere Märkte und während der letzten Jahre gab es immer neue Abteilungen. Wer seine Abteilung effizient und profitabler als andere Abteilungen strukturierte, konnte bald vielleicht eine fette Abteilungsleiter_innenstelle ergattern.

Krise der Repräsentation

In der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts können die Tarifrunden in den großen Branchen der bundesrepublikanischen Wirtschaft als institutionalisierter Kampf um Arbeitszeit verstanden werden. Ob Angestellte oder Arbeiter_innen, die Mehrheit der Beschäftigten hatten so etwas wie eine Repräsentantin oder einen Repräsentanten, dessen Auftrag darin bestand, die (Lohn)Forderungen der Belegschaften umzusetzen. Die radikale Linke konnte diese Tarifrunden als das verstehen, was den Status Quo des Kapitalismus aufrechtzuerhalten in hohem Maße in der Lage war. Erst einmal gut, dass hier und dort der Lohn gegenüber der Inflationsrate adäquat angeglichen wurde, doch im Ganzen schlecht, weil die Möglichkeit auf Revolution und/oder die Abschaffung des Kapitalismus mit der Tarifpartner_

der Repräsentation zeigt sich zunächst in den stark sinkenden Mitgliederzahlen der Gewerkschaften. Ließen 1960 noch 34 % aller Beschäftigten ihre Interessen von einer Gewerkschaft vertreten, sind es heute weniger als 12 % der Beschäftigten. Wenn nach einer Entsprechung dieser Entwicklung bei der Beteiligung an Wahlen gesucht wird, lässt sich diese Tendenz auch verzeichnen, ca. 10 % der Berechtigten gehen weniger wählen als noch in den 1960ern. Drittens und mit den ersten beiden Veränderungen womöglich korrelierend, wird es für die Parteien immer schwieriger, die gesellschaftlich divergierenden Interessen in ihren Programmen in einer Volkspartei aufgehen zu lassen. Die Mitgliederzahlen sinken ohnehin permanent. Die SPD beispielsweise verlor in den letzten 30 Jahren die Hälfte ihrer Mitglieder und ist zudem völlig überaltert.



innenschaft verringert wurde. Die Tarifpartner_innenschaft und die Sozialpolitik sind als Teil der Goldenen Handfesseln bezeichnet worden, die für die Legitimation der kapitalistischen Wirtschaftsordnung unabdingbar waren.

Der Begriff der Repräsentation ist für diese Ordnung maßgebend. Die vermeintlich homogenen Gruppen der Arbeiter_innenschaft und Angestellten hatten eine Repräsentation bei den Tarifverhandlungen und im Parlament der repräsentativen Demokratie. In der Arbeiter_innenschaft gab es damals auch schon Gruppen mit unterschiedlichen Interessen, beispielsweise unter denen die feste Stellen hatten und den Tagelöhner_innen, Wanderarbeiter_innen etc. Diese Gruppen hatten aber, wenn auch über die Differenzierung zu anderen Gruppen, eine gemeinsame Assoziation, die durch eine Repräsentation ihre Interessen vertreten konnte.

Es lassen sich, spätestens seit dem vergangenen Jahrzehnt, drei Tendenzen ziemlich deutlich erkennen, die das Potential haben, die Erzählung der Repräsentation zum Ende hinzuführen. Eine Krise

Es gibt Möglichkeiten die Krise der Repräsentation zu erklären. Eine dieser Möglichkeiten kann beispielsweise sein, dass es in den vergangenen Jahren bestimmte Veränderung der Produktionsweise im Kapitalismus gab, die das Ende der Repräsentation begünstigen. Insbesondere die Entgrenzung der Arbeitszeit in bestimmten Branchen und die damit zusammenhängende neue Organisation der Verantwortungsstrukturen in den einzelnen Betriebseinheiten, so die These, können für eine neue Ausgangslage verantwortlich gemacht werden, in der es immer schwieriger wird, mit der Form der Repräsentation des vergangenen Jahrhunderts den Kampf um Arbeitszeit zu führen.

An vielen Stellen zeigt sich nämlich, dass sich die Bedingungen für repräsentative Interessenvertretung durch die neue Form der Organisation von Produktion entscheidend verschlechtern. Die Konsequenz daraus lässt sich auch verstehen als Plädoyer für ein Bewusstsein darüber, dass die Form der politischen Organisation in Unternehmen und anderen Organisationseinheiten in bestimmbarem Maße den Produktionsbedingungen entspringt. Anders: Die

Produktionsbedingungen begünstigen auch eine bestimmte Form der politischen Organisation.

Die neue Produktionsweise bildet bei genauer Betrachtung Widersprüche unter den Beschäftigten, die durch das alte repräsentative Modell der Interessendurchsetzung nicht mehr zu glätten sind. Oder wieder anders, die scheinbare Glättung von widersprechenden Interessenlagen der Beschäftigten durch die alte Produktionsweise fällt mit der Neuen weg. Es können drei Widersprüche identifiziert werden, die eine gemeinsame Assoziation von Beschäftigten verunmöglichen.

1. Widerspruch: Das Profitcenter

Eine solidarische Assoziation der Belegschaft ist prekär, wenn die Interessen der einzelnen

eine Abteilung mehr Projekte als andere Abteilungen umsetzt, desto profitabler ist sie und desto besser ist die Ausgangslage der Abteilungsleiter_innen, wenn eine sehr gut bezahlte Stellung angeboten wird. Je schneller die einzelnen Angestellten arbeiten, desto profilierter und wichtiger sind sie für ihre Abteilung. Wer dann noch bereit ist, länger als die Konkurrenz, beziehungsweise die direkten Kolleg_innen, am Schreibtisch zu sitzen und mehr Überstunden als diese macht, kann den Preis seiner_ihrer Leistungen drücken und macht so die Konkurrenz, die anderen Kolleg_innen teurer. Die Logik verläuft also so, dass die aufopferungsvollsten Angestellten dadurch den Maßstab für die Produktivität aller anderen bilden. Es zeigt sich, dass dies eine doppelte Anstrengung erfordert. Erstens muss mehr Leistung in eine Arbeitsstunde verpackt werden die Konkurrent_innen/Kolleg_innen imstande sind zu leisten, was



Belegschaftsmitglieder im Arbeitsalltag bereits divergieren. Insofern bildet die Einführung von Profit-Centern in jeder noch so kleinen Abteilung ein Grundelement dieser neuen Form der Organisation. Die Mehrzahl der Abteilungen in derlei Agenturen sind heute Profitcenter. Nicht nur der Verkauf muss profitabel sein, so die Idee, sondern jede Abteilung muss ihre Dienste innerhalb des Unternehmens gewinnbringend verkaufen. Aus dem Management kommend ist dies in etwa der Versuch, die als produktiv wahrgenommene Konkurrenz zwischen Unternehmen auf dem freien Markt innerhalb des Unternehmens herzustellen. Die Modifizierung der Produktivität liegt im Profitcenter dadurch bei den einzelnen Beschäftigten und nicht mehr bei der Geschäftsleitung. Das Feilschen um Preise bei dem Verkauf um Leistungen auf dem freien Markt findet so auch innerhalb des Unternehmens statt. Der Preis jeder Leistung wird in Arbeitsstunden berechnet, so dass die Abteilungsleiter_innen großes Interesse haben, viel Arbeit in wenig Arbeitszeit zu verpacken. Oft wird gehört, dass es eigentlich erstmal egal sei was abgeliefert wird. Wichtiger ist, dass es schnell abgeliefert wird. Die Prämisse ist unverkennbar die Effizienz. Wenn

zu einem absurden Zeitmanagement führt. Für jeden Arbeitsschritt hatte ich mir eine persönliche Deadline eingerichtet, die mich tatsächlich die Aufgaben gehetzter erledigen ließ. Zweitens ist das Profit-Center eine Verlängerung der Arbeitszeit, in der in jeder Abteilung versucht wird, so viele Stunden wie möglich zu kloppen, um mehr Projekte im Quartal abgewickelt zu haben als andere konkurrierende Abteilungen. Die Logik zielt damit nicht nur auf eine maschinenhafte Effizienz, sondern schlichtweg auch auf mehr Arbeitszeit bei unverändertem Lohn.

Wenn sich die Abteilungen in einem Unternehmen ihre unterschiedlichen und nicht vergleichbaren Leistungen gegenseitig in Rechnung stellen und so auch innerhalb des Unternehmens verkaufen, entsteht eine wahrnehmbare objektive Konkurrenz sowohl zwischen Abteilungen, jede will ja produktiver sein als die andere, als auch unter den Beschäftigten, denn wer teurer ist, also mehr Arbeitszeit für bestimmte Leistungen veranschlagt, belastet das Budget der ganzen Abteilung. Die Buchhaltung und damit die Kalkulierung aller Kosten rutscht herab in die Sphäre jeder_jedes einzelnen Mitarbeiter_in. Ist beispielsweise

die Grafik zu teuer, d.h. veranschlagt mensch zu viel Arbeitszeit für ein Projekt, wird einfach ein_e Drittanbieter_in oder jemand aus dem Pool von freien Mitarbeiter_innen angefragt. Denn wenn die eine Abteilung alleine wegen der teuren Arbeitsstunden der Grafik ihr Budget übermäßig belastet sieht, muss sie sich Alternativen suchen. Alle Mitarbeiter_innen haben dadurch stets ihre eigenen Kosten präsent. Kolleg_innen werden durch das Feilschen um Zeit zu Vertragspartner_innen anstelle von Genoss_innen.

Erfahrbar ist dies am eigenen Leibe. Jeder Arbeitsschritt wird von einem subtilen Produktivitätsdruck begleitet, der irgendwann internalisiert zur Normalität gerinnt. Es fiel mir unheimlich schwer, mich der eigenen Bestimmung von Produktivität zu entziehen, weil ich das Budget für ein Projekt immer kannte. Und dieses Budget ist immer knapp. Es ist

Sind hingegen manche Abteilungen nicht voll ausgelastet, führt das zu anderen Absurditäten: Eine Freundin berichtete mir aus der Mode-Branche, dass sie nach der Arbeit täglich noch zwei Stunden im Internet surfen muss, damit nicht der Eindruck bei den Kolleg_innen entstehe, dass sie sich leisten könne um 18h bereits Feierabend zu machen. Die aus dem Profitcenter entstehende Logik, die eigene Stellung im Unternehmen über unbezahlte Mehrarbeit zu legitimieren, ist mit der Hoffnung auf weniger Arbeitszeit durch gemeinsamen Arbeitskampf inkompatibel.



beinahe unmöglich in so einem Umfeld während der Arbeit, Zeit zu verträdeln wie ich das von anderen Jobs gewohnt war. Im Krankenhaus war das zügige Arbeiten immer ein Grund für mehr arbeitsfreie Zeit in einem ohnehin festen Rahmen aus Lohn und Arbeitszeit. Es gibt diesen vergleichbar festen Rahmen aus Lohn und Arbeitszeit im Profitcenter nicht. In der Agentur ist nicht die hinsichtlich ihrer Interessen gegenüberstehende Pflegedienstleitung für die Steigerung der Produktivität zuständig, sondern jede Mitarbeiterin selbst. Das Verhältnis zu den anderen Mitarbeiter_innen wird dadurch beachtlich affiziert. Es wird in der Agentur nicht gemeinsam im Schwesternzimmer über die neuen Vorgaben der Pflegedienstleitung gemeckert, stattdessen wird sich mit einem verheerenden

Augenzwinkern bescheinigt, das man heute Abend bis mindestens 22:00 Uhr arbeitet. Damit fehlt aber auch die Möglichkeit sich als gleichermaßen Betroffene zu assoziieren. Mehrarbeit fühlt sich sexy an (denn wer länger arbeitet: der mehr Verantwortung: der wichtiger für den Vorstand: der bald eher eine höhere Position bekleidet... Ätch!). Tagtäglich wird, durch das gegenseitige in Rechnung stellen von Dienstleistungen, das divergierende Interesse und die Andersheit der Mitarbeiter_innen erfahren.

2. Widerspruch: Die Zellen// »Happiness is just around the corner« – Vengaboys

Die Vermutung liegt nahe, dass die Größe der Abteilung im Verbund mit dem Profitcenter einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die fehlende Möglichkeit der gemeinsamen Assoziation hat. Im Krankenhaus gibt es etwa auf 60 – 80 Pflegekräfte eine Pflegedienstleitung. Doch selbst wenn eine Abteilung 20 – 30 Mitarbeiter_innen beschäftigt, ist allen völlig klar, dass die Verbesserung der persönlichen Lage eher im Verbund mit anderen zu erzielen ist. Dort geht es im Verbund mit anderen in etwa darum, anstelle 8,76 €, 9,12 € die Stunde zu verdienen. Wo aber eine Abteilung lediglich 4-6 Beschäftigte hat, in der alle auch potenziell für die nächste freie Abteilungsleiter_innen-Stelle in Frage kommen, fällt die gemeinsame Assoziation schwer. Denn in diesem Falle geht es um weit mehr als nur einige Euro im Monat, es geht bei den für die tatsächliche Arbeitszeit unerträglich schlechten Lohn eher um das Aufsteigen in eine andere Gehaltsklasse: Statt 1600 € gibt es bei einer guten Beförderung dann plötzlich das doppelte Gehalt und die Erlösung von der anhaltenden Schmach.

Die Frage nach der Repräsentation von Interessen wirkt angesichts der persönlichen Möglichkeiten

für den Aufstieg in eine grundlegend höhere Gehaltsklasse befremdlich. Niemand, der die in einer solchen Agentur arbeitet, kann sich damit zufrieden geben, anstelle der 1600 €, 1700 € zu verdienen. Eine 50-60 Stunden Woche bleibt immer noch eine unerträgliche Frechheit, soll aber wenigstens im Reichtum entschädigt werden. Es ergeben sich in einer solchen Ausgangslage keine verallgemeinerbaren Interessen wie etwa am Fließband, sondern lediglich die partikularen, sich notwendig widersprechenden Interessen. Wenn alle 5-8 Mitarbeiter_innen in der Abteilung auf die Beförderung in mittlerer Zukunft hoffen, möchten sie nicht mit Betriebsratsgehabe daherkommen.

Die Perspektive auf die eigene Karriere hat damit die zeitliche Linearität des Aufstiegs des Fordismus abgehängt. In der eigenen Biographie entstanden in

lange dort zu sein und sich wichtig für den Verlauf eines Projektes zu fühlen. Mich selber überkam oft eine flirrende Disziplin, die eine Sache auf der To-Do-Liste noch loszuwerden. Gerade weil auf so niedrigen Lohnerebenen so vergleichsweise hohe Verantwortung gelastet wird, ist die Möglichkeit auf Identifikation mit dem produzierten Müll relativ hoch. So bringt es einen um die Freizeit. Die prägnante Diskrepanz zwischen geringem Lohn und hoher Verantwortung wird zwar erkannt, aber es werden die falschen Konsequenzen gezogen. Bei Mehrarbeit trägt nicht die böse Pflegedienstleitung die Schuld wie im Krankenhaus, sondern entweder ich selbst oder die viel zu behäbig arbeitenden Kolleg_innen. Diese Atmosphäre herrscht in einer Agentur unangegriffen, weil sie nicht als Ausdruck aktiv geschaffener Strukturen der Geschäftsleitung wahrgenommen wird.



den alten Produktionsverhältnissen Möglichkeiten langfristig Planungen anzustellen, weil mit jeder Tarifrunde immer etwas mehr hängen blieb und so langfristig eine Stabilität der eigenen Arbeitsbiographie vermittelt werden konnte. Diese zeitliche Linearität der Arbeitsbiographie wird durch die neue Strukturierung ersetzt. Es entsteht ein beinahe messianisches Warten auf den großen Karriere-Quantensprung, der alle Schufferei irgendwann entschädigen wird – hoffentlich. Der Preis für das Warten auf den Quantensprung ist der Verzicht auf eine konkrete Verbesserung im Jetzt.

3. Widerspruch: ich selbst

Bei allem Unverständnis für die Bereitschaft so einen Unfug mitzumachen, muss beachtet werden, wie sukzessiv die Vereinnahmung verläuft. Es ist ähnlich der gehaltlosen Schufferei im universitären Mittelbau, wo ja auch jeder unbezahlte Termin mitgenommen wird, weil alle anderen ja ebenfalls mitmachen. Oft lohnt es sich sogar, noch öfters auch nicht. Alle, so mein Eindruck, erkennen die Situation und finden sie abscheulich, selbst der Vorstand macht unbegründete Überstunden, doch der Alltag frisst einen auf. Es gibt einem verzaubernde Anerkennung

Ich hätte es nur schwer ertragen wenn ich bemerkt hätte, dass ich viel unproduktiver und damit teurer für das Unternehmen bin als meine Kolleg_innen.

Hinzu kommt aber noch ein wesentlich leiblicher Aspekt, da der Druck weniger von oben sondern von innen kommt. Das konkrete Arbeiten ist unter dieser Konstellation am ehesten vergleichbar mit einem guten Computerspiel. Ein permanent aufrechtzuerhaltener positiver Stress-Pegel befeuert die Konzentration, den *workflow*. Ähnlich wie bei einem Computerspiel steigert sich der Stress je näher die Deadline kommt und genauso wird auch die Zeit erfahren, sie vergeht wie im Fluge. Der Körper nimmt diesen Stress mit nach Hause und eine verpasste Bahn kann einen aggressiv und wütend machen, denn Nichtstun und warten müssen fühlt sich in dieser Kondition unerträglich an. Wird einmal dieser Stress-Modus internalisiert, ist es schwer von ihm loszukommen.

Angesichts dieser Gefühlslage erscheint es mir im Rückblick unmöglich, eine gemeinsame Opposition gegen die Geschäftsleitung herzustellen, eher lässt sich eine Opposition gegen einzelne unproduktivere Mitarbeiter_innen herstellen. Diese behindern ja ganz offenbar, weil an Kosten ablesbar, meine eigene Produktivität. Die Regierung und Disziplinierung des eigenen Selbst verläuft dabei nicht autark, sondern

richtet sich immer auch gegen die anderen Selbste, weil diese immer die Parameter für die Beurteilung der eigenen Produktivität bilden.

Wann kämpft die Zeit?

Ins Bewusstsein zu heben ist der Umstand, dass sich notwendig gegenläufige Interessen innerhalb der Belegschaft nicht in einer Repräsentation vertreten lassen. Die notwendig gegenläufigen Interessen sind hervorgerufen aus 1. dem Profitcenter, das die einzelnen Abteilungen des Unternehmens zu miteinander vertraglich verhandelnden Subunternehmen macht. 2. Aus den kleineren Betriebseinheiten in denen ein bestimmtes Gehaltsgefüge die wenigen einer Abteilung hoffen lässt, richtig aufzusteigen anstelle der in großen Einheiten übliche Verbundstrategie zur Durchsetzung von Interessen. 3. Die aus beiden vorherigen Punkten entstehende Selbstdisziplinierung zu höherer Produktivität, deren Parameter die Produktivität der direkten Kolleg_innen bzw. Konkurrent_innen bildet.

Die gemeinsame Assoziation in Hinblick auf Verbesserung der Arbeit erscheint mir nach diesen Erfahrungen nicht möglich. Wahrscheinlich müssen sich die Vorstände deshalb schon so Dinge wie Teambuilding-Maßnahmen einfallen lassen, von alleine stellt sich ein Team in diesen Strukturen nicht mehr her. Selbstverständlich könnten sich die

einzelnen Glieder der Produktionskette einer Agentur zusammenschließen und eine clevere Genossenschaft gründen, in der bestimmte Leute die Aufträge einholen und andere die restlichen Arbeitsschritte zum fertigen Produkt vollziehen. Diese Rechnung geht aber leider nicht auf, weil es da ja noch die Produktionsmittel gibt. Diese sind nach wie vor in der Hand derjenigen, die sich für diese Art der Organisation entschieden haben. Das führt aber unweigerlich zu der Frage, welche Form der Interessendurchsetzung den Burnout-Bionade-Biedermeier_innen noch bleibt, wenn es auf betrieblicher Ebene unmöglich erscheint?

Vor mehr als zehn Jahren erschien »Empire« von Hardt und Negri sowie wenig später »Der neue Geist des Kapitalismus« von Chiapello und Boltanski. Damit wurde zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts in den Geisteswissenschaften das neue Jahrhundert eingeleitet in dem der Kapitalismus, so beide Bücher, eine große kulturelle Veränderung offenbaren wird. Chiapello und Boltanski sehen in ihrer Kapitalismus-Analyse, infolge von netzwerkbasierter Projektarbeit sowie der damit zusammenhängenden konstruktiven Integration klassischer Kapitalismuskritik bezüglich individueller Freiheit, die kapitalistischen Logiken auf alle Lebensbereiche ausgeweitet und im Schein von Autonomie im Subjekt internalisiert. Hardt und Negri hingegen sehen in demselben Phänomen die Möglichkeit der Multitude: ebenfalls vernetzte Singularitäten deren Konvergenz in der weltweiten solidarischen Demokratisierung des Kapitalismus erkannt wird.

Nach Chiapello und Boltanski braucht es ein Zurück zu den alten stabilen und klaren Grenzen. Diese Position ist alleine deswegen schwer vertretbar, weil die gute, alte Zeit auch schon immer scheiße war. Es klingt in etwa so, als wenn erst mal beide Beine gebrochen sind, es leichter ist dem Humpeln von früher etwas abzugewinnen.

Bei Hardt und Negri hingegen sind auch beide Beine gebrochen, jedoch fährt der Rollstuhl ohne planbare Steuerung wie von selbst in die gute Demokratisierung. Die beiden Autoren behaupten ja in etwa, dass eine netzwerkbasierte globalisierte Demokratisierung, ohne Subjekt, automatisch entsteht.

Die Erfahrung aus der Agentur zeigt aber, dass es so einfach nicht ist. Soziale Netzwerke sind toll, sie können aber in einem Unternehmen nicht die divergierenden Interessenlagen homogenisieren. Gerne wird argumentiert, dass es eine unbestimmbare Eigenlogik politischer Prozesse gibt, in die es Hoffnungen zu setzen gilt. Das Warten auf Kairos und das damit zusammenhängende Zusehen wie alles noch weiter an Fahrt gewinnt, ist aber mittlerweile so alt wie der Kapitalismus selbst. Besser und perfider wurde durch diese strategische Hoffnung aber nur die Instrumentalisierung der Menschen unter die Logik des Kapitals.

Es erscheint, als dränge die Zeit auf Alternativen zum regressiven Zurück nach früher und zum »weiter so, es wird schon« das heilvolle unvorhersehbare Moment eintreten. Derweil gilt es den Pessimismus sichtbar und damit auch organisierbar zu machen.

Dominik Lux

PHASE 2 | 01/12
ZEITSCHRIFT GEGEN DIE REALITÄT.

FREUD'SCHES VERSPRECHEN
ZUM GESELLSCHAFTSKRITISCHEN POTENTIAL DER PSYCHOANALYSE

AUSGABE NR 41
enthält u.a.: **41**

OLIVER JELINSKI: »Subjektbegriff der Psychoanalyse«

CHRISTINE KIRCHHOFF: »Vermittlung und Lückenphobie«

Interview mit CHRISTOPH TÜRCKE

BLAIR TAYLOR: »Fallstricke der Occupy Wall Street-Bewegung«

TOP B3ERLIN: »Staatspleiten, Eurokrise und (k)ein Aufstand«

— PHASE2 ERSCHEINT ALLE 3 MONATE UND KOSTET 4 EURO
ABO: 5 AUSGABEN FÜR 18 EURO
---ABO@PHASE-ZWEI.ORG

PHASE 2 - ZEITSCHRIFT GEGEN DIE REALITÄT
BORNAISCHE STR. 3D - 04277 LEIPZIG

WWW.PHASE-ZWEI.ORG

Cognitive Enhancement

Wettbewerb und Selbstführung in der Leistungsgesellschaft

Seit ich begonnen habe über *Cognitive Enhancement* zu schreiben, die nichtinduzierte Einnahme sogenannter leistungssteigernder Medikamente, gibt es eine Reaktion, die ich von fast jedem_jeder bekomme, dem_der ich von meinem Thema erzähle. Meine Freund_innen, viele von Ihnen ebenfalls an der Uni, fragen augenzwinkernd: »Suchst du noch Proband_innen? Besorg mir Ritalin, dann kannst du ein Interview mit mir machen.« Attraktiv erscheinen Medikamente zur Leistungssteigerung vor allem jenen, die zeitsouverän Kopfarbeit verrichten und sich damit täglich selbst motivieren müssen. Da Medikamente wie Ritalin, Modafinil oder Adderall nicht klüger machen, sondern allenfalls wacher und konzentrierter, erhoffen sich Konsument_innen mehr Arbeit in gegebener Zeit verrichten zu können und in der Lage zu sein, länger ohne Pause zu arbeiten. Für das Ziel fokussiert zu bleiben, die Gedanken nicht abschweifen zu lassen und nicht alle zehn Minuten zu schauen, was es neues bei Facebook gibt, wären achtzig Prozent der Studierenden bereit Medikamente einzunehmen, sofern diese keine Nebenwirkungen hätten.¹

Man könnte nun entweder danach fragen, wie erstaunlich weit die Bereitschaft zur Anpassung an Leistungsimperative unter Studierenden verbreitet ist, oder danach, warum 20 Prozent der Studierenden keine Medikamente nehmen würden, die ihnen die Arbeit erleichterten und keine Nebenwirkungen hätten. Man könnte fragen, ob sich ein jugendkultureller Umbruch abzeichnet, wenn die begehrten Substanzen nicht mehr versprechen, Wahrnehmungen zu erweitern, für Rausch und Euphorie zu sorgen, sondern die Wahrnehmung zu verengen, um länger arbeiten zu können.

Neuroethik

Man könnte aber auch fragen, warum sich so viel Aufmerksamkeit auf ein Phänomen richtet, das - zumindest außerhalb der USA² - empirisch kaum verbreitet ist, und welches nicht einmal mit der Entwicklung tatsächlich neuer Medikamente zusammenhängt. Es hat den Anschein, als sei das Interesse an dem Thema nicht aus den Forendiskussionen von Jurastudent_innen in die Medien gelangt, sondern zu einem erheblichen Teil aus der akademischen Disziplin, die sich seit Beginn der 2000er Jahre Neuroethik nennt. Diese begründet die Notwendigkeit ihrer Existenz über die Bioethik hinaus



damit, dass die Neurowissenschaften, und damit Forschungen zu Möglichkeiten der Manipulation von Gehirnvorgängen, die Identität von Personen in besonderem Maße betreffen und damit eigene ethische Probleme entstehen lassen. Neuroethiker_innen entwickeln aber auch ethische Richtlinien für Neurointerventionen, von denen sie erwarten, dass sie in Zukunft möglich sein werden, wie zum Beispiel wirksame *Smart Pills* ohne Nebenwirkungen. Viele Pharmakolog_innen dagegen halten diese Entwicklungen für utopisch und tatsächlich enthält die ganze Debatte ein utopisches Moment, welches jedoch ausschließlich auf die Verbesserung des Individuums gerichtet ist. Die *Science and Technology Studies* beschäftigen sich in den letzten Jahren verstärkt mit den performativen Effekten von Erwartungen von wissenschaftlichen und technologischen Innovationen: »Such expectations can be seen to be fundamentally ›generative‹, they guide activities, provide structure and legitimation, attract interest and foster investment.«³ So könnte man im Fall der Neuroethik durchaus davon sprechen, dass sie an der Vorbereitung eines Marktes teilhat, deren Waren noch nicht existieren.

Eines der ethischen Probleme im Zusammenhang mit *Cognitive Enhancement* ist die Frage, ob es legitim ist, weil Ausdruck freier Wahl, die eigene Konzentrationsfähigkeit pharmakologisch zu steigern, oder im Gegenteil illegitim, weil dies den Wettbewerb verzerre. Die Analogie zu Doping im Sport hat hier einen hohen Stellenwert, wenn gefragt wird, ob die Medikamenteneinnahme nicht ›die Fairness des gesamten Spiels‹ unterminiere. Das Feld der Ethiker_innen, kann in Bezug auf Positionen zu *Neurocognitive Enhancement* in Konservative und Liberalisierer_innen unterteilt werden.

Die Konservativen

The President's Council on Bioethics, eine Bioethik-Kommission unter der Leitung von Leon Kass, die unter George W. Bush berufen wurde, veröffentlichte mit »Beyond Therapy«⁴ ein Buch, das verschiedene Formen von *Enhancement*-Technologien (genetische und pharmakologische) ethisch bewertet. Die ablehnende Haltung, die die Autor_innen allen



Enhancement-Maßnahmen gegenüber einnehmen, ist eine, die sich besonders aus der gesellschaftlichen Bedeutung von Leistung speist. Leon Kass und seine Kollegen sehen durch *Enhancement*-Technologien den intrinsischen Wert von Anstrengungen gefährdet. Neue biotechnologische Möglichkeiten zur Verbesserung der Muskeln, des Gehirns oder des Gen-Codes unterminieren die wahre Würde exzellenter menschlicher Leistungen⁵: «What is at stake here is the very meaning of human agency, the meaning of being at-work in the world, being *at work as myself* and being at-work in a *humanly excellent way*.»⁶

Es geht also um die Bedeutung von Arbeit, um Anstrengung mit dem Ziel authentisch erbrachter Leistung. Erfolge dürften nicht von den Leistungen abgetrennt werden, durch die sie angezeigt werden. Durch »pharmakologische Abkürzungen« würde der Motor menschlicher Entwicklung, der im Kampf um Anerkennung bestehe, untergraben.

pharmakologischen Calvinismus kritisieren.

Henry Greely, ein Rechtswissenschaftler aus Stanford und sechs seiner ebenfalls renommierten Kolleg_innen vertreten in einem viel besprochenen Beitrag im Wissenschaftsmagazin *Nature*⁷ die Position, dass der Zugang zu *Cognitive Enhancers*, sollten je potente Mittel entwickelt werden, liberalisiert werden solle. Versuche, sich selbst zu verbessern und Fähigkeiten zu erweitern, hätten die Menschen seit jeher unternommen. Es sei zwar wahrscheinlich, dass *Cognitive Enhancers* nicht allen gleichermaßen zur Verfügung stünden – ebenso wenig wie die meisten anderen Güter – aber die Gesellschaft sei ohnehin voller sozialer Ungleichheiten und dennoch würde kaum jemand Fortschritte in Gesundheit und Lebensqualität beschränken auf Grund der Gefahr ungerechter Verteilung. Im Gegensatz zu anderen ungleich verteilten Gütern, die Auswirkungen auf soziale Ungleichheit haben, wie gute Ernährung



Schließlich beruhe dieser Kampf auf Anstrengungen, die durch Medikamente überflüssig würden. In »Beyond Therapy« wird dieser intrinsische Wert von Leistung und Anstrengung, unabhängig vom Erfolg dieser Anstrengung als normative Ressource gesellschaftlicher Ordnung, verteidigt und als durch biotechnologische Eingriffe zu *Enhancement*zwecken bedroht erachtet. *Enhancement* ist dann nichts anderes als Betrug.

Die Liberalisierer_innen

Sowohl in den USA als auch in Deutschland wurden jeweils einflussreiche Positionspapiere von Gruppen von Ethiker_innen veröffentlicht, die man zum Lager der Liberalisierer_innen zählen kann. Sie intervenieren in die Debatte, um sich sowohl gegen den medialen Alarmismus als auch gegen eine konservative ethische Position zu wenden, die sie häufig mit dem Begriff des

und hochwertige Bildung, seien Medikamente sogar leichter gerecht zu verteilen.⁸ Die Autoren schlagen schlussendlich sogar vor, man könne, um Unfairness vorzubeugen, allen Prüflingen die Medikamente frei zur Verfügung stellen, ähnlich wie manche Schulen während Prüfungsphasen den Zugang zu Computern gewährleisteten.

Cognitive Enhancement in der Wettbewerbsgesellschaft

Während konservative Ethiker_innen von tatsächlich praktizierten *Enhancement*-Maßnahmen sprechen, beziehen sich die Liberalisierer_innen auf zukünftige Generationen von Pharmaka. Es zeigt sich dennoch, dass sowohl Konservative als auch Liberalisierer_innen fairem Wettbewerb eine große normative Bedeutung beimessen, jedoch uneinig sind, wie der Wettbewerb geschützt werden sollte: Ob Fairness dadurch gefährdet wird, dass Einzelne

unrechtmäßige Wettbewerbsvorteile erlangen, oder ob das Verbot von Mitteln zur Verbesserung der eigenen Konkurrenzfähigkeit ein zu starker Eingriff in die Freiheit der Einzelnen darstellt. Oder ob nicht die Einnahme von Medikamenten den Wettbewerb sogar gerechter gestalten kann, wenn jene mit »geringeren geistigen Kapazitäten« ihre Defizite pharmakologisch ausgleichen können.⁹

Die Doping-Analogie, die Feuilletonist_innen wie Neuroethiker_innen unabhängig von der beschränkten Wirksamkeit bestehender Medikamente gerne aufgreifen, konzeptualisiert Studieren, Arbeiten und Leben als sportlichen Wettkampf mit idealerweise gleichen Startbedingungen.

Im Anschluss an Foucault ließe sich die Einnahme von *Cognitive Enhancers* als Selbsttechnologie lesen, die eingebunden ist in aktuelle Subjektivierungsweisen. Während bei früheren Neuro-Interventionen die Adressat_innen zu passiven Objekten gemacht wurden, wie z.B. bei hirnchirurgischen Eingriffen wie der Lobotomie oder Zwangspsychiatrisierungen, sind heutige Neuro-Interventionen eher auf Formen der Selbstführung ausgerichtet und werden weniger aufgezwungen als nachgefragt.¹⁰ Dies ist besonders deutlich am Kampf um die Diagnose ADHS und dem damit verbundenen Recht auf ein Ritalinrezept, der von Eltern hyperaktiver Kinder ebenso geführt wird, wie von Erwachsenen mit Konzentrationsschwierigkeiten. Und wer hat die nicht?

Das Ausmaß der medialen Debatte, die parallel zum Aufkommen der Finanzkrise in den Feuilletons entbrannte und von großem Alarmismus geprägt war, legt nahe, dass nicht die empirische Verbreitung des Phänomens, sondern die damit verknüpften Phantasien die Gemüter erhitzten. Der Medizinanthropologe Nicolas Langlitz wirft eine interessante Perspektive auf das Phänomen, wenn er argumentiert, dass die normativ aufgeladene Diskussion um die gesellschaftlichen Folgen von *Neurocognitive Enhancement*-Maßnahmen Ausdruck einer spezifischen Angst der gegenwärtigen Mittelschicht vor einem größeren Ökonomisierungsdruck sei. Während diese in den 60er und 70er Jahren ihren Lebensstil von Hippies als Konsument_innen von Drogen wie Cannabis und LSD bedroht sah, seien es heute Manager_innen und Banker_innen, die Ängste der Mittelschicht vor steigendem Leistungsdruck hervorriefen.¹¹ Leistungssteigernde Medikamente stehen so für den Anpassungsdruck an sich verändernde Arbeits- und Zeitstrukturen und so mag sich in der Debatte um und im Begehren nach dem Medikament Ritalin ein Unbehagen in der Leistungsgesellschaft symbolisch verdichten.

Doch welche Leistung wird eigentlich gesteigert? Studierende erhoffen sich von einer Selbstmedikation mit ADHS- und Narkolepsiemedikamenten eine längere Aufmerksamkeitsspanne, eine Steigerung der Wachheit und des Antriebes. Die Wirksamkeit von Ritalin konnte bei ausgeschlafenen Proband_innen mit normalem Konzentrationsvermögen, bisher nicht klinisch nachgewiesen werden, obwohl meine Interviewpartner_innen eine konzentrationsfördernde Wirkung beschreiben. Modafinil, ein Narkolepsiemedikament, wirkt einer

Studie zufolge bei Übermüdung ungefähr wie 6 Tassen Kaffee. Adderall, das in den USA für ADHS und Narkolepsiepatienten zugelassen ist, wurde in meinen New Yorker Interviews als stark antriebssteigernd beschrieben: »You just wanna do things, no matter what«, ob es »Wäsche falten« oder »ein Paper schreiben« sei.

Wer über Chancengleichheit im Bildungssystem reden möchte, der braucht dazu keine Ritalindiskussion und wer eine Gesellschaft mit einem überhöhten Leistungsdenken beklagt, wird auch beunruhigendere Phänomene finden als Adderall nehmende College Student_innen. Die Kritik an *Cognitive Enhancement* hat sehr häufig einen biokonservativen Hintergrund und in der Selbstmedikation schlicht die Zurichtung der Subjekte zu sehen, die sich nun auch noch pharmakologisch dem Leistungsimperativ nichts als unterwerfen? Wenig überzeugend.

Es sind Arbeitsverhältnisse dort zu kritisieren, wo sie die Einzelnen zur Selbstmedikation drängen, und wir wissen darüber hinaus mit Foucault, dass auch konsensuelle Handlungsformen nicht per se frei von Herrschaftseffekten sind. Zeitsouveräne Arbeit macht andere Formen von Anstrengungen nötig, aber Medikamente als »pharmakologische Abkürzung« abzulehnen, würde es zunächst nötig machen, den intrinsischen Wert von Anstrengung zu begründen.

Greta Wagner

Noten

#1# So ist zumindest das Ergebnis einer Studie der Universität Mainz »Normalität, Normalisierung und Enhancement in den Neurowissenschaften: Ethische, soziokulturelle und neuropsychiatrische Aspekte von Cognitive Enhancement« <http://www.uni-mainz.de/presse/35207.php>

#2# In Deutschland nehmen unter einem Prozent der Studierenden Medikamente zur Leistungssteigerung, in den USA sind es ca 8 %.

#3# Mads Borup, Nik Brown, Kornelia Konrad und Harro van Lente: The Sociology of Expectations in Science and Technology, in: *Technology Analysis & Strategic Management*, Vol. 18, Nos. 3/4, 285–298, July–September 2006, S. 285f

#4# The President's Council on Bioethics: Beyond Therapy: Biotechnology and the pursuit of Happiness. Washington, D.C. 2003.

#5# Im Original: »the true dignity of excellent human activity«.

#6# Ebd. S. 141.

#7# Henry Greely, Barbara Sahakian, John Harris, Ronald C. Kessler, Michael Gazzaniga, Philip Campbell and Martha J. Farah: Towards responsible use of cognitive enhancing drugs by the healthy. *Nature*, Dec 2008; 456:18-25.

#8# Greely et al, ebd. S. 423.

#9# Vgl. Martha J. Farah, Judy Illes, Robert Cook-Deegan, Howard Gardner, Eric Kandel, Patricia King, Eric Parens, Barbara Sahakian and Paul Root Wolpe: Neurocognitive Enhancement: What can we do and what should we do? In: *Nature Reviews Neuroscience Volume 5*, May 2004.

#10# Vgl. Petra Schaper-Rinkel: Die neurowissenschaftliche Gouvernementalität. Re-Konfigurationen von Geschlecht zwischen Formbarkeit, Abschaffung und Re-Essentialisierung. In: Irene Dölling, Dorothea Dornhof, Karin Esders, Corinna Genschel und Sabine Hark (Hg.): Transformationen von Wissen, Mensch und Geschlecht. Transdisziplinäre Interventionen. Königstein, Taunus 2007, S. 96.

#11# Langlitz, Nicolas: »Das Gehirn ist kein Muskel.« *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 3.1.2010, S. 52.



Unwirkliche Post-Moderne¹

– kapitalisierte Zeit und die Vernichtung der
Abweichung

I Exposition des Endes

Die Gegenwart als Epoche zu begreifen mag auf den ersten Blick schwer fallen, da doch permanente Krise sich abwechselt mit Stabilitätspakten, Rettungsschirmen und vermeintlichen Ruhephasen, die Veränderung mitunter so schnell geht, dass sich gar nichts ändert. Die historische Zeit nähert sich der leeren Zeit immer mehr an, die Beschleunigung tendiert dazu, so schnell zu werden, dass alles nurmehr still steht. Dies steht jedoch im Widerspruch zur Bestimmung als Epoche, denn Stillstellung bedeutet die Sistierung der Gegenwart und ihre Perpetuierung als Ewigkeit – Epochen hingegen haben ein Ende. Insofern scheint Emmerich Nyikos zunächst Recht zu haben, wenn er irgendwo feststellt, dass die Versperrung des Auswegs schon in der Bezeichnung Post-Moderne steckt, denn post ist kein ante, der Vorschein auf ein Mögliches Anderes ist verschwunden. Allerdings wäre dies zu spezifizieren, denn das ante, das im post steckte, wurde ins post integriert und unschädlich gemacht. Wie bei jedem Epochenübergang gab es eine kurze offene Situation, ein Aufblitzen des Ante, das aber in der Radikalisierung der historischen Zeit einer allumfassenden Identifizierung wich. Gegen die Unterstellung unter die Zwecke der sich selbst perpetuierenden Vergangenheit des unendlichen Leidens und die allumfassende Identifizierung trat an der Schwelle zur Post-Moderne eine Bewegung an, die, mit Rimbaud im Kopf und der Gitarre in der Hand, sich selbst zur »Blank Generation« (Richard Hell and the Voidoids, 1977) erklärte. In der Umgebung von *Flop Houses*, den Elendsäußerungen inmitten der hochmodernen Urbanität, wurde dem Kleinbürgertum des Suburbanen der Kampf angesagt mit konsequent antiidentitärer Haltung und gelebter Hybridität. Die Ablehnung der Identifizierung brachte negativ einen Kosmopolitismus hervor, der sich unter dem Bewusstsein von Auschwitz – auf die jüdischen Wurzeln des Punk wies Beeber (2008) hin – als Bewusstsein, dass es keinen Ort gibt, der der Identifizierung entgeht, darstellte. Dies Sichersein war das Gewährwerden der Bedrohung durch Identität. Die Musik, selbst teilweise bedrohlich in Klang und Performance wie bei Suicide, war das Moment der Entortung, der Zurückweisung der Unterstellung unter fremde Zwecke durch die Zeit; es schien für einen kurzen historischen Augenblick die Möglichkeit von Emanzipation unter den Bedingungen

globalisierter und effektiverer Warenförmigkeit und allumfassender Identifizierung »nach Weltuntergang« (Adorno 1951, 60) auf. Das Ende dieses Aufscheinens fiel fast zusammen mit dem Siegeszug des Begriffs »Postmoderne«; mit der US-Tour der Sex Pistols 1978 und dem Erscheinen des »Postmodernen Wissens« von Lyotard (1979). Durch die Integration des ante ins post wurde das Andere von jedem Schein entkleidet, es wäre auch noch was Anderes. Reinster Ausdruck ist die Entwicklung der Zeit: So wie Thompson die Durchsetzung der Zeit des Kapitals sozialgeschichtlich in Differenz zu vorgängigen Zeitformen, die sich in abweichendem Verhalten und Widerstand reproduzierten, beschrieben hat, müsste die Geschichte des Kapitals sozialgeschichtlich als permanenter Prozess ursprünglicher Akkumulation der Anpassung an seine Zeit aufgefasst werden.

II Geschwindigkeit und Raserei

»Die Geschichte ist Gegenstand einer Konstruktion, deren Ort nicht die homogene und leere Zeit sondern die von Jetztzeit erfüllte bildet.« (Benjamin 1974, 701)

Dem Kapital immanent war schon immer die Tendenz zur Verzeitlichung der Handlungen. Marx beschreibt dies insbesondere als Übergang von der formellen zur realen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital, die Organisation der Kooperation unter den Imperativen der abstrakten Arbeitszeit als Substanz des Werts. »Die Zeit ist alles, der Mensch ist nichts mehr, er ist höchstens noch die Verkörperung der Zeit.« (MEW 4, 85) Die Subsumtion der Menschen unter die Zeit drückte sich in der Kooperation der modernen Industrie aus, in der auf der Ebene der Fabrik die Räume, d.h. im speziellen die Zeit, die es brauchte, etwas von a nach b zu bringen, so weit verringert wurden, dass eine Kooperation der Gleichzeitigkeit ermöglicht wurde (siehe MEW 23, 341ff.). Diese Entwicklung kulminierte bekanntermaßen im Fließband; gleichzeitig wurde die Zeitersparnis durch die möglichst große Reduktion körperlicher Bewegung auf einen Handgriff erweitert. Doch nicht vergessen werden darf, dass die Entwicklung der Industrie hin zur tayloristisch-fordistischen Kooperation von einer Tendenz begleitet wurde, das gesamte Leben der homogenen Zeit anzupassen. Das Kapital bedeutete nicht einfach ökonomisch Neues, sondern vielmehr eine neue Konstellation von Macht, Herrschaft und Ausbeutung, von Individuum und Allgemeinheit, die als Raketenantrieb für die Aufhäufung des Reichtums in Form von Waren (als Produktionsmitteln) und damit als Aufhäufung sowohl der Möglichkeit der Suspendierung der Menschheit vom Reich der Notwendigkeit als auch der Trümmer des menschlichen Leidens. Die immer neue Zusammensetzung von Produktionsmitteln aus diesen beiden Elementen ist Ausdruck der spezifischen Form geistiger Arbeit und ihrer Verknüpfung mit Herrschaft. So wie geistige Arbeit geronnen in der Maschine den Arbeiter_innen entgegentritt und deren Bewegungen kontrolliert, so kontrolliert geistige Arbeit als Planung des konkreten Produktionsprozesses die Zusammensetzung der

Körper und deren Funktionieren. Sie ist hier Kontrolle über die Körper im Raum, deren Zusammensetzung durch die Imperative homogener, leerer Zeit bestimmt wird. Doch auch die Verknüpfung der einzelnen Produktionseinheiten zu einem gesellschaftlichen Ganzen durch die Etablierung der Vermittlung über herrschaftlich organisierte Apparate als öffentlicher Gewalt ist Teil des zur Gesellschaft gerinnenden Prozesses. Die Unterwerfung des Körpers unter die Zeit des Kapitals findet historisch nicht allein in den Produktionsstätten statt; vielmehr erprobt sich jene in den Institutionen der Klöster, Akademien, Schulen, Hospitale, Gefängnisse. Dies betrifft sowohl den nach strikten Regeln organisierten Alltag in den Benediktiner_innenklöstern, wie auch die jede noch so kleine Bewegung unterwerfende Form des militärischen Exerzierens und das Zusammentreffen von



beidem in der Prüfung. Die fein ziselierte Zerlegung jeder Regung in zu kontrollierende Bewegungen in bestimmter Zeit nähert die Körperbewegungen der leeren Zeit an. Jene historische Phase, sowohl von Marx als auch Foucault beschrieben, zeigt sich im Nachhinein daher als jene, in der es darum ging, die homogene als bestimmende der historischen Zeit durchzusetzen und zum Maßstab aller Tätigkeit zu machen. So setzte sich ihre Dialektik in Gang; so musste also erst eine Verbindung des Raumes mit der neuen Zeit geschaffen werden; immer mehr Raum musste erobert und unterworfen werden. Homolog zur Unterwerfung des Körpers unter den Zeitimperativ war daher der Kolonialismus als außenpolitisch-militärische Entsprechung inklusive der Entwicklung des modernen Rassismus als Form der Gewalt gegen eine Abweichung, die aus der Gewalt begründet, das produzierte Andere als natur- und triebhaft und nicht der modernen Zeit unterworfen begriff – werttheoretisch ausgedrückt, sich auf dem Weltmarkt nicht als Arbeitskraft zu ihrem Wert verkaufen konnte aufgrund der militärischen Gewalt. Wissenschaftlich untermauert wurden körperliche Phänomene zur Begründung von Abweichung und zur Legitimation von Gewalt. Diese Bewegung fand ihren Höhepunkt schließlich im »Volk ohne Raum«, wobei der Höhepunkt zugleich einen Umschlag markiert: die Obsession des Raumes einer mythisch verklärten Vergangenheit, in

der Arbeit, Boden und Raum in eins verschmelzen und reaktionär die »alte Zeit« zur nur durch Krieg und Vernichtung zu erreichenden Zukunft wird.

Nachdem dieser (Alb)Traum 1945 gestoppt wurde, war die Zeit der Raumeroberung durch die Verfestigung der Welt in zwei Großblöcke schließlich vorbei. Im Folgenden entwickelten sich die Deutschen, nach einem großen Essay von Lothar Baier, zu Vorreiter_innen einer Bewegung, die gegenwärtig zu sich selbst kommt: dem Imperialismus der Zeit. Die Nachkriegszeit war nicht nur durch die territoriale Fixierung der beiden Großblöcke gekennzeichnet, sondern auch durch die endgültige Durchsetzung des Fordismus. Erst im so genannten Wirtschaftswunder vollendete sich die »innere Landnahme« (Burkhard Lutz), welche die verunmöglichte äußere Expansion zunächst ablöste. Doch auch die innere Landnahme stieß an ihre Grenzen, unter anderem auch durch hegemoniale Arbeitsverhältnisse, die sich als zu statisch und unflexibel erwiesen, als die Akkumulation stockte. Die innere Landnahme verabschiedete sich vom Raum und forcierte die oben beschriebene Unterwerfung des Körpers unter die Zeit als Verlagerung der totalen Institution auf die gesamte Gesellschaft. Der Raum hat als Ziel der (Kapital) Expansion ausgedient: »Die Zeit ist jetzt der Raum der Expansion« (Baier 1990, 51). Hierbei hebt sich die Tradition der Obrigkeitshörigkeit in Deutschland, historisch zurückgehend auf ein spezifisches Verhältnis der Intellektuellen zu den Staatsapparaten, die als das allgemein vernünftige gegen den individualistisch grundierten Egoismus des Besitzbürgertums betrachtet



wurden, auf in der führerlosen Anpassung an die homogene, leere Zeit. War die von Hannah Arendt beobachtete Geschäftigkeit, mit der die Deutschen kurz nach dem Krieg in den Ruinen umherwuselten, schon eine Flucht vor der unmittelbaren nationalsozialistischen Vergangenheit, so konstituierte sich die Beschleunigung im Antrieb der Flucht in der Zeit. Diese spezifische Beschleunigung orchestrierte perfekt die Flexibilisierung des Individuums, die Maßgabe des tendenziell absoluten Konformismus; die historische Tragödie eingedenk, dass gerade die emanzipatorisch angetretene Bewegung von '68 dazu beitrug, die Starrheit aufzubrechen, auch

wenn die passive Revolution nun nicht ihr selbst vollkommen angelastet werden kann. Die neue Form von Subjektivität der beschleunigten Anpassung rüttelte an der Basis des Subjekts schlechthin. Es fällt dabei in der Rückschau die Gleichzeitigkeit auf, mit der Theoretiker_innen verschiedener Theoriestränge dies in den jeweils eigenen Überlegungen erkannten. Sowohl Althusser, Foucault als auch Krahl haben dies auf ihre jeweils spezifische Art zu begreifen gesucht. Während Althusser die Subjektconstitution als »Anrufung« und die Freiheit des Subjekts als »Illusion« begriff (1977), wurde bei Foucault das Subjekt zweifach unterworfen, unter äußere Kontrolle wie der eigenen Identität (1994, 246f). Während bei beiden Autoren diese Beobachtung ontologisch grundiert wurde, versuchte Krahl eine historische Bestimmung, indem er von der Feststellung ausging, dass sich das »Reproduktionssystem des organisierten Kapitalismus toto genere« (1977, 119) subjektiviere. Dadurch werde Subjektivität »an sich selbst heteronom« (ebd.). Die Angleichung der Ausrichtung des gesamten Lebens nach Maßgabe der leeren Zeit bringt die historische Zeit tendenziell zum Verschwinden; die historische Zeit als »Ort« der Abweichung wird negiert in der unbedingten Mobilität und Flexibilität. Damit erhält die Dialektik der Identität des Subjekts eine qualitative Wendung: Identität als in kapitalistischen Verhältnissen notwendig für Autonomie und gleichzeitig als Ausdruck der Identifizierung und Herrschaft wird zum Zwang der permanenten Veränderung von Identität; das Werden, notwendig immanent einer lebendigen Identität, wird zur einzigen Konstante, Nichtidentität wird eingesaugt und der Identität selbst unterworfen – Subjektivität nurmehr als flexible Körperuhr der Kapitalakkumulation. Menschliche Praxis wird identisch mit der leeren Zeit. Dies ist der Tiefengrund der Theorie des Verlusts der Möglichkeit von Erfahrung und der Entsubjektivierung. Geschichte als historische Jetztzeit stellt sich in der Geschwindigkeit soweit still, dass es tatsächlich keine Geschichte mehr gibt, sondern nur noch erfahrungsloses Leiden.

III Verlust der Kontingenz durch Auslöschung der Abweichung

»Es regnet.« (Althusser 2010, 21)

Um die intellektuelle Bearbeitung des Problems der Angleichung der homogenen an die historische Zeit (bzw. umgekehrt) zu betrachten, lohnt sich ein kurzer Blick auf die Ränder der intellektuellen Reflexion der Welt, so wie es beim Punk zu Beginn angedeutet wurde. Konnte 1964 der (nun ja, nicht wirklich am Rand der Kulturindustrie beheimatete) Bob Dylan hoffnungsvoll »The times they are a-changing« singen, so war dies nach dem kurzen Jahr der Revolte und dem Ende des Fordismus und dessen Aufhebung in der schlechten Selbstperpetuierung der Unvernunft bald vorbei. Auch der Punk war in gewisser Weise voller Hoffnung – trotz »no future«. Allerdings überdauerte auch nur Letzteres und nicht die Hoffnung. Später, in den 1990er Jahren, reflektierte sich die Wende auf die Integration der Devianz in das Funktionieren ebenfalls

in den Rändern der aus dem Punk entstandenen Musik. Hatte ästhetisch vorher die gesteigerte Wut sich in immer stärkere Formen des *Tough-Guy*-Machismo im Hardcore gesteigert, die deshalb das Bestehende vielmehr nachahmte, als ihm etwas entgegenzusetzen, so setzte eine Gegenbewegung ein, die unbewusst die gesellschaftliche Tendenz ästhetisch wendete. An die Stelle der Wut trat Verzweiflung und anstelle platter Anklagen das eigene Leid. Es war dies die Entwicklung des Emocore, und darin die Ränder, in denen Hardcore, Emo und Metal sich mischten und auch Langsamkeit und Monotonie zum Stilmittel erhoben wurden, was im Sludge- und Doomcore gegenwärtig von Bands wie Corrupted (beispielsweise im 70-Minuten-Song »El Mundo Frio«) auf die Spitze getrieben wird. Deren Monotonie, nebenbei, reflektiert die Beschleunigung der Reproduktion des Immergleichen und dessen Verfestigung in zäher, harter Langsamkeit und deren Brutalität. In der Wendung auf den Ausdruck des eigenen Leidens ist genau der Verlust des ante im post eingedacht und zugleich die negierte Hoffnung aufgehoben als wiederum selbst negative. 1996 drückte die Band Zorn dies folgendermaßen aus: »Wir haben das Stadium Null erreicht. Die Zeit hat ihren Glanz längst verloren.« Diese Zeilen bilden den Anfang des Titels »durch schmerz, in stein«, der als den einzigen Ausweg aus dem Schmerz die vollkommene Verhärtung anklagt. Schon ein paar Jahre früher stellten Neurosis fest: »the healing touch of time has abandoned me« (1992); die Zeit hat ihre Wirkung der Veränderung verloren, die Abweichung als Möglichkeit der substantiellen Veränderung hat ausgedient – die Befreiung wird als negative festgehalten. Die Zeit »reißt« nur noch »neue Wunden« (fitptds), »every god damn thing« ist die Hölle, »even flowers disgust« (Khanate 2009) Die Bewegung an den Rändern der Musik, Verzweiflung, wenn man so will als einzige Möglichkeit der Artikulation von Nichtidentität unter dem irrwitzig beschleunigten Zwang zur Identität, auszudrücken, interpretiere ich hier daher einigermaßen gewagt anhand weniger Textbausteine als Reflexion einer objektiven gesellschaftlichen Tendenz. Am anderen Rand der Kulturindustrie wird diese Tendenz noch offensichtlicher, vor allem als Apologie der choreographierten Körperdisziplin in Tanzbattleshows, in denen Tanzcrews nichts als die Perfektionierung der Herrschaft über jede kleinste Regung des Körpers in jeder Millisekunde zelebrieren. Diese Perfektion ist Sinnbild der Herrschaft der Zeit über Wege, die so schnell beschritten werden, dass sie tendenziell als Hindernis abdanken. Was für den einzelnen Körper gilt, der sich dermaßen diszipliniert und dem Imperativ des Gegebenen unterworfen hat, dass er keine Veränderung mehr erlaubt, gilt schließlich auch für die globale Produktion. Der Verunmöglichung der Möglichkeit körperlicher Abweichung vom vorgegebenen Bewegungspfad entspricht die Vernichtung des Raums durch die Zeit im gesellschaftlichen Zusammenhang, von der Marx schon in den Grundrissen sprach (MEW 42, 445). Es entwickelt sich tendenziell ein Zustand, der die Dynamik des Kapitals belastet und der so etwas wie ein dialektischer Umschlag in einen Negativzustand einer vorkapitalistischen Subsistenzproduktion bedeutet.

Hierfür ein kleiner Umweg. Wege sind Vermittlungen der Kontingenz, können Hindernisse beinhalten, Verknüpfungen herstellen, abgezweigt werden. Wird ein Weg beschritten, ist das Ziel zwar klar, jedoch ist durch die Dauer des Beschreitens ein Kompendium des Zufalls ermöglicht, der neue Begegnungen schafft wie verhindert. Die Schaffung des Neuen, die Umwälzung, die gebaute Umwelt des *capital fixe* und ihre permanente Revolutionierung, all das ist durch den Weg vermittelt, der dafür zurückgelegt werden muss. Wege sind zielführend und Abweichung zugleich. Dies ist der von Marx festgemachte Unterschied zu anderen Produktionsweisen, die nicht auf Wege angewiesen sind. »In den ursprünglichen asiatischen, self-sustaining Gemeinwesen einerseits kein Bedürfnis nach Wegen; andererseits hält der Mangel derselben sie fest in ihrer Abgeschlossenheit und bildet daher ein wesentliches Moment ihrer unveränderten Fortdauer (...)« (ebd. 431). Doch jetzt das andere Extrem. Der Raum wird durch die Zeit vernichtet, es gibt daher keine Wege mehr, da der Raum nicht mehr durchschritten werden muss – auch wenn dies selbstverständlich nur eine Tendenz zeichnet, die nicht absolut eintreten kann.² Dennoch liegt es allein in der Tendenz, dass das Ende der Wege genauso eine Abgeschlossenheit und Unverändertheit anzeigen, wie das weglose *self-sustaining* Gemeinwesen. Mit dem Wegfall der Vermittlung steigt der Druck der Unmittelbarkeit, der selbst nur virtuell unmittelbar ist. Die Körper und ihre Anordnung verschwinden in der Zeit, aber nur, um umso brutaler den Imperativen



der Wertvergesellschaftung zu folgen. Die Menschen regnen wie Epikurs Atomregen, den der späte Althusser (2010) als Ausgangspunkt zur Begründung eines aleatorischen Materialismus nimmt, um die Kontingenz als Zentrum des Materialismus zu bestimmen – eine verzweifelte Reaktion auf deren Verschwinden – als Parallelen durch die Zeit. Die gesellschaftliche Verunmöglichung der Abweichung, die in der Anpassung jeder denkbaren Bewegung an die leere Zeit begründet liegt, führt dazu, dass die Gesellschaft als Verhältnis der Subjekte sich durch die Verhältnisse der Subjekte, die in Parallelen sich bewegen, als Totalität schließt. Andererseits liegt genau in der tendenziellen Verabsolutierung der Parallelität die Möglichkeit, bei kleinster Abweichung

eine Kettenreaktion auszulösen, einen Bruch zu erzeugen. Doch ein Bruch wäre nur einer, der als Möglichkeit erfahren werden könnte und nicht reine Angst produzieren würde, die nur zur erfahrungslosen Aktion der gewaltsamen Wiederherstellung der Parallelität führen würde. Ist daher in der Angleichung der historischen an die leere Zeit der Verlust der Erfahrungsmöglichkeit beschlossen, dann ergibt sich ein unlösbares Dilemma; sogar und gerade die »Notbremse« (Benjamin) oder der »Sprung aus dem Fortschritt« (Horkheimer) wären als Auswege versperrt: das post trägt kein ante mehr in sich, was auf ein Anderes verweisen könnte – das ante ist nur mehr, wie oben anhand marginaler Musik angedeutet, das ante neuen, verstärkten, Leidens.



IV Selbstvermessen: die wissenschaftliche Intelligenz und die Aufgabe der Intellektuellen

»Denn die Sache ist nicht in ihrem Zwecke erschöpft, sondern in ihrer Ausführung, noch ist das Resultat das wirkliche Ganze, sondern es zusammen mit seinem Werden; der Zweck für sich ist das unlebendige Allgemeine, wie die Tendenz das bloße Treiben, das seiner Wirklichkeit noch entbehrt, und das nackte Resultat ist der Leichnam, der die Tendenz hinter sich gelassen« (Hegel 1806, 13).

Das Problem, was sich aufwirft, verschärft sich, wird das gesellschaftlich produzierte Potential der Kritik des tendenziell kontingenzlosen Zustands betrachtet: das organisierte Denken. Der innere Widerspruch des als Wissenschaft organisierten Denkens bestand seit Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse aufgrund der spezifischen Teilung geistiger und körperlicher Arbeit in der herrschaftlichen Strukturiertheit mit der Aufgabe der Verwaltung des Staats, der Erzeugung einer statistisch erfassten Bevölkerung etc., und gleichzeitig der Erzeugung der Potentialität einer Kritik der öffentlichen Gewalt. Insbesondere installierte sich in diesem Widerspruch eine spezifische »bildungsgeschichtliche Zeit« (Krahl 1977, 240), die notwendig als Widerstand gegen die Subsumtion unter kapitalisierte Zeit fungieren muss. Dieser Widerspruch

prozessiert historisch in mehreren Dimensionen: erstens in der Konstitution der Wissenschaft als Produktivkraft und verdinglicht im Produktionsmittel als Kapital, worin zugleich die Verallgemeinerung des produktiven Wissens liegt. Darin eingeschrieben ist Innovationsnotwendigkeit, mit den Mitteln des Bestehenden über das Bestehende hinaus zu denken, sofort allerdings wieder eingefangen vom Bestehenden. Zweitens erscheint der Widerspruch in Auseinandersetzungen über das Verhältnis von Philosophie und Einzelwissenschaften, von Kants Streit der Fakultäten bis zu Adornos Positivismuskritik. Drittens prozessiert der Widerspruch innerhalb der Gesellschaftswissenschaften selbst, im Verhältnis ihrer Vernaturwissenschaftlichung und Kritik derselben. Jener Prozess ist nichts Neues. Schon Hegel kritisierte das Ergebnis einzelwissenschaftlicher Departmentalisierung mit ihren begriffslosen Fakten als »Tabelle, die einem Skelette mit angeklebten Zettelchen oder den Reihen verschlossener Büchsen mit ihren aufgehefteten Etiketten in einer Gewürzkrämerbude gleicht« (Hegel 1806, 50). Die Angleichung der Wissenschaft insgesamt an die Gewürzkrämerbude, bzw. heute eher an den Wal Mart, hat in den gesellschaftlichen Transformationen der letzten Jahrzehnte eine neue Qualität erreicht, welche die bildungsgeschichtliche Zeit überhaupt angreift und zum Verschwinden bringt. Der von Krahl antizipierte Prozess der Kolonisierung aller Wissenschaft durch die methodologischen Verfahrensweisen der unmittelbar produktiven Wissenschaft (1977, 340f.) hat seinen Höhepunkt durch die kompetitive Ausrichtung erreicht, der die quantitative Ergebnisforschung, die kulturindustrielle Stereotypie, als absoluten Maßstab inthronisiert.

»[D]ie qualitative Zeit bildungsgeschichtlicher Reflexion (...) wird zugunsten der Anpassung geistiger Arbeit an die quantitativen und enthistorisierten Normen des Wertmaßstabes der Arbeitszeit eliminiert« (ebd.). Er hegte allerdings noch die Hoffnung, dass darin »auch die wissenschaftlichen Produzenten die Produkte ihrer Arbeit als gegenständliche und feindliche Macht des Kapitals begreifen und sich selbst als ausgebeutet wissen« (ebd. 341). Entgegen dieser Hoffnung hat sich inzwischen ein System des Konformismus gebildet, das Ausdruck im allgemein akzeptierten Qualitätsmanagement wissenschaftlicher Erkenntnis gefunden hat. Die Rundumkontrolle wissenschaftlicher Arbeit durch Qualitätsmanagement ist nichts anderes als die Überwachung der Einhaltung der Normmaßgaben abstrakter Arbeit, und selbst die Apologet_innen versuchen noch nicht mal, wenigstens einen ideologischen Schein aufrechtzuerhalten: »In der Tat weiß derzeit niemand mit Sicherheit zu sagen, was genau ein hochschuladäquates QM-System ausmacht« (Nickel 2007, 40); Hauptsache solche Verfahren haben schöne Namen wie *Total-Quality-Management*. Die verschiedenen Messverfahren wie Bibliometrie oder Evaluationen, das permanente gegenseitige Begutachten in *peer-review*-Verfahren, all das führt nicht nur zu einer permanenten Selbstkontrolle, sondern zur unternehmerischen Planung von Forschungsprozessen, bei denen im Prinzip das Ergebnis vorher feststehen muss. Jegliche Abweichung bedeutet den Ausschluss

aus den relevanten Publikationsplattformen, wobei dortige Publikation wiederum Maß für Qualität ist. Durch die Notwendigkeit viel zu publizieren, führt dies zu einer Portionierung der Ergebnisse, um in immergleichen Artikeln das Immergleiche etwas anders darzustellen. Die Messung wissenschaftlicher Erkenntnis zerstört jegliche Erkenntnismöglichkeit, denn durch permanente Selbstvermessung und -verwaltung wird jeglicher Erkenntnisprozess von Kontingenzen gereinigt und damit a priori still gestellt. Zusätzlich bekommen so nur die konformistischsten Wissenschaftler_innen Chancen auf Stellen. Diese Zerstörung der Abweichungsmöglichkeit ist im Kern die vollständige Angleichung organisierten Denkens an die leere Zeit. Die Anpassung an die leere Zeit entleert das Denken und reduziert es auf bloße Wiedergabe quantifizierbarer Erscheinungen und fördert die Bewusstlosigkeit: Die unternehmerische Hochschule ist, zugespitzt, nichts als ein Faktendiscounter, in dem jeglicher Gedanke an Vermittlung in den als exzellent ausgepreisten und sorgfältig drapierten Forschungshäppchen ausgetrieben ist. Komplettiert wird das alles von einer Organisation der Lehre, die Forschungsprodukte zum einpacken und -packen anbietet und dabei die qualitative Zeit bildungsgeschichtlicher Prozesse vollends still stellt. Solche Verdinglichung ist Negation jeglichen Prozesses und nichts anderes als Verkündung der Unwahrheit, die, da sie Gesellschaft als gesellschaftlichen Prozess nicht mehr begreifen kann, das Bestehende als ewige Notwendigkeit perpetuiert. Darum sind die Wissenschaften an der Entwirklichung der Welt beteiligt, indem sie das, was bar jeder Notwendigkeit ist, aufrechterhalten, und jeglichen Gedanken an die Notwendigkeit der Veränderung verhindern. Da nun nur in der qualitativen Zeit der bildungsgeschichtlichen Reflexion die Möglichkeit liegt, Erfahrungen im emphatischen Sinne zu machen und damit einen Bruch mit der Spirale von Angst und Sehnsucht nach Autorität zu erzeugen, der über sich selbst hinausweist, müsste die Unterwerfung unter die leere Zeit als der Zwang kritisiert und bekämpft werden, der er ist. Die Nichtexistenz einer gesellschaftsverändernden Kraft, die der Inversion der Zeit, die zur autoritären Implosion der Gesellschaft führt und die Irrationalität als reine Notwendigkeit setzt – was der tiefere Grund für die verschiedenen beobachtbaren Formen eines postmodernisierten Protofaschismus in Europa ist – etwas Wirksames entgegensetzen kann, darf nicht zur Aufgabe der letzten Möglichkeiten von Kritik führen. Vielmehr wären die Turmuhren zu suchen, die kaputt zu schießen wären, um wenigstens symbolisch die negative Zeitspirale zu brechen.

Daniel Keil

Noten

#1# Um gleich einem Missverständnis vorzubeugen: unter Post-Moderne wird hier nicht eine bestimmte Theorie verstanden, sondern die gegenwärtige Gesellschaftsformation; es ist eher ein Hilfsbegriff und intendiert keinesfalls unsinniges Theoriebashing.

#2# Vor allem zeigt sich gleichzeitig zum Verschwinden des Raums eine Tendenz zur Vervielfältigung irregulärer Wege in den Durchgängen des Kapitals und an den Grenzen der Metropolen. Allerdings

stellen sie sich als komplementär zur anderen Tendenz dar, da ihre Regulation vor allem durch unmittelbare Gewalt gekennzeichnet ist. Unmittelbare Gewalt trifft alle, die nicht dem Geforderten entsprechen. Dem Wegfall der Vermittlung durch Wege entspricht der Wegfall des Rechts als Vermittlung von Herrschaft. Paradoxe Weise wird allerdings die oben benannte Tendenz darin ausgedrückt, dass sich die Wege der Warenströme ebenfalls vervielfältigen und dort neue Potentialität für Kontingenz entstehen könnte, wenn sie unterbrochen werden; die Wege der Warenströme andererseits zeichnen sich dadurch aus, dass sie gewaltförmig so flankiert werden, dass Störungen möglichst ausgeschlossen werden und die Zeit des Durchschreitens minimiert wird.

Txt:

Adorno, Theodor W. 1951: *Minima Moralia*. Reflexionen aus dem beschädigten Leben, in: ders.: *Gesammelte Schriften* Bd.4, Frankfurt am Main.

Althusser, Louis 1977: *Ideologie und ideologische Staatsapparate*, in: ders.: *Marxismus und Ideologie*, Westberlin.

Althusser, Louis 2010: *Materialismus der Begegnung*, Zürich.

Baier, Lothar 1990: *Volk ohne Zeit*. Essay über das eilige Vaterland, Berlin.

Beebe, Steven Lee 2008: *Die Heebie-Jeebies im CBGB's*. Die jüdischen Wurzeln des Punk, Mainz.

Benjamin, Walter 1974: *Über den Begriff der Geschichte*, in: ders.: *Gesammelte Schriften* Bd. 1.2, Frankfurt am Main.

Foucault, Michel 1994: *Warum ich Macht untersuche: die Frage des Subjekts*, in: Dreyfus, Hubert L./Paul Rabinow: *Michel Foucault*. Jenseits von Strukturalismus und Hermeneutik, Weinheim.

Hegel, G.W.F. 1806: *Phänomenologie des Geistes*, in: ders.: *Werke* Bd.3, Frankfurt am Main.

Krahl, Hans-Jürgen 1977: *Konstitution und Klassenkampf*, Frankfurt am Main.

Marx, Karl: *Das Elend der Philosophie*, in: MEW, 4.

Marx, Karl: *Das Kapital* Bd.1, in: MEW, 23.

Marx, Karl: *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, in: MEW, 42.

Nickel, Sigrun 2007: *Institutionelle QM-Systeme in Universitäten und Fachhochschulen*. Konzepte – Instrumente – Umsetzung, CHE (Centrum für Hochschulentwicklung gGmbH), Arbeitspapier Nr. 94, Gütersloh 2007, S. 82, in: www.che.de/downloads/CHE_QM_Studie_AP94.pdf

Nyikos, Emmerich 2010: *Vorschlag die Waffen der Kritik betreffend*. Was ist zu tun, um den geistigen Luftraum zurückzuerobern?, in: <http://www.streifzuege.org/2010/vorschlag-die-waffen-der-kritik-betreffend>

Music:

The times they are a-changing – Bob Dylan (1964, s/t)

Corrupted – El Mundo Frio (2005)

Fear is the path to the dark side – zeit reißt neue wunden (Album: only the dead have seen the end of war)

Khanate – every god damn thing (Album: Clean Hands go foul, 2009)

Neurosis – to crawl under one's skin (Album: souls at zero)

Richard Hell and the Voidoids – Blank Generation (Album:s/t, 1977)

Zorn – durch schmerz, in stein (Album: ...denn alle Lust will Ewigkeit, 1996)



Zum anti-geschichtlichen Protest Jean Améry's

Das Problem Auschwitz besteht nicht darin, ob wir sozusagen einen Schlußstrich darunter ziehen oder nicht; ob wir es im Gedächtnis bewahren sollten oder in der entsprechenden Schublade der Geschichte versenken; ob wir für die Millionen von Ermordeten Mahnmale errichten und wie sie beschaffen sein sollten. Das wirkliche Problem Auschwitz besteht darin, daß es geschehen ist und daß wir an dieser Tatsache mit dem besten, aber auch mit dem schlechtesten Willen nichts ändern können.

Imre Kertesz, 2002

Wenn nun die Vergangenheitspolitik der Berliner Republik endgültig und international etabliert ist, über die letzten zwanzig Jahre betriebene moralische Aufrüstung der Bundesrepublik also abgeschlossen ist, stellt sich die Frage, was von der Aufarbeitung der Vergangenheit noch bleibt: Nachdem der kritische Glamour von der Chiffre Auschwitz abblätterte, läßt mehr und mehr auch der schulterklopfende Konsens nach, irgendwie leiste man etwas, wenn man der Pflicht zur Erinnerung nachkomme.

Zu dieser Gelegenheit ist der vielbeachtete Band »Gefühlte Opfer« von Ulrike Jureit und Christian Schneider erschienen, eine Kritik an der Eingemeindung der Opfer, deren Grund eine bis dato von Ich-fremden moralischem Druck geprägte Erinnerungskultur sei. Dagegen wendet sich das Buch mit dem »Plädoyer, den erinnerungspolitischen Diskurs aus seiner von Über-Ich-Positionen bestimmten Form zu befreien. Denn nur als Ich-Leistung, die sich durch kritische Realitätsprüfung auszeichnet, wird so etwas wie *Trauer in der Geschichte* überhaupt vorstellbar.« (Jureit/Schneider 2010: 16) An dem Buch ließe sich einiges diskutieren, hier soll es nur als Stichwortgeber dienen: Denn das, was in der Kritik an der Berliner Republik häufig als eine subtilere Form der Schuldabwehr und damit als Kontinuität zum bundesrepublikanischen Schweigen über den antisemitischen Massenmord hervorgehoben wurde, begreifen Jureit und Schneider als für die Erinnerung der zweiten Generation paradigmatisches Erlösungsversprechen, das aufzugeben wäre.

Nun scheint solche Kritik bereits deutlich überholt – verspricht man sich die Erlösung doch längst nicht mehr, sondern versichert sich ihrer Einlösung. Ein Beispiel hierfür mag die Verdauung der Schriften Jean Améry's sein. Dafür muss man nicht erst auf solche Kuriositäten zurückgreifen wie die Gedenk-

Homepage der Plettenberger Protestanten, die doch tatsächlich ein Améry-Zitat unter eine Liste gefallener Wehrmachtsoldaten setzen und es damit zum »Versöhnungs- und Friedensspruch« degradieren. Doch auch der Klett-Cotta-Verlag wirbt für die in den letzten Jahren erschienene Werkausgabe mit dem Zitat einer Rezension aus der *Frankfurter Rundschau*: »Die Zukunft wird Jean Améry zu den Gründungsvätern der Bundesrepublik zählen.« (Rutschky 2008: o.S.) Dabei war doch gerade Améry der Denker der Unversöhnlichkeit, der in seinem 1966 erschienenen Band »Jenseits von Schuld und Sühne« unter dem Titel »Ressentiments« nicht etwa eine Analyse des erfahrenen Antisemitismus anstellte, sondern versuchte, seine Unfähigkeit zur Versöhnung mit den Deutschen als eine »sowohl moralisch als auch geschichtlich der gesunden Geradheit gegenüber ranghöhere Form des Menschlichen« (Améry 2002a: 127) zu erhellen.

Der Rezensent Michael Rutschky beansprucht jedoch ausgerechnet besagten Essay als eine Art Gründungsdokument für jene »Bundesrepublik, die in den sechziger Jahren zu entstehen begann und von der todtraurigen, manisch fleißigen, hitzig um Vergessen und Normalisierung bemühten der Restaurationsperiode sich abhob.« (ebd.) Er folgt damit einer Geschichtsschreibung, auf die man sich mittlerweile nicht ganz grundlos, aber mit verdächtiger Einvernehmlichkeit, geeinigt hat: Die *bleierne Zeit* der frühen Bundesrepublik wurde durch die Neue Linke revoltierend dynamisiert und das auf den Weg gebrachte neue Deutschland ist in Berlin schließlich zu sich selbst gekommen. Ordnet man Amérys Essay hier ein, dann sind es Umstände wie »die bis dahin undenkbbare Kanonisierung von Auschwitz« (ebd.) und die Tatsache, »dass eine die DDR enthaltende Bundesrepublik in ihrer Hauptstadt ein monumentales Denkmal zur Erinnerung an die ermordeten Juden« (ebd.) errichtet hat, die den Konsens das Ressentiment in voller Würdigung kassieren lassen.

Um solcherart würdigenden Absichten zu widersprechen, die sich in der Abgrenzung gegen alte Reaktionäre gefallen, wäre vielleicht einmal die Nachsicht herauszustreichen, mit der Améry, schon vor der Revolte, der Bundesrepublik *auch* begegnet. Denn er beginnt seinen Essay mit Einsichten wie der, Deutschland gebe »der Welt nicht nur das Beispiel wirtschaftlicher Blüte, sondern auch demokratischer Stabilität und politischer Mäßigkeit.« (Améry 2002a: 119) Beim deutschen Publikum setzt er keineswegs nur aggressive Abwehr voraus, sondern notiert ein »gedämpftes Verständnis für meinen reaktiven Groll« (ebd.): »Was kann unsereins denn auch mehr verlangen, als daß deutsche Zeitungen und Funkstationen uns die Möglichkeit einräumen, deutschen Menschen grobe Taktlosigkeiten zu sagen und sich hierfür honorieren zu lassen?« (ebd.: 146)

Solchen Konzessionen ans Publikum mag man zustimmen oder nicht, hier seien sie als Eingrenzung verstanden. Denn Améry selbst beruhigt sich bei solch nachsichtigem Verständnis seiner Ressentiments gerade nicht:

»Meine Aufgabe wäre leichter, wollte ich das Problem abdrängen in den Bereich der politischen Polemik. (...) Ressentiments, so würde sich dann ergeben, sind in den Opfern lebendig, weil auf der öffentlichen Szene Westdeutschlands immer noch Persönlichkeiten agieren, die den Peinigern nahestanden, weil trotz der Verlängerung der Verjährungsfrist für Schwere-Kriegsverbrechen die Verbrecher eine gute Chance haben, in Ehren alt zu werden und uns (...) zu überdauern. Was aber wäre mit solcher Polemik gewonnen? So gut wie nichts.« (ebd.: 120)

Améry hat zwar solche Polemik durchaus geübt, gerade auch gegen Altbraune wie den Tagebuchschreiber Speer. Nur hier finden die Ressentiments offenbar



nicht ihren Grund und gehen nicht auf in der Anklage prominenter Nationalsozialist_innen und Henker_innen. »Die Sache der Gerechtigkeit« - Améry denkt wohl an die zuvor begonnenen Auschwitzprozesse - »wurde von ehrenhaften Deutschen in unserem Namen geführt, besser, nachdrücklicher, auch vernunftvoller, als wir es selbst zu tun vermöchten. Mir aber geht es gar nicht um eine in diesem geschichtlichen Einzelfall ohnehin nur hypothetische Gerechtigkeit.« (ebd.: 120f.)

Trotz solchen Entgegenkommens lösen sich die Ressentiments also nicht auf und Améry lässt keineswegs in der Sache nach: Er beharrt auf dem, was er »andeutend die Kollektivschuld«¹ (ebd.: 134) nennt, der Tatsache also, dass sich die deutsche Bevölkerung im Nationalsozialismus nicht von Volksgemeinschaft und der Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden trennen lässt. Und er weiß, dass solch schlechterdings nicht zu sühnende Schuld weder durch barbarische Rache zu tilgen wäre, noch gerichtlich bearbeitbar ist. Weit davon entfernt bloß in politischen und juristischen Kategorien zu denken, zielen die Ressentiments offenbar noch auf etwas anderes, das

sich gesellschaftlicher Handhabe entzieht: Denn zuallererst bezeugen die Ressentiments die Erfahrung des Opfers.

An Amérys Verhältnis zum von Rutschky ausgemachten geistigen Aufbruch wird vielleicht noch deutlicher, dass sich das Ressentiment nicht bloß an die Endmoränen des Nationalsozialismus heftet und die in den 60ern anhebende nationale Katharsis keineswegs als ihr Sinn verstanden werden kann.

Im Buch »Unmeisterliche Wanderjahre« von 1971 befindet sich auch das Kapitel »Expeditionen jenseits des Rheins«, als welche der in Brüssel lebende Améry seine Reisen in und durch die BRD verstand. Darin formuliert er seine Irritation über die »geistige

»Durchaus wäre es unsinnig gewesen zu sagen, sie hätten verdrängt und hätten nicht auch Zeit gefunden, mitten im Vorwärtsrasen, gewisse Unbeschreiblichkeiten so nebenbei noch zu verarbeiten. Sie taten es mit der Gründlichkeit, die sie auszeichnet vor den Völkern der Erde. Sie machten tabula rasa, zeichneten ihr Ich von gestern - oder Vaters, Großvaters Ich - nach dem Simplicissimus-Permaneder-Modell² und lachten sich eins: so blöde war einstens man hierzulande, weiß Gott, es war ein Jammer! Auch so gemein (denn mitnichten entzogen sie sich der moralischen Diskussion). Doch das ist abgetan. Wir kennen unsere Faschisten, seid unbesorgt und kehrt vor eigenen Türen. (...) So, sagte ich. Und: Natürlich, lieber Herr, verehrte Dame, entschuldigen Sie die Einmischung. Bitterkeit, die sich immer wieder eindringt in deine Zeugenschaft und sie verfärbt. Es könnte ja beinahe so aussehen als hätte man dich arrogant im Vorzimmer verabschiedet. Das Gegenteil war doch der Fall. Allerwegen ließ man dich höflich vor, zeigt sogar überstürzte Bereitschaft, dich aufzunehmen. (...) Ich gebe zu: die Leute waren, sind, so anständig, wie man das nur hat sein können. Nachher. Und das Rennen war nicht nur ihr Talent, sondern auch das über sie verhängte Geschick. Daß sie auf meinesgleichen nicht warten konnten, liegt im Tempo, das ihnen vorgeschrieben war von der Geschichte.« (Améry 2002b: 304ff)

Hier wird das Unbehagen an einer »Kanonisierung von Auschwitz« deutlich, die nicht zum von Améry erhofften Selbstmisstrauen führt: Obwohl ihre Moral dem Sachzwang entspringt, endet sie in überlegener Selbstgewissheit. Fern vom zufriedenen Stolz des Gründungsvaters beschließt Améry die »Expeditionen« mit den eigenartigen Sätzen: »Deutschland gibt es nicht, flüsterte ich, entgegen der Tatsachen allgemeiner Erfahrung. (...) Ich hielt ein und dachte die einzige, zwar nicht erhärtbare, aber als Evidenz von mir erspürte Wahrheit: Mich gibt es nicht. – Welche Erleichterung – quel soulagement.« (ebd.: 321) Denn im unter diesen Umständen auch von ihm fragten »Veteranenschwatz« (ebd.: 305) findet sich die Erfahrung nicht wieder, auf der Améry mit seinen Ressentiments beharrt.

Er wehrt sich scharf dagegen, diese Erfahrung des Opfers als traumatische Last psychologisch abzutun. Die »Bewältigungsversuche eines Überwältigten« – so der Untertitel von »Jenseits von Schuld und Sühne« – erhalten in der Reihe vorliegender Überlebendenliteratur auch insofern ihre Besonderheit als Zeugnis des Intellektuellen, als sie sich beständig im Widerspruch zwischen der Inkommensurabilität der Erfahrung und philosophischer Reflexion bewegen (Vgl. Scheit 2006 und 1998). Améry betreibt dabei weder Faschismustheorie, noch liefert er einen Überlebendenbericht, sondern schreibt stets als »der Gefangene ... der moralischen Wahrheit des Konflikts« (Améry 2002a: 130).

Insofern sie aber von der Erfahrung der Untat herrühren, lassen sich die Ressentiments nicht an Zustand und Verfassung der Deutschen messen. Die Ressentiments beruhigen sich weder bei



Geschäftigkeit, die an Realisation und Potential der ökonomischen kaum nachstand« (Améry 2002b: 301f) und deren »Büchergebirge« Deutschland nach dem wirtschaftlichen Wunder auch zu intellektuellem Status verhalfen. Was ihm dabei »zur großen Überraschung wurde, war die zugleich erleichternde und fremdartige Tatsache, daß dieses Landes in Betracht kommende Köpfe nach links hin ausgerichtet waren.« (ebd.: 306)

Zur Neuen Linken, das ist vielleicht bekannt, stand Améry auch deshalb in einem angespannten Verhältnis, weil er sich genötigt sah, mit Verve dem 1967 aufflammenden Antizionismus zu widersprechen, in dem der Antisemitismus enthalten ist »wie das Gewitter in der Wolke« (Améry 2005: 133). Der Ruck im deutschen Zeitgeist brachte aber dennoch – oder besser: gerade deshalb – das Vermögen mit sich, mit der Vergangenheit fertig zu werden. Die »Expeditionen«, die man wie einen Nachtrag zu den »Ressentiments« lesen kann, nehmen dabei sämtliche Motive einer Kritik vorweg, die in den letzten Jahrzehnten an der Berliner Republik geübt wurde:



Westintegration noch bei linksintellektueller Wende – und ihren von Améry beanspruchten moralischen Rang wird man auch durch ein monumentales Mahnmal nicht entkräften können. Améry ist also auch insofern Gefangener der moralischen Wahrheit, als sich seine Ressentiments gar nicht aus der Welt schaffen lassen: »Es ist meinem Nachdenken nicht unentdeckt geblieben, daß das Ressentiment nicht nur ein widernatürlicher, sondern auch ein logisch widersprüchlicher Zustand ist. Es nagelt jeden von uns fest ans Kreuz seiner zerstörten Vergangenheit. Absurd fordert es, das Irreversible solle umgekehrt, das Ereignis unereignet gemacht werden.« (ebd.: 128)

Dieser logisch widersprüchliche Kern der Ressentiments, dessen sich Améry ja bewusst ist, wäre einmal als ihr Stachel ernst zu nehmen: dass die Bedingung ihrer Gültigkeit nicht die unausgesetzte Identität der Deutschen mit der Volksgemeinschaft ist. Denn damit ist keineswegs gesagt, dass Améry nicht doch einen Anspruch an sie binden würde: »Das Erlebnis der Verfolgung war im letzten Grunde das einer äußersten *Einsamkeit*. Um die Erlösung aus dem noch immer andauernden Verlassensein von damals geht es mir.« (ebd.: 131) Ein Anspruch, der aufs Innerste an ihrer absurden Forderung hängt.

In den »Expeditionen« kehrt nun auch ein Motiv wieder, das in der Rezeption eine eher untergeordnete Rolle gespielt hat. Hier reflektiert Améry genau den Widerspruch zwischen der Verfassung der Deutschen und seinem anti-deutschen Ressentiment:

»Der Grenzstreifen zwischen den Guten und den Bösen war vielleicht in der spezifischen Beleuchtung der Zeit von Drittem Reich und Exil auszunehmen, während andere Zeitlichter andere optische Effekte erzeugten.

Jeu de mirages. (...) Verlaß ist nur auf die Zeit als den Agenten der Verwandlung, Zeit die man aber nur mit Gewaltamkeit dem Begriff geschichtlichen Werdens gleichsetzen kann. Das Richtige wird als solches bestimmt von der jeweiligen Gegenwart: das Heute hat allerwegen recht gegen das Gestern. Gib hin die emotionell fixierten Systeme, die schon zur *idée fixe* sich tödlich kristallisieren. Sie taugen nichts mehr. (...) Ein Rest ist *Widerstand*. Die Utopie und das Prinzip Hoffnung sind rückwärts projizierbar. Darf ich denken und handeln auf das hin, was sein soll, dann darf ich auch zumindest erwägen, was hätte sein müssen. Menschenwürde ist der Aufstand gegen ein so und so Gegebenes, ist aber auch die Revolte wider ein schon ins Sein eingesunkenes Vergangenes. Widerstand ist erlaubt nicht nur gegen das, was geschieht; auch was geschah, muß nicht hingenommen werden.« (Améry 2002b: 313)

Der der Logik widersprechende Kern der »Ressentiments« liegt also in ihrem Bezug auf Zeit, Widerstand. Was das bedeutet, wird drastisch deutlich in der harschen Abgrenzung Amérys gegen andere Überlebende, die sich in Sachen Versöhnung und Begegnung engagieren:

»Wer seine Individualität aufgehen läßt in der Gesellschaft und sich nur als Funktion des Sozialen verstehen kann, der Stumpffühlige und Indifferente also, vergibt in der Tat. Er läßt das Geschehene gelassen sein, was es war. Er läßt, wie das Volk sagt, die Zeit seine Wunden heilen. Sein Zeitgefühl ist nicht ver-rückt, will sagen: nicht herausgerückt aus dem biologisch-sozialen Bereich in den moralischen.« (Améry 2002a: 132)

Die Ressentiments aber, die sich dem Wundheilungsprozess verweigern, brechen aus genau diesem biologisch-sozialen Zeitgefühl aus, in dem sich Naturtatsache und gesellschaftlicher Zweck liieren. Der Widerspruch des Ressentiments ist deshalb keiner, der in den Irrsinn abgeleitet, sondern es ist der Bruch mit dem Sachzwang zugunsten des Moralischen:

»Recht und Vorrecht des Menschen ist es, daß er sich nicht einverstanden erklärt mit jedem natürlichen Geschehen, also auch nicht mit dem biologischen Zuwachsen der Zeit. Was geschah, geschah: der Satz ist ebenso wahr wie er moral- und geistfeindlich ist. Sittliche Widerstandskraft enthält den Protest, die Revolte gegen das Wirkliche, das nur vernünftig ist, solange es moralisch ist. Der sittliche Mensch fordert Aufhebung der Zeit - im besonderen, hier zur Rede stehenden Fall: durch Festnagelung des Untäters an seine Untat. Mit ihr mag er bei vollzogener moralischer Zeitumkehrung als Mitmensch dem Opfer zugesellt sein.« (ebd.: 133f)

Der sittliche Mensch fordert Aufhebung der Zeit: So ist es also gelungen, die Ressentiments, die Unfähigkeit zur Versöhnung ins schöne Licht von Moral zu rücken?

Améry, der ohne Zweifel zu den Unversöhnlichsten gehört und sich vehement aller Sinnstiftung verweigert, argumentiert im gleichen Atemzug mit Begriffen, die nach Auschwitz einen schalen Klang bekommen haben: Moral, Utopie, Menschenwürde, Sittlichkeit.

Amérys Humanismus beweist sich aber daran, dass er nicht in das menschelnde Versöhnungspathos einstimmt, das die Menschen so nimmt wie sie sind, sondern eine Idee als Maß hat, nach der sie sich von Natur- und Sachzwang emanzipieren können und moralisch in Verantwortung zu nehmen sind – sich also nicht der Zeit als Agentin der Versöhnung überlassen müssen. Gegen solche falsche Versöhnung hält das Ressentiment den Bruch der Allgemeinheit fest, auf die diese Begriffe sich sämtlichst beziehen, letztlich die der Menschheit. Der Gegensatz von Täter_innen und Opfern ist nicht vermittelbar, weil er sich durch genau diesen Bruch vollzieht: Der Mitmensch ist zum »Gegen-Menschen«³ (ebd.: 131) geworden. Der Titel »Jenseits von Schuld und Sühne« drückt das gut aus, der ja gerade nicht Schuld, sondern ihr Jenseits meint: Der Bezug auf ein Allgemeines, der eine irgendwie äquivalente Sühne noch zuließe ist unmöglich. Das Ressentiment richtet sich insofern weniger auf Erbschuld, sondern darauf, ausgerechnet die Deutschen zum Medium der Versöhnung zu machen.

Gleichzeitig rekurriert Améry aber auf eine moralische Verantwortung, die selbst von einer Idee des Guten, letztlich der Versöhnung angetrieben sein muss. In diesem Sinne ist auch der womöglich trendsetzenden Forderung von Jureit und Schneider nach reiner »Ich-Leistung, die sich durch kritische Realitätsprüfung auszeichnet«, mindestens aber einem ihrer Fluchtpunkte zu misstrauen. Gegenüber der nüchternen Realitätsprüfung des restlos aufgeklärten Ich ist noch die naive Erlösungssuche, sogar Abwehr als subjektiver Impuls realitätsgerechter: Flucht aus einer Welt in der man Auschwitz als Tatsache und

Möglichkeit anzuerkennen hat.

Deshalb ist das Ressentiment nicht so absurd, wie es scheinen mag. Améry richtet sich gegen beide Formen gesellschaftlicher Handhabung des Problems Auschwitz: Abgeklärte Aufklärung historischer Fakten wie Lösung durch rituelle Versöhnung. Wo die Ergebnisse in geschichtliche Sinnlosigkeit so gut mit kollektiver Sinnstiftung einhergeht, da hält das Ressentiment den Widerspruch fest: Die Vergegenwärtigung des Bruchs in den Kategorien, vor denen Moral noch Sinn macht, wie deren Erhalt im Protest.

Die Frage, wozu heute noch anti-geschichtlicher Protest nötig sei, ist dabei ebenso schwer zu beantworten wie offenkundiger Unsinn. Seine Notwendigkeit resultiert aus dem Problem, das mit Auschwitz hinterlassen wurde, und richtet sich nicht nach dem Stand deutscher Vergangenheitsbewältigung: »Es geht euch nichts an, was geschah, denn ihr wußtet nicht oder wart zu jung oder nicht einmal auf dieser Welt? Ihr hättet sehen müssen und eure Jugend ist kein Freibrief und brecht mit eurem Vater.« (ebd.: 170)

Johannes Rhein

Noten

#1# Es hat sich durchgesetzt, den Vorwurf der Kollektivschuld nicht als tatsächlich vorgetragenen, sondern als Phantom deutscher Abwehrstrategien zu begreifen. Améry legt gewissermaßen den Finger auf den wunden Punkt dieser Verneinung und versucht den Begriff »vor seiner Anwendung zu entmythisieren und zu demystifizieren« (ebd.: 135).

#2# Améry spielt hier auf eine Karikatur aus dem *Simplicissimus* an, die Modell für die Figur des Herrn Permaneder in den »Buddenbrooks« gewesen sein soll. Man mag sich hier den bierbäuchigen Stammtischspeißer vorstellen.

#3# Der Begriff des Gegen-Menschen verweist unmittelbar auf das Tortur-Kapitel, in dem Améry die »mörderische Selbstrealisierung« als Essenz des Nationalsozialismus begreift. Vgl.: Scheit (2006): 107ff.

Literatur:

- Jean Améry (2002a): Jenseits von Schuld und Sühne. Bewältigungsversuche eines Überwältigten. In: Werke. Bd. 2, Gerhard Scheit (Hg.), Stuttgart, S. 7-177

- ders. (2002b): Unmeisterliche Wanderjahre. In: Werke. Bd. 2, a.a.O., S. 179-349

- ders. (2005): Der ehrbare Antisemitismus. In: Werke. Bd. 7, Stephan Steiner (Hg.), Stuttgart, S. 131-140

- Ulrike Jureit/Christian Schneider (2010): Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung. Stuttgart

- Imre Kertész (2002): Heureka! Rede zum Nobelpreis für Literatur. URL: http://nobelprize.org/nobel_prizes/literature/laureates/2002/kertesz-lecture-g.html (17.3.2011)

- Michael Rutschky (2008): Dunkel strahlender Ruhm. In: *Frankfurter Rundschau*, 28.6.2008. URL: <http://www.fr-online.de/kultur/dunkelstrahlender-ruhm/-/1472786/3320832/-/index.html> (6.3.2011)

- Gerhard Scheit (2002): Nachwort zu Jenseits von Schuld und Sühne. In: Werke Bd. 2, a.a.O., S. 629-692

- ders. (1998): Antideutsche Ressentiments. In: *Bahamas* Nr. 27/1998. URL: <http://redaktion-bahamas.org/auswahl/web06.html> (23.2.2011)

- ders. (2006): Dialektik und Erfahrung. Jean Améry, Theodor W. Adorno und der kategorische Imperativ nach Auschwitz. In: Stephan Grigat (Hg.): Feindaufklärung und Reeducation. Freiburg, S. 99-114



diskus
50

darin

It's the economist,
stupid!

Joseph Vogls »Das Gespenst des Kapitals«

»Wie viele Neoliberale braucht man, um eine Glühbirne einzuschrauben? Keinen: das regelt der Markt von ganz alleine.« Die Vorliebe der liberalen Ökonom_innen für derart seltsame Selbsttätigkeiten »des Marktes« hat in der Tat seinen eigenen Glühbirnenwitz verdient. Viel mehr noch aber verdient diese Vorliebe kritische Aufmerksamkeit, handelt es sich doch bei der modernen Ökonomie (im doppelten Sinne von wissenschaftlicher Disziplin und dessen Gegenstandsbereich) um ein sehr vertracktes Ding. Denn man kann über derartige Marktmythen so viel lachen wie man will, bestreiten lässt sich kaum, dass es etwas im gegenwärtigen ökonomischen Geschehen gibt, das uns beständig über den Kopf wächst, dabei aber immer häufiger im Dunkeln stehen lässt. Joseph Vogl widmet sich dieser vertrackten Situation und bedient sich dabei einer Figur, die vor allem aus der Gedankenwelt von Marx bekannt ist (das Gespenst), platziert sie aber geschickt in der Welt des ökonomischen Liberalismus, in der Welt des Kapitals, um dort ihre dekonstruktive Arbeit zu tun: Das Gespenst des Kapitals.

Ausgehend von Marx berühmten Ausführungen zum Fetisch wurde die Gespenstfigur immer wieder in Anschlag gebracht, um der eigentümlichen Verselbstständigung des ökonomischen Geschehens gegenüber den ökonomischen Akteur_innen im Kapitalismus Rechnung zu tragen. Ökonomische Vorgänge gehen nicht in den wohlüberlegten Tauschhandlungen einzelner Marktteilnehmer_innen auf, sondern entwickeln eine Eigendynamik, die sich »über den Köpfen« oder »hinter dem Rücken« der ökonomischen Akteur_innen vollzieht. Nicht nur für Marxist_innen, sondern genauso auch für bürgerliche Ökonom_innen (Adam Smiths »unsichtbare Hand«) oder auch in der Systemtheorie, besteht in dieser Eigenschaft des ökonomischen Geschehens aber gerade der Grund, warum man das Ökonomische als eigenständiges, auf die ein oder andere Weise gesetzmäßiges Ganzes betrachten und beschreiben kann. »Die Ökonomie« kann jetzt als abgrenzbarer Gegenstandsbereich einer wissenschaftlichen Beobach-

Lünette



tung ausgesetzt werden, die sich an der epistemologischen Rigorosität der Naturwissenschaften orientieren kann. Das Gespenst wird dadurch zu einem wissenschaftlichen Objekt, dessen Regularitäten bestimmbar und dessen zukünftige Verläufe prognostizierbar sind. Das wiederum ermöglicht es, die Ökonomie als politisches Objekt, als politische Ökonomie zum Bereich zu stilisieren, der vor Eingriffen geschützt werden muss bzw. als Zielscheibe von Intervention und Sozialreform aufzurichten. Dadurch wird das Unheimliche des Gespenstischen wieder heimisch gemacht, das Gespenst nur beschworen, um es zu beherrschen. Der Spuk ist aus. *Exit the Ghost*.

All das ändert sich, wenn man wie Vogl die Figur des Gespensts auf die epistemologischen Beherrschungsversuche selbst anwendet, wenn man versucht »zu verstehen, wie die moderne Finanzökonomie eine Welt zu verstehen versucht, die durch sie selbst hervorgebracht wurde.« (S. 8). »Die Ökonomie« selbst, also das ökonomische Geschehen als eigengesetzliches System, wird dadurch grundsätzlich in Frage gestellt. In den Vordergrund rückt dagegen die Analyse der Performativität von ökonomischen Modellen, »calculative devices« (Callon) und Finanztechnologien, die jüngst von einer erneuerten ökonomischen Soziologie gefordert, die sich nicht mehr damit zufrieden gibt den Geist der Ökonomie – dessen kulturelle und normative Verwurzelung im »Sozialen« – zu thematisieren. Tatsächlich kann man darin die Möglichkeit einer Erneuerung der marxistischen Kritik der politischen Ökonomie sehen, die im anspruchsvollen Sinne stets Kritik im Doppelsinn einer Kritik an dem Wirklichkeitsausschnitt »politische Ökonomie« und einer Kritik an der wissenschaftlichen Disziplin »politische Ökonomie« und deren Wahrheitsansprüchen ist.

Vogl vollzieht seine Kritik als dann doch ziemlich große historische Erzählung über die Begründung und vor allem die Begründungsschwierigkeiten der »liberalen Oikodizee« welche die »Konsistenz einer möglichen Welt« (S. 55) verhandelt und damit ökonomische Ordnung nicht nur beschreibt (bzw. konstatiert), sondern auch vom Stapel lässt (bzw. performiert). Zentrales Kennzeichen dieser Oikodizee ist für Vogl die Konzeptualisierung des Marktes als selbstregulatives System, das von sich aus stets zum Gleichgewicht tendiert – für Vogl die »Idylle des Marktes«. Diese Idylle des Marktes wird aber immer wieder von den Gespenstern des Kapitals oder vielmehr von dem Gespenst des Kapitals schlechthin – der Zeit – heimgesucht.

Aber der Reihe nach: Vogl erzählt gleichsam in der Dramaturgie eines Kondratjew-Zyklus den Aufstieg und Fall der Markt-idyllen, d.h. des Konzepts ökonomischen Gleichgewichts. Für den klassischen Liberalismus war der Markt vor allem ein Mechanismus einen Ausgleich zwischen den maßlosen Interessen der Marktteilnehmer_innen und damit zwischen Angebot und Nachfrage herzustellen. Gerade diese ökonomischen Gleichgewichtsannahmen sorgen für die epistemische Konsistenz des Gegenstandes Ökonomie. Der Markt galt daher als eine natürliche Ordnung schlechthin, seine Gesetze gleichen denen der Physik (zweites

Kapitel). Durch die Einführung des Kreditgeldes wird das geschlossene System des Gleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage in der Zeitdimension geöffnet und damit die Gleichgewichtsannahme, das Systemische und Eigengesetzliche in Frage gestellt »Das Zeitmoment des Kredits ist damit nicht nur zu einem neuen Kriterium, sondern zu einer Fragwürdigkeit ökonomischen Wissens geworden, an der die atemporalen Verhältnisse von Tausch und Gegentausch, geschlossenem Kreis, Ausgleich und Gegenseitigkeit zerfallen.« (S. 82) (drittes Kapitel). Diese Öffnung in der Zeitdimension führte dazu, dass im 20. Jahrhundert ein bestimmter Physikalismus bzw. Naturalismus des Ökonomischen zerbrochen ist und fortan Wege gesucht wurden das ökonomische Gleichgewicht politisch bzw. finanzmarkttechnisch her- und sicherzustellen. Bretton-Woods, also die Einführung des Goldstandards, war ein früher Versuch sich gegen fluktuierende Wechselkurse und damit eine wesentliche Kontingenz des immer wichtiger werdenden Welthandels zu schützen. »Was von nun an nominell als goldbasiert, real als Gold-Dollar-System gelten sollte, war wiederum mit der Hypothese eines elementaren Gleichgewichts verknüpft, das auf dem korrigierenden Austausch von Geld und Gold beruht.« (S. 85). Nach dem Niedergang von Bretton-Woods versprachen finanzökonomische Techniken, dass gerade die Spekulation auf die Zukunft zum stabilisierenden und äquilibrierenden Faktor gemacht werden könne. Jedes »realwirtschaftliche« Geschäft sollte mit einem Terminhandel auf den Finanzmärkten *hedged*, also vor Währungsschwankungen und sonstigen temporalen Unsicherheiten gesichert werden. Die Finanzmärkte sollten so die Idylle des Marktes genau mit den Mitteln sichern – Zukunftsspekulation – die diese Idylle bedrohten; wir haben hier gleichsam die immunitäre Wendung der ökonomischen Gesundheits- und Normalisierungspolitik. Die Finanzmärkte wurden zu den idealen und effizienten Märkten schlechthin stilisiert. Gleichzeitig versprach das Risikokalkulationsmodell Black-Scholes mit mathematischen Mitteln Risiken effektiv erkennen, bewerten und so unschädlich machen zu können. Die statistisch-probabilistische Magie der Normalverteilung, die das Black-Scholes Modell informierte, konnte so zu dem wissenschaftlichen Modell werden, das den Physikalismus des 19. Jahrhunderts ablöste. Mit der jüngsten Finanzkrise sind jedoch auch diese Versprechen der Finanztechnologie fragwürdig geworden. So zeigte sich, dass gerade die Versuche Risiken mit spekulativen Geschäften zu zähmen bzw. zu *hedge*n schließlich zu der massiven Akkumulation von Risiken führte, die schließlich jene finanzökonomischen »Ereignisstürme« 2007ff. bewirkten, die sie doch eigentlich verhindern sollten. »Die Versicherung oder *securitization* künftiger Ereignisfolgen ist als Einbruch unbeherrschbarer Kontingenz wiedergekehrt, und die Technologien zur Kontrolle, zur Kolonisierung oder Entfuturisierung der Zukunft haben das Künftige auf unvorhergesehene Weise hier und jetzt zum Ereignis gemacht. Ein Wiedergängertum besonderer Art: Das Gespenst des Kapitals kommt stets aus seiner eigenen

Zukunft.« (172).

In diesem Zitat zeigt sich das Kernargument von Vogl. Das Gespenstische des Kapitals liegt in der Performativität finanzökonomischer Praktiken und diese gespenstische Performativität hat ihren (freilich »grundlosen«) Ur-Grund wiederum in der letztlich unbeherrschbaren Zeitlichkeit des ökonomischen Geschehens. Es handelt sich dabei offensichtlich um ein systematisches (epistemologisches und ontologisches) Argument, das auf dem Weg einer historischen Darstellung gewonnen und ausgearbeitet wird. Das zeigt sich allein daran, dass Vogl ausgerechnet Aristoteles als Theoretiker heranzieht, der diese gespenstische Zeitlichkeit der Ökonomie zuerst analysierte. Im Gegensatz zur Subsistenzwirtschaft des *oikos*, kommt mit dem geldbasierten Tauschhandel etwas in die Welt, das die natürliche, zyklische Reproduktionszeit der Natur und des Lebens im *oikos* aufricht und pervertiert: »Wenn sich Geld durch sich selbst in unendlicher Serie vermehrt, so ist die Zeit nicht mehr den Kardinalpunkten untergeordnet, über welche die periodischen Bewegungen, die Zyklen der *physis*, das Entstehen und Vergehen der Wesen und Dinge durchlaufen. Die Zeit ist aus den Fugen, sie ist aus den Angeln gehoben und aus ihrer Krümmung geraten. Die konkrete und dem Bedürfnis subordinierte Zeit wurde durch eine offene und lineare Zeit ersetzt« (123). Alle ökonomischen Theorien und politökonomischen Beherrschungsversuche des ökonomischen Geschehens müssen also letztlich scheitern, wenn sie das Ökonomische nach dem Modell einer harmonischen bzw. im Gleichgewicht befindlichen, zyklischen Naturordnung konzipieren und damit als berechenbaren Gegenstand. »Das Ende der Oikodizee verlangt demnach eine Denaturierung ökonomischen Wissens, seine Herauslösung aus dem alten providentiellen Hang und seine Überstellung in ein offenes historisches Feld.« (175).

Dieser Absicht ist vollkommen zuzustimmen und kaum etwas hinzuzufügen. Fraglich ist allerdings, ob die Kritik des ökonomischen Naturalismus allein entlang des Gleichgewichtsmodells nicht zu kurz greift. Tatsächlich hat sich die ökonomische Zunft lange gesträubt die Ökonomie nach einer nicht-harmonischen, chaotischen, fernab des Gleichgewichts existierenden Natur zu konzipieren – die Natur der Naturwissenschaften des 20. Jahrhunderts im Gegensatz zur harmonischen Natur Newtons oder noch des 19. Jahrhunderts. Nur eine harmonische kapitalistische Natur konnte schließlich den ideologischen Ansprüchen an die ökonomische Theorie zu Zeiten der Systemkonkurrenz genügen. Ein Kapitalismus aber, der sich immer weniger um die Formulierung einer Oikodizee im Voglschen Sinne bemüht, scheint auch immer weniger eine harmonische Natur zu benötigen, die zum Vorbild für eine harmonische Wirtschaftsordnung dient. Die ökonomische Theorie als »Sonnenschirm zum Schutz gegen das Chaos« (Deleuze/Guattari) weicht so einer Politik der Rettungsschirme in Vorbereitung auf die kommende Krise.

Andreas Folkers

Joseph Vogl (2011) Das Gespenst des Kapitals. Zürich: Diaphanes.

Frankfurt's colonial hangover

Im Februar 2010 fand an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main ein Treffen zu »Postkolonialer Stadtforschung« statt. In diesem Rahmen stellten auch die Initiativen freiburg-, hamburg- und berlin-postkolonial ihre jeweiligen Schwerpunkte vor. Im Anschluss an die Tagung fanden sich einige Frankfurter_innen zusammen, verwundert darüber, dass es bislang noch keine



postkoloniale Auseinandersetzung zur Stadt Frankfurt gegeben hat.

Auf den Namen frankfurt postkolonial hatten wir uns schnell geeinigt und der erste gemeinsame Abendspaziergang führte uns als eben gegründete Gruppe zum Ivory Club an der Taunusanlage. Das Feuer-Entrée mit Elfenbein-Portal und Empfangspersonal in kolonialer Butler-Uniform passierend, betraten wir das inszenierte kolonialnostalgische Nobelrestaurant für urbane »Großwildjäger« mit »Gentlemen-Club-Atmosphäre« und »Contemporary Colonial Cuisine«.¹ Als potenzielle zukünftige Veranstalterin einer größeren Gesellschaft führte uns das Personal in den separaten »Elephant and Tiger Room«, in dem die Nachbildung einer Bibliothek im sogenannten »englischen Kolonialstil« zu sehen ist und der den Betreiber_innen zufolge »authentisch den Stil der Kolonialzeit vermitteln« soll. Von der »authentisch« aufgeladenen kolonialen Atmosphäre tief beeindruckt und mit dem Gefühl, »Teil einer großen Inszenierung gewesen zu sein«, verließen wir aufgeregt das Corporate-Design-Restaurant. Uns war klar, Frankfurt benötigt dringend eine Auseinandersetzung mit den vielfältigen Nach- und Fortwirkungen des Kolonialismus einerseits und aktuellen kolonialistischen



Repräsentationen andererseits.

So fanden sich bald mehr Interessierte, um sich über die akademische Debatte hinaus mit postkolonialer Geschichte und Gegenwart in Frankfurt zu beschäftigen. Mit der Zeit wuchs die Palette an Themen beständig, sodass die schon länger kursierende Idee eines postkolonialen Stadtplans und eines damit verbundenen Rundgangs konkretere Formen annahm. Konkrete Orte in Frankfurt sollten dabei Ausgangspunkte für eine Auseinandersetzung mit weit komplexeren (post-)kolonialen Strukturen sein, um deren diskriminierende Momente sichtbar zu machen und zu kritisieren.

Im Rahmen einer Konferenz des Frankfurt Research Center for Postcolonial Studies im Juni 2011 fand die Premiere des Rundgangs statt, der zu einer besonderen Herausforderung werden sollte: Mit etwa 130 Teilnehmer_innen und einem spontan organisierten Megaphon bewegten wir uns Richtung Innenstadt. In

entwendete. Neben diesen größeren Stationen sind es vor allem die vielen kleinen Mosaikstücke, die uns im Alltag begegnen und selten problematisiert werden: Etwa die Fassadenfiguren vor der Frankfurter Börse von 1843, die fünf Kontinente abbilden sollen und dabei ebenso auf rassistische Vorstellungen zurückgreifen wie das Heinrich-Hoffmann-Denkmal an der Hauptwache mit den drei bösen Buben und dem »Mohr« (im nachfolgenden als »M« bezeichnet). Die »M-apotheke« in Eschersheim, das ehemalige »Gasthaus zum M« an der Konstablerwache, »Christa's Kolonialwarenladen« im Gallus oder die Villa Merton in Bockenheim mit ihrem »Colonial Room« zum »stimmungsvollen Feiern«. Diese Liste ließe sich ohne Weiteres fortführen. So können Zoos und Museen, Flughäfen und Bahnhöfe, Straßennamen und Denkmäler, Flüchtlingslager und Abschiebeknäste, Bankentürme und Supermärkte weitere Ausgangspunkte sein, um koloniale Beziehungen schlaglichtartig aufscheinen zu lassen.



der B-Ebene der Hauptwache thematisierten wir die Bildungsarbeit des städtischen Kindermuseums, in dem die Originaleinrichtung eines Kolonialwarenladens zu sehen ist. Dort soll der spielerische Einkauf zum exotischen Erlebnis werden, die Produktionsbedingungen der Waren und deren rassistische Bewerbung finden jedoch keine Erwähnung. Im Gallusviertel befindet sich der Karnevalsverein Die Kameruner 1922 e.V., der seit seiner Gründung beinahe alljährlich eine »Negersitzung« veranstaltet. Während der »N-Sitzung« schwärzen sich die Karnevalist_innen ihre Gesichter und tanzen mit Afroperücken und Baströcken über der Bühne. Dabei knüpfen sie an die *Blackface*-Performance des frühen 20. Jahrhunderts an und reproduzieren wohlbekannte stereotype Repräsentationen schwarzer Menschen. Ein weiterer Anlaufpunkt ist die Kaiserstraße – (nicht nur) dort fanden zwischen den 1880er Jahren bis in die Zeit Nazideutschlands sogenannte Völkerschauen in Panoptiken statt. In der Junghofstrasse beteiligte sich 1884 der ehemalige Frankfurter Bürgermeister Johann von Miquel an der Gründung des Deutschen Kolonialvereins. Im Weltkulturen Museum am Mainufer lagern noch heute hölzerne Grabpfeiler, die Johannes Elbert im Auftrag der Frankfurter Geographischen Gesellschaft auf seiner »Forschungsreise« in die Kolonie Niederländisch-Indien

Mit unseren Aktivitäten wollen wir am Fall von Frankfurt am Main historische und gegenwärtige Bezüge zum Kolonialen im Lokalen thematisieren. Wir fragen, inwieweit auch die deutsche Gesellschaft noch immer kolonial geprägt ist und regen zu Kritik und Intervention gegenüber solchen Kontinuitäten an. Schließlich verstehen wir unsere Arbeit nicht als Kampf um Repräsentationen oder die »richtige« Musealisierung des Kolonialismus. Wir wollen nicht nur bis in die Gegenwart fortwirkende, koloniale Praktiken, Strukturen und Diskurse offenlegen, sondern uns auch dafür einsetzen, dass in der sich als weltoffene Metropole inszenierenden Stadt Frankfurt u.a. Veranstaltungen wie die des Karnevalsvereins Die Kameruner 1922 e.V. verhindert werden. Gerade aus einer postkolonialen Kritik heraus, müssen die Grenzen zwischen akademischer Arbeit und politischer Praxis hinterfragt werden. Hierzu streben wir weiterhin Bündnisse und Aktionen mit anderen, sich in antirassistischen sozialen Kämpfen verortenden Gruppen an.

frankfurt postkolonial

Informationen und Kontakt:
www.frankfurt.postkolonial.net
ffm@postkolonial.net

Decolonizing the Social Sciences and the Humanities

Konferenzbericht zur internationalen Graduiertenkonferenz des FRCPS

Postkoloniale Studien haben an deutschsprachigen Universitäten bis auf wenige Ausnahmen in literaturwissenschaftlichen und feministischen Debatten lange Zeit ein Nischendasein geführt. Ebenso hat sich in Teilen der radikalen Linken ein bisweilen spannungsreiches und Ressentiment-geladenes Bild Postkolonialer Kritik niedergeschlagen. Mal wurde sie als Spielart »postmoderner« Beliebigkeit abgetan, mal als theoretischer Unterbau eines reaktionären, völkischen Internationalismus kritisiert. Seit einigen Jahren lassen sich allerdings spürbare Veränderungen verzeichnen. Neben einer wachsenden Anzahl von antirassistischen Initiativen mit einem dezidiert »Postkolonialen« Selbstverständnis lässt sich eine zunehmende, wenn auch umstrittene Institutionalisierung Postkolonialer Wissenschaft beobachten. So wurde bspw. Ende 2009 im Rahmen der »Exzellenzinitiative« das *Frankfurt Research Center for Postcolonial Studies (FRCPS)* gegründet.

Vom 16. bis 18. Juni 2011 fand auf dem Frankfurter IG Farben Campus die erste Graduiertenkonferenz des FRCPS unter dem Titel »Colonial Legacies, Postcolonial Contestations: Decolonizing the Social Sciences and the Humanities« statt. Gemäß dem Titel und dem formulierten Anspruch »to illustrate the epistemological and methodological relevance of a postcolonial (feminist) perspective within [...] the Social Sciences« waren das inhaltliche Spektrum der 24 Panels, wie auch das Teilnehmer_innenfeld sehr heterogen. Dabei boten die über 120 Einzelvorträge, ebenso wie das vielfältige Rahmenprogramm, eine Plattform für zumeist offene, mitunter kontrovers geführte Diskussionen.

Gleich zu Beginn fand ein Panel zum Dialog zwischen Kritischer Politischer Ökonomie und Postkolonialer Theorie im DZ-Bank Raum¹ des House of Finance statt. Naveen Kanalu unternahm das Unterfangen, gramscianische Hegemonietheorie und Kritik der instrumentellen Vernunft der Frankfurter Schule mit Postkolonialen Ansätzen in einen Dreiklang zu bringen. Dabei analysierte er am Beispiel Indiens die »Globalisierung« transnationaler Partikularinteressen und deren interne Widersprüche. Im Anschluss daran diskutierte Enrique Martino Martin am Beispiel von Maßstabnarrativen die Schwächen räumlicher Ontologien (wie z.B. Lokal/Global), die, so sein Argument, die wohlbekannte Großerzählung des modernen, abgeschlossenen Zentrums und des vermeintlich nativen und partikularen Außen reproduzierten.

Einen deutlichen Akzent setzte die Feministin Patricia Hill Collins mit ihrem Abendvortrag »Winning Miss World: An Intersectional Analysis of Colorblind Racism«. In ihrem Vortrag unterstrich sie die diskriminierenden Momente »farbenblinder« Politiken. Diese postulieren eine

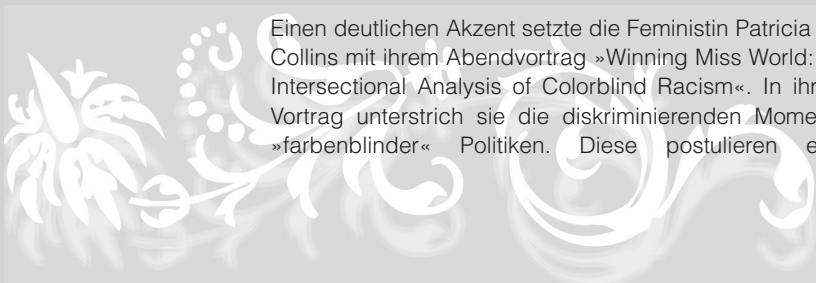
zunehmend liberal gedachte »Racelessness«, die es erlaubt, Privilegien zu depolitisieren und diese zugleich einer Wettbewerbslogik unterzuordnen. Strukturelle Ungleichheiten werden somit nicht nur ausgeblendet, sondern vielmehr werden People of Color selbst für diese verantwortlich gemacht.

Die Relevanz ihrer Kritik an »Farbenblindheit« zeigte sich in den vergangenen Wochen wieder einmal in der Auseinandersetzung um die »Dekolonisierung« von Teilen der sogenannten Occupy-Bewegung in den USA. Diese, so lautete u.a. die Kritik, werde zu 99% von weißen Männern getragen, nähme allerdings für sich in Anspruch, für den Großteil der Bevölkerung zu sprechen. Unterdessen heißt es in einer Pressemitteilung aus Frankfurt weiterhin, das dortige Camp richte sich gegen »einengende Tendenzen«, da es aus der »Mitte der Gesellschaft, die alle Schichten, Altersstufen und alle Nationalitäten umfasst« komme.² Die Frage danach, aus welcher Position heraus eine solche Äußerung formuliert werden kann und ab wann eine Intervention als »einengend« verstanden wird, stellt sich dem Anschein nach nicht. Demgegenüber wird behauptet, dass alle Akteur_innen innerhalb der Bewegung den gleichen Ausgangs- und Ungleichheitsverhältnissen ausgesetzt seien.

Des Weiteren brach Collins Verweis auf Intersektionalitätsansätze exemplarisch mit einigen weitverbreiteten Missverständnissen seitens der Kritiker_innen Postkolonialer Studien. So verteidigt Postkoloniale Kritik weder eine pauschalisierte Dichotomie zwischen Kolonisator_innen und Kolonisierten noch geht sie von einer vereinfachten Matrix aus machtbesitzenden und ohnmächtigen Akteur_innen aus. Dagegen liegt das Augenmerk vielmehr auf den widersprüchlichen, uneindeutigen und oft holzschnittartig dargestellten (De-)Kolonisierungsprozessen im globalen Süden ebenso wie im globalen Norden, die mitnichten zu einer vereinfachten Zentrums-/Peripherie-Teilung führ(t)en.

Deutlich machte die Konferenz, dass Postkoloniale Kritik weniger als ein kohärenter Theorie- und Wertekanon zu verstehen ist, sondern vielmehr vielfältige Perspektiven auf den (europäischen) Kolonialismus und dessen Kontinuitäten und Brüche entwickelt. Dass dabei auch höchst problematische Positionen vertreten wurden (siehe Beitrag zum Panel *Postcolonial Perspectives after Auschwitz*), soll hier nicht geleugnet werden. Das »postkoloniale Milieu« deswegen als nicht reflexionsfähigen monolithischen Block dazustellen wird jedoch m.E. nach der Unterschiedlichkeit hier vertretenen Positionen wie auch der auf der Konferenz i. Allg. demonstrierten Bereitschaft zu kontroverser Diskussion nicht gerecht.

Julian Stenmanns



Noten

#1# Neben den bequemen Sitzen im Raum könnte noch angemerkt werden, dass die Wurzeln der DZ-Bank mitunter auf den preußischen Finanzminister Johannes Miquel zurückgehen. Vor seiner Zeit als preußischer Finanzminister war er Frankfurter Oberbürgermeister und maßgeblich an der Gründung des Deutschen Kolonialvereins 1882 in Frankfurt beteiligt.

#2# Siehe: http://occupyfrankfurt.de/lib/exe/fetch.php?media=occupyfrankfurt_pressemitteilung-20111022b.pdf



Zum Panel *Postcolonial Perspectives after Auschwitz II* der Frankfurter Tagung *Colonial Legacies, Postcolonial Contestations*

Im Juni 2011 fand in Frankfurt die internationale Nachwuchs-Tagung *Colonial Legacies, Postcolonial Contestations* des FRCPS am Exzellenz-Cluster Normative Orders statt. Angekündigt waren auch zwei Panels zur Frage nach den *Post-Colonial Perspectives After Auschwitz*. Interessant nicht nur, weil der Nationalsozialismus als blinder Fleck postkolonialer Theorie gilt, sondern auch weil dieser akademische Zweig mitunter dafür kritisiert wird in seinem Forschungsprogramm Antizionismus zu verankern. Sollte man nun die überfällige Reflexion oder den vorprogrammierten Skandal erwarten?

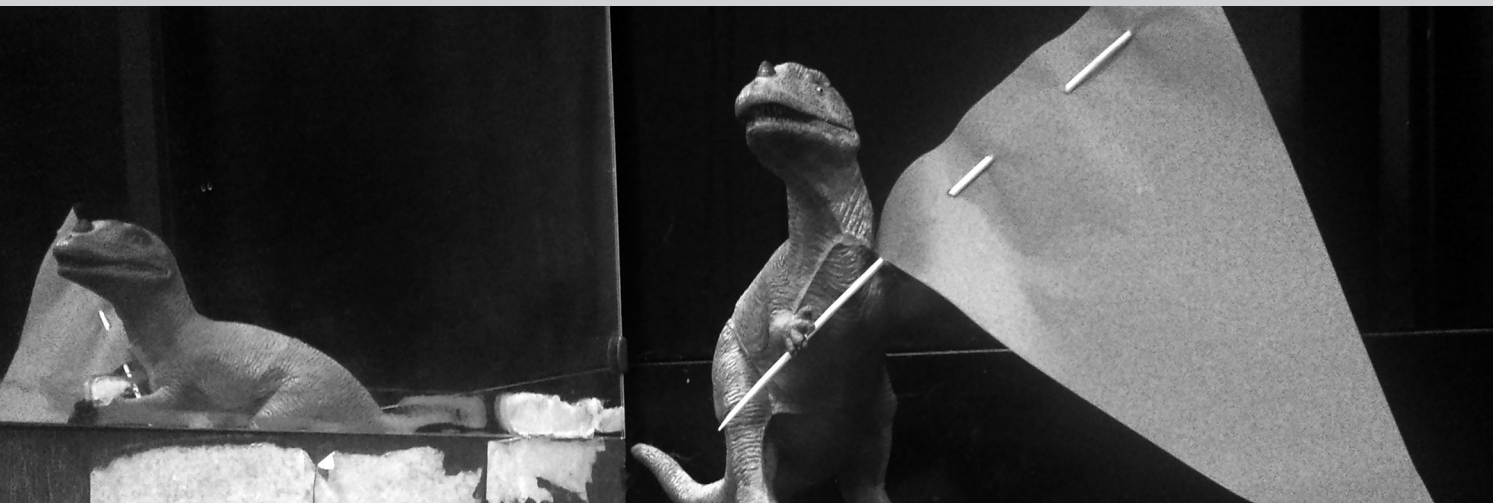
Christell Gomis stellte am Beispiel Frankreichs die Situation der Opferkonkurrenz dar. Die Erinnerung an den Holocaust beherrsche die Öffentlichkeit, sei »focus of a real memorial obsession«, wobei für die an den Kolonialismus kein Platz bliebe. Dieses öffentliche Gedächtnis diene außerdem dem rassistischen Ausschluss, weil das Bekenntnis zur Geschichte des Holocaust längst Integrationsideologie des weißen Europas sei.

Das Problem solcher Zustandsbeschreibung ist aber offenbar das mangelnde Vermögen, sich auf die Sache einzulassen. Wenn man sich unkritisch auf das öffentliche Gedächtnis als letztlich leere, durch Kämpfe befüllbare Hülse bezieht, kommt man nicht darüber hinaus, Erinnerungen in Konkurrenz um öffentliche Gelder und Aufmerksamkeit zu setzen. Die Fragen, warum was wie erinnert wird, können kaum diskutiert werden, wenn nur vom Subjekt, nicht auch vom Gegenstand der Erinnerung her gedacht wird. Dass dabei das zweifelsohne mitunter zur Doktrin geronnene Gedenken der Shoah auch im Sinne einer Auseinandersetzung mit der Shoah kritisiert werden kann, bleibt dann ebenso verborgen, wie Unterschiede in der Sache. Umso mehr, als Gomis bei der Funktionalisierung historischen Bewusstseins bleibt, begreift sie doch die Erinnerung an den Kolonialismus als Mittel, etwa die Kids aus den Banlieues zu integrieren.

Den Befürchtungen an das Panel mehr als gerecht wurde der Beitrag von Cengiz Barskanmaz, der mit seinem Begriff des »german exceptionalism« die Abwehr von Antisemitismuskritik explizit machte. Weil in Deutschland der Begriff zu eng an den Nationalsozialismus gekoppelt

sei, wäre es unmöglich von »Rasse« zu sprechen und damit, sinnvoll Rassismus zu kritisieren. Dagegen berufe sich der »german exceptionalism« auf den »german context«, um Rassismuskritik zu verunmöglichen. Der Widerspruch, einen spezifisch deutschen Kontext einerseits zu attestieren und gleichzeitig als bloße Ideologie zu kritisieren, stört ihn dabei wenig. Sein Punkt, die Deutschen noch so eindeutig als Täter_innen vorzukommen, drohe die nationalsozialistische Definition dessen fortzusetzen, was deutsch sei, ist interessant. Will man aber, wie er vorschlägt, die als Jüdinnen und Juden Ermordeten auch einfach als Deutsche verstehen, unterschlägt man nicht nur, dass deren Mehrzahl eben nicht aus Deutschland kam, sondern vor allem das Spezifische der Shoah, den Antisemitismus. Das ist aber nicht Fehler, sondern Zweck der Übung: Alle Begriffe deutscher Besonderheiten seien als Ideologie zu kritisieren und zugunsten einer allgemeinen Rassismuskritik außer Acht zu lassen, schließlich sei Auschwitz zu »dekonstruieren«. Denn erst jetzt rückt Barskanmaz mit seiner eigentlichen Pointe raus: Wegen des »german exceptionalism« seien die deutschen Postcolonial Studies unfähig den Kern der postkolonialen Theorie zu rezipieren, Edward Saids Israelkritik nämlich. Barskanmaz bestätigte somit die Kritik, das eigentliche Programm der postkolonialen Theorie sei Antizionismus.

Es ist jedoch wichtig auch die Brüche im Panel zu registrieren. Das war zuallererst der chronologisch erste Vortrag von Eduard Freudmann und Lina Dokuzović aus Wien, die vor genau dem warnten, was die beiden folgenden einlösen sollten: Vorm konkurrenten Gegeneinander-Ausspielen der Grausamkeiten wie vor der vorschnellen Identitätsbehauptung. In Abgrenzung zu vereinseitigenden Perspektiven, die entweder in Antisemitismus und Antizionismus oder Rassismus abzudriften drohten, plädieren sie für eine Erinnerungspolitik »based on an intertwined post-colonial and post-Shoah reflection«. Hierfür seien, und das auch auf Ebene der Theorie, die »necessary relations and continuities« zu berücksichtigen, wie aber eben auch »the various differences and historical ruptures«. Man muss nicht alles teilen, was die beiden vortragen;



ohne Zweifel war der Beitrag jedoch der einzige, den man wohltemperiert nennen könnte. Dabei taten die beiden doch eigentlich nicht mehr, aber eben auch nicht weniger, als an intellektuelle Standardtugenden zu appellieren: Die Vermögen Unterscheidungen zu treffen und Zusammenhänge herzustellen.

Nun sind dies drei Positionen, deren Diskussion aus Zeitmangel ausblieb. Eine Vierte bleibt hier sogar unberücksichtigt, weil der Vortragenden keine Zeit gelassen wurde, bis bis zur Pointe zu kommen. Es gilt jedoch, auch wenn es nur vereinzelt zu Wort kam, das Publikum miteinzubeziehen. So zog der Vortrag von Freudmann und Dokuzović sofort genau die ablehnenden Reaktionen nach sich, die anschließend auf dem Podium entfaltet wurden: Die Gewalt des Kolonialismus und in deutschen Konzentrationslagern sei ein und dieselbe gewesen und die Erinnerung an die Shoah längst Mittel rassistischer Ausgrenzung. Bezeichnend scheint das sich wohl als moderat verstehende Angebot zu sein, man solle doch einfach »every Holocaust in history« erinnern, ganz gleich ob es sich um Hungertod oder Massenvernichtung handelt. Vom Prinzip, die nationalsozialistische Vernichtung mit kolonialer Gewalt und ihren Folgen unmittelbar in eins zu setzen, scheint man nicht abrücken zu können. Dagegen wäre – wie in der Einleitung von der Moderatorin Liliana Feierstein auch getan – fürs Erste und noch zu allgemein an die von Horkheimer und Adorno getroffene Unterscheidung zwischen Rassismus und Antisemitismus zu erinnern. Den Unterschied zur organisierten Massenvernichtung als Selbstzweck will man partout nicht sehen.

Der Tiefpunkt der Veranstaltung war aber erreicht, als Liliana Feierstein die moderate Anmerkung zu Barskanmaz' Vortrag machte: Dieser sei polemisch gewesen und habe das Thema der Veranstaltung

verfehlt, das sei schließlich nicht der Nahost-Konflikt gewesen. Barskanmaz war sich daraufhin nicht zu schade, Feierstein drohend für ihre »speaking position« zurechtzuweisen, kurz, sie solle hier doch besser die Klappe halten. Nach akademischer Gepflogenheit klopfte das Publikum zustimmend für diesen Abschied aus der argumentativen Auseinandersetzung. Dabei wäre es gelogen, nicht auch vom Unmut zu sprechen, der im Saal zu spüren war. Nach ausgefallener Diskussion fanden sich überall kleine Grüppchen zusammen und debattierten heftig: Die einen sahen Barskanmaz vom rassistischen Sprechverbot bedroht, die andern regten sich über dessen Polemik auf. Die öffentliche Diskussion blieb und bleibt weiter aus, war, wie Eduard Freudmann bemerkt hatte, mit Barskanmaz auch nicht mehr möglich.

War das Panel nun aber Beitrag zur Reflexion oder Skandal? Ihr Verlauf mag ein Schlaglicht auf den formulierten Anspruch setzen. Der einzige Weg, solcher Diskussion einen irgendwie produktiven Rahmen zu geben, wäre, sich – wenn schon nicht vorab, dann im Nachhinein – deutlich abzugrenzen von einem Cengiz Barskanmaz und seinem Antizionismus aus dem Lehrbuch. Solange es dem postkolonialen Milieu erträglich ist, also als nicht notwendig zu kritisieren gilt, wenn als Perspektive nach Auschwitz Antizionismus propagiert wird, kann keine Reflexion einsetzen. Umso mehr, wenn dem antizionistischen Konsens der Mehrheit und seiner Drohung mit der antirassistischen Kampagne, nicht mit der ihm unerträglichen Kritik begegnet wird. Solange Ansätze wie der von Freudmann und Dokuzović alleine bleiben, wird eine Reflexion, auch da wo sie sich innerhalb der Postcolonial Studies regt, keine Folgen haben.

Johannes Rhein





Zähltag

Es wird mal wieder gezählt. Der Zensus steht vor der Tür, ins Haus und zwar ganz wörtlich. Der große Aufschrei darüber ist ausgeblieben, so dass die kritischen Reaktionen sich vor allem damit beschäftigen, die Gründe dafür aufzuzählen. Die Schwäche der Bewegungen, die Abgestumpftheit der jungen Generation, die im Internet »ihre Daten« sowieso schon massenhaft streut... Das mag zwar alles sein, blendet aber die Frage aus, ob die Kritik am Zensus überhaupt (noch) besonders überzeugend ist. So ist die Besorgnis um den Datenschutz – der wesentliche Punkt der Zensuskritik – zwar nicht unwichtig, aber sie ist erstens ganz offensichtlich lediglich eine liberale Kritik und lässt dadurch auch zweitens einige Aspekte unhinterfragt, die aber im Fokus einer linken Kritik am Zensus stehen müssten. Was die Datenschutzkritik nämlich systematisch ausblendet, ist, wie das, was da geschützt wird, überhaupt entstehen kann. Anders formuliert: die Datenschutzkritik bleibt einer juristischen Perspektive auf Macht verpflichtet, dessen Matrix das berühmte »Volkszählungsurteil« des Bundesverfassungsgerichts von 1983 über das Recht auf »informationelle Selbstbestimmung« ist. Aber was wird unsichtbar, wenn man durch diese juristische Brille schaut?

Totalisierung

Das Bundesverfassungsgericht bemerkt in seinem Urteil Informationen, wie sie beim Zensus entstehen seien das »Abbild sozialer Realität«. Nimmt man jedoch die Perspektive der Theorie produktiver Macht ein, dann muss man diese Aussage umdrehen und feststellen, dass der Zensus »soziale Realitäten« nicht bloß abbildet, sondern zuallererst hervorbringt. In seinem Buch »Imagined Communities«, in dem es um die Entstehungsbedingungen des modernen Nationalismus geht, identifiziert Benedict Anderson den Zensus, die Karte und das Museum als die drei entscheidenden Medien, die die »Grammatik« des Nationalismus konstituiert haben. Erst durch die Zählung konnte sowohl der Staat sein »Volk« als solches erkennen und erst dadurch war es auch den so gezählten möglich, sich als Teil dieser Nation zu fühlen. Wenn auf den Werbeplakaten für den Zensus Studierende und Schiffscontainer in Schwarz-Rot-Gold abgebildet werden, dann deutet das bereits darauf hin, dass hier *nation building* betrieben wird. Aber auch wenn davon ausgegangen werden kann, dass jede x-beliebige Fußballmeisterschaft oder Sänger_innenkonkurrenz dem Deutschnationalen mehr Auftrieb gibt, als solch bürokratische Zensusveranstaltungen, darf darüber nicht die prinzipielle Totalisierungsoperation übersehen werden, die wesentlicher Effekt und Voraussetzung der politischen Macht in der Moderne ist. Wie Michel

Foucault stets betont hat, ist die Aufteilung der, wie er es nennt, »Multipliziäten« oder wie wir heute sagen würden »Multitude« – also ein vielfältiges Ensemble von Körpern, Prozessen, Strömen, Kräften und Begehren – in zwei homogene Einheiten – Individuum, Subjekt, Staatsbürger und Bevölkerung, Volk, Gesellschaft – die fundamentale Operation der politischen Macht der westlichen Moderne. Voraussetzung für diese Operation der Macht ist wiederum eine Technik des Wissens, nämlich u.a. die Zählung, die Erfassung der »Bevölkerung«, die erst durch diesen Akt zum feststehenden und festgesetzten Objekt der Regierung werden kann. Wenn »wir« als Individuen und Bevölkerungen aber zuallererst Produkt der Macht sind, dann kann es dem Widerstand heute nicht mehr darum gehen, zu entdecken, wer wir sind, vielmehr geht es darum »abzuweisen, was wir sind. Wir müssen uns das, was wir sein könnten ausdenken und aufbauen, um diese Art von politischem »double-bind« abzuschütteln, der in der gleichzeitigen Individualisierung und Totalisierung moderner Machtstrukturen besteht.« (Foucault)

Individualisierung

Die liberale Datenschutzkritik geht aber zumeist von einem souveränen Subjekt vor dessen Zählung aus, das bestimmte Daten oder Informationen sein Eigen nennen kann und als seine Habe versteht: »Meine Daten gehören mir.« Was dadurch übersehen wird ist, dass das »Ich« und »seine Daten« in einem bestimmten Sinn überhaupt erst durch den Akt der Zählung entstehen. Das Recht auf »informationelle Selbstbestimmung« einzufordern deartikuliert allzu schnell ein für uns mittlerweile geläufiges Bild vom dem Selbst, das sich da bestimmen soll. Darüber hinaus wird aber auch ein bestimmtes Konzept der Information (die das Selbst bestimmen) übernommen. Streng genommen ist eine Information ein Ereignis, das einmal geschehen, seinen Wert als Information bereits eingebüßt hat. Neuerdings – und ausgehend von der modernen, mathematischen Informationstheorie seit dem 2. Weltkrieg – wird Information aber immer mehr als feststehende Größe verstanden, die als Habe, als Eigentum appropriierbar, patentierbar, kommodifizierbar und damit handelbar, aber eben auch schützenswert und kostbar ist. So konnte auch die genetische Information, der Gencode zum Identifizierungsmerkmal schlechthin werden und den physischen Leib, wie noch in der Forderung der Feminist_innen »Mein Bauch gehört mir« konnte ersetzt werden durch Information bzw. Daten.

Normalisierung

Das Bundesverfassungsgericht bemerkt lapidar: »Wer unsicher ist, ob abweichende Verhaltensweisen jederzeit notiert und als Information dauerhaft gespeichert, verwendet oder weitergegeben werden, wird versuchen, nicht durch solche Verhaltensweisen aufzufallen.« Damit

wird aber ausgeblendet, wie der Maßstab, an dem abweichendes Verhalten gemessen wird überhaupt zustande kommt. Denn tatsächlich hat auch die gewöhnliche, »normale« Datenerhebung des Zensus einen intrinsischen Bezug zur Normalität. Zunächst einmal haben spätestens seit dem 19. Jahrhundert statistische Zählungen ein besonderes Augenmerk auf Devianzen gelegt: Krankheit, Selbstmord, immer wieder Armut, damals als Syndrom des Pauperismus adressiert, Perversion, Kriminalität etc. Diese besondere Aufmerksamkeit für das scheinbar Anormale und Andere kommt auch beim aktuellen Zensus zum Tragen. Etwa darin, dass Wohnungslose und Flüchtlinge besonders gezählt werden. Gleichzeitig wurden und werden durch statistische Techniken Normen aber auch erst geschaffen, und zwar mit den unterschiedlichen Techniken der Mittelwertberechnung. Diese Mittelwerte sind zwar erst einmal nur Beschreibungen einer bestimmten, durchschnittlichen Eigenschaft der gezählten Grundgesamtheit. Aber historisch wurden sie häufig auch als Ausdruck für »normales« – d.h. gesundes, anständiges – etc. Verhalten bzw. die Normalität einer Gesellschaft angesehen. Die statistische Normalität konnte so zu einer scheinbar neutralen Brücke zwischen Sein und Sollen, Deskriptivem und Präskriptivem werden. In der Normalisierung findet die gleichzeitig individualisierende und totalisierende Tendenz moderner Macht seinen einen scharfen Ausdruck. Hat man einen entsprechenden Durchschnittswert etabliert, kann stets von der Normalität der gezählten Grundgesamtheit auf die Abweichungen der gezählten Individuen geschlossen werden. Die normalisierende Überwachung erstreckt sich vom Individuum, das gezählt wird, bis zur Population als dessen Teil das Individuum figuriert, und von dort aus wieder zurück.

Subversion

Die tschechische Artist_innengruppe Ztohoven hat jüngst mit einer Aktion auf sich aufmerksam gemacht, die diesen Zusammenhang von Totalisierung, Individualisierung und Normalisierung aufdeckt und zugleich subvertiert. Ihre Zielscheibe ist der biometrische Ausweis. Die Biometrie ist eine Wissenschaft, die im 19. Jahrhundert mit dem Ziel

angetreten ist, die grundlegenden Lebensmerkmale des Menschen zu vermessen. Ausgehend von unzähligen Messungen menschlicher Körper wurde gefragt: wie groß sind die Menschen durchschnittlich, wie viel wiegen sie im Durchschnitt, aber auch: welche Größe ist schön, welches Gewicht gesund. Bis heute ist die Biometrie ein bedeutender Wissenschaftszweig. Jede_r kennt wohl den Body Mass Index (BMI), der auf den französischen Statistiker Adolph Quetelet zurückgeht. Noch wichtiger ist die Biometrie heute aber vielleicht als Wissenstechnik zur Personenidentifizierung. Bereits im 19. Jahrhundert hat der berühmt-berüchtigte Wissenschaftler Francis Galton (eine entscheidende Figur der modernen Eugenikbewegung) Techniken zur Identifizierung des Fingerabdrucks entwickelt. Derselbe Galton hat aber auch Verfahren entwickelt, mit denen er Fotos von verschiedenen Strafgefangenen so miteinander synthetisieren konnte, dass, wie er glaubte, die idealtypische Physiognomie des Kriminellen sichtbar wurde. Eine ganz ähnliche Technik, nämlich das Ineinandermorphen von Fotos, hat auch die Gruppe Ztohoven verwendet; aber nicht um Identitätserkennung zu gewährleisten, sondern um sie zu unterlaufen. So haben sie zwei Fotos ihrer Mitglieder ineinander gemorphet, um anschließend einen Ausweis für die fiktive Person »Bürger K.« zu beantragen – natürlich eine Anspielung auf Kafka. Mit diesem Ausweis konnten nun beide Personen reisen, aber auch heiraten und den Trauzeugen für den jeweils anderen spielen. Bürger K. ist weder eine Einheit noch Viele, sondern ein seltsames Zwischending, das so gewohnte Sicht- und Zählweisen durcheinander bringen kann.

Demonstration

Wem das zu technisch oder zu künstlerisch ist, kann aber auch einfach demonstrieren gehen. Denn was ist eine gelungene Demonstration anderes als eine Präsentation einer abweichenden Meinung, die sich nicht auf die Einigkeit des Volks zurückführen lassen will? Jenseits der repräsentativen Demokratie, die ohne Zensus nicht denkbar wäre, gilt es also mit Nachdruck und lauter Stimme die Zählung der Zahllosen einzufordern.

Andreas Folkers

